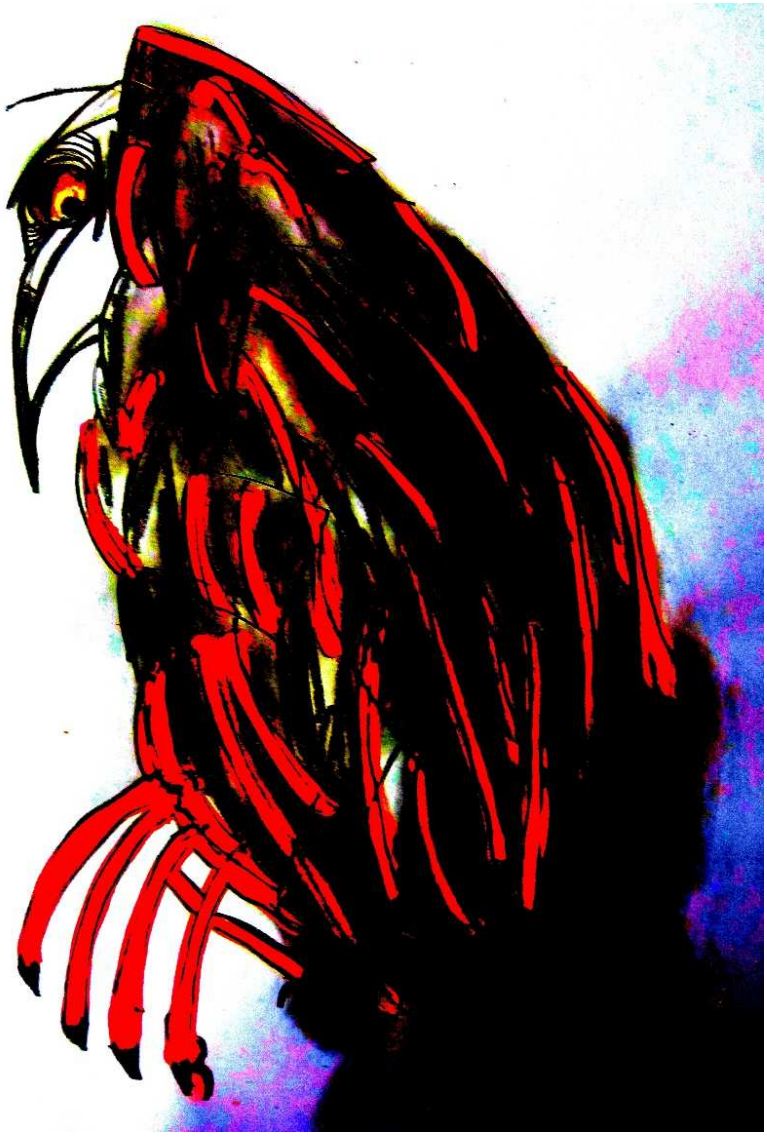
# DIKTATOREN UND TYRANNEN

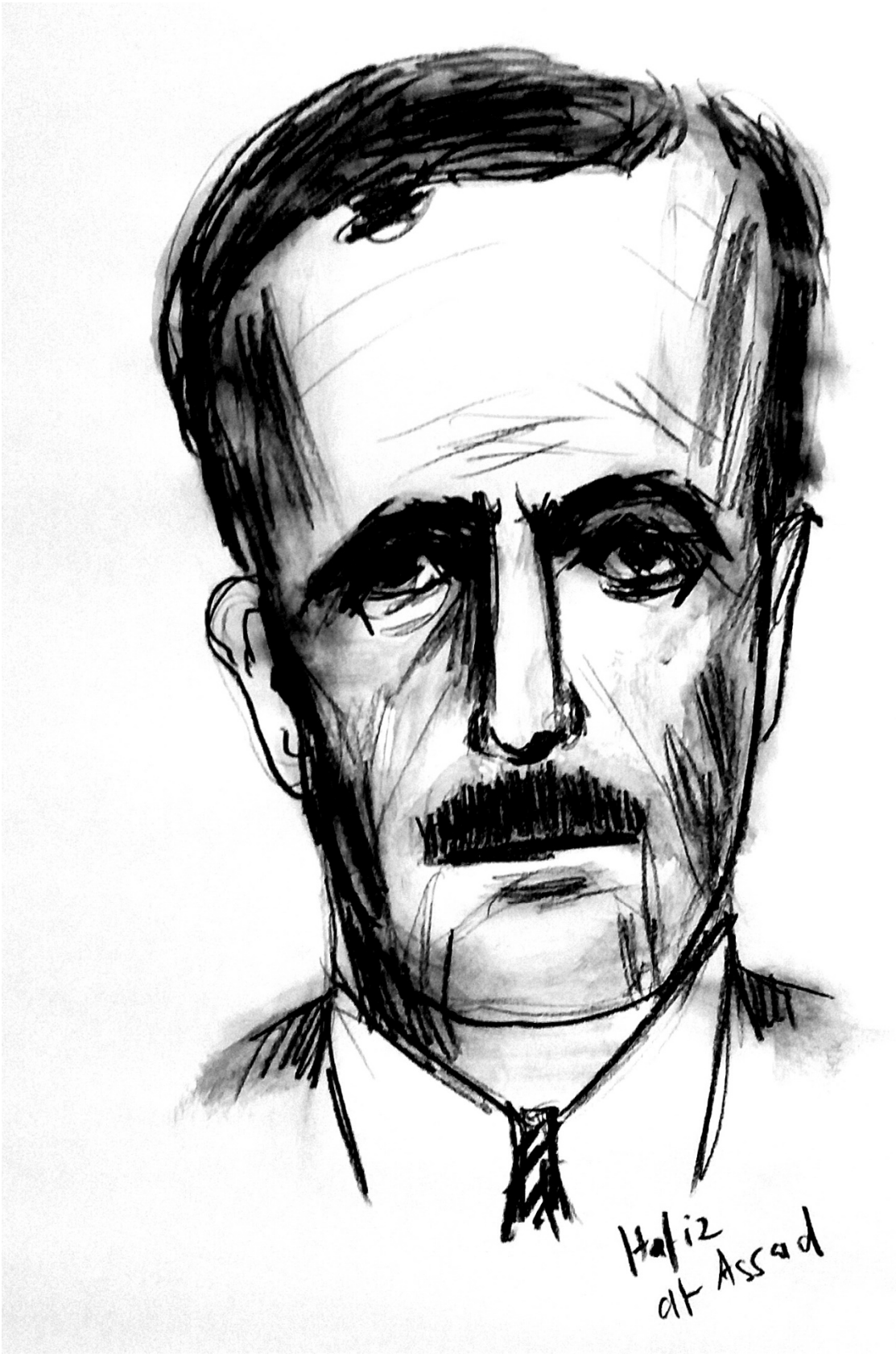


**57 Illustrationen von Bastian Clevé**

Ein Diktator ist definiert wie folgt:

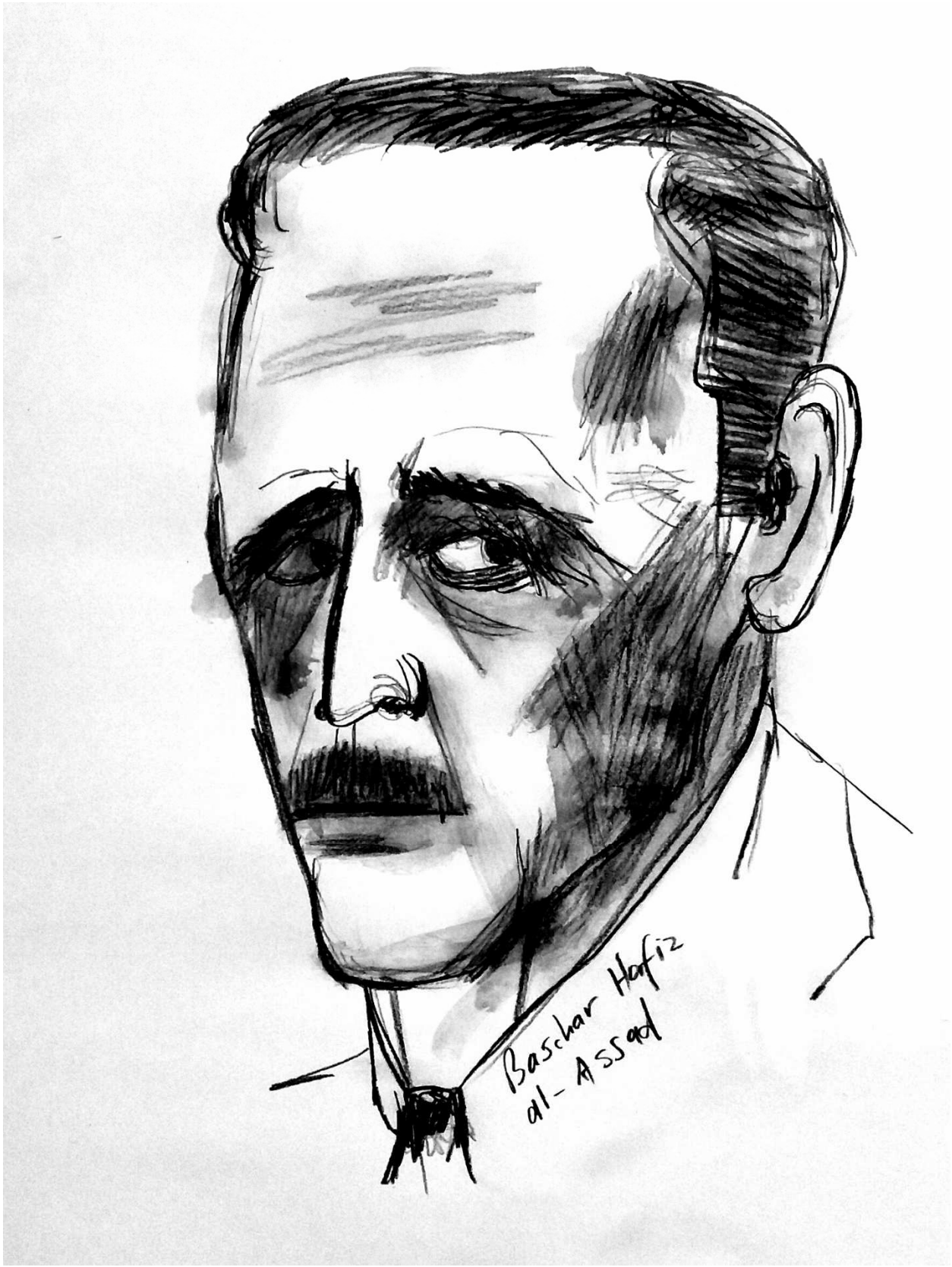
1) Er hat kein Parlament und entscheidet die Politik seines Landes weitgehend allein.
2) Er akzeptiert keine freie Presse- und Meinungsfreiheit.
3) Er regiert mit harter, illegaler Hand auch oder vor allem dem eigenen Volk gegenüber.

Februar 2021




**Hafiz al-Assad**, auch Hafis el Assad (arabisch حـافظ الأسـد, DMG Ḥāfiẓ al-Asad; * 6. Oktober 1930 in Kardaha; † 10. Juni 2000 in Damaskus), war ein syrischer Politiker, der als Generalsekretär der Baath-Partei, Ministerpräsident (1970–1971) und Staatspräsident (1971–2000) von 1970 bis 2000 das Land diktatorisch regierte. Sein linker Nationalismus orientierte sich zumeist an der Sowjetunion. Nach seinem Tod im Jahr 2000 wurde sein

Sohn Baschar al-Assad der neue Präsident in Syrien. Im Ersten Golfkrieg zwischen dem Irak und dem Iran von 1980 bis 1988 unterstützte er den Iran, im Zweiten Golfkrieg von 1990 bis 1991 beteiligte er sich an der anti-irakischen Koalition. In den 1990ern näherte sich Assad dem Westen und den konservativen Regimen Arabiens an. Friedensgespräche mit Israel scheiterten jedoch. Assad stützte seine Macht auf das Militär und den Geheimdienst der Luftwaffe. Er versuchte das Land zu reformieren und verstärkte dessen Militärmacht. Dadurch geriet Syrien jedoch in Gegnerschaft zu den meisten Staaten der Region und wurde inter-national isoliert. Allerdings bescherte Assads Politik Syrien zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit eine beachtliche politische Stabilität. Unter Assads Regierung kam der Libanon 1976 unter syrische Herrschaft. Der Islamismus und die Muslimbrüder wurden unterdrückt, 1982 wurde ihr Aufstand beim Massaker von Hama blutig niedergeschlagen. An diesem Massaker war auch Assads Bruder maßgeblich beteiligt, Rifaat al-Assad (* 1937), der lange Syriens „Nr. 2" war. 1983 putschte Rifaats Miliz (die Verteidigungs-brigaden) und Teile der Armee. Den folgenden Bürgerkrieg gewann der inzwischen herzkranke „Löwe von Damaskus"; sein Bruder musste ins Exil gehen. Assad sah am Beginn seiner Herrschaft eine militärische Revanche gegen Israel als Hauptziel seiner Politik. Während des Jom-Kippur-Kriegs 1973 konnte Syrien keines seiner militärischen Ziele durchsetzen und wurde von seinem ägyptischen Bündnispartner hintergangen. Der Konflikt führte jedoch zu einer Aufwertung Assads sowohl außerhalb als auch innerhalb des Landes. Durch die Stellung als Frontstaat gegen Israel, der im Gegensatz zu Ägypten zu keiner Annäherung bereit war, erhielt Syrien Hilfszahlungen der ölreichen Staaten am Persischen Golf. Diese umfassten in manchen Jahren mehr als die Hälfte des Staats-budgets. Das baathistische Regime Assads verwendete die finanziellen Transferleistungen nicht nur für die Militarisierung der Gesellschaft, sondern auch für den Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens und die Diversifizierung der Wirtschaft. Dabei ge-währte Assad der Privatwirtschaft mehr Freiräume als seine Vorgänger und wertete deren Rolle insgesamt gegenüber der staatlichen Wirtschaft auf, teilweise macht er vorherige Landreformen rückgängig, was die traditionellen Großgrundbesitzer stärkte. Durch die ökonomische Liberalisierung kam es zur Herausbildung eines städtischen Bürgertums, das eng mit den staatlichen Organen verwoben war und wirtschaftlich oft von Privilegien durch Beziehungen zur Staatspartei profitierte. In Folge eines ausgeprägten Personen-kultes wurde in zentralen öffentlichen Plätzen der größeren Städte Bronzestandbilder des Präsidenten aufgestellt; Plakate mit seinem Porträt an den Hausfassaden und in jedem öffentlichen und privaten Umfeld waren allgegenwärtig. Die Plakate sind mittlerweile durch solche ersetzt, die Abbildungen seines Sohnes zeigen. Dieser Personenkult glorifizierte Assad als Vorkämpfer der von ihm als Ziele der arabischen Völker vor-gegebenen Ideologien Sozialismus und Nationalismus. Dabei diente der Nahostkonflikt mit Israel als Rechtfertigung der diktatorischen Herrschaft des Präsidenten. Die Propaganda in den Massenmedien und der staatlichen Geschichtsschreibung versuchte Assad zu Lebzeiten als mythische historische Figur analog zu Saladin zu stilisieren. Die Gewerkschaftsvertretungen und Berufsverbände wurden massiv ausgebaut und dienten dem Einparteienstaat als Mittel der Überwachung der Bevölkerung. Ebenso expandierten unter Assad die Geheimdienste des Regimes personell, organisatorisch und institutionell. Als Resultat des Ausbaus des Sicherheitsapparats gab es mehr als zwanzig unter-schiedliche nachrichtendienstliche Organisationen, die sich oft auch gegenseitig kontrol-lierten. Neben den regulären syrischen Streitkräften baute Assad eine parallele Sicherheitsarchitektur mit Elitetruppen auf, die nicht unter Kontrolle staatlicher In-stitutionen, sondern durch politische Loyalisten und Angehörige der Alawiten mit familiären Verbindungen zum Assad-Klan geführt wurden.
Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beschuldigte Assad, dass unter seiner Herrschaft Tausende Syrer staatlichen Morden zum Opfer gefallen seien.



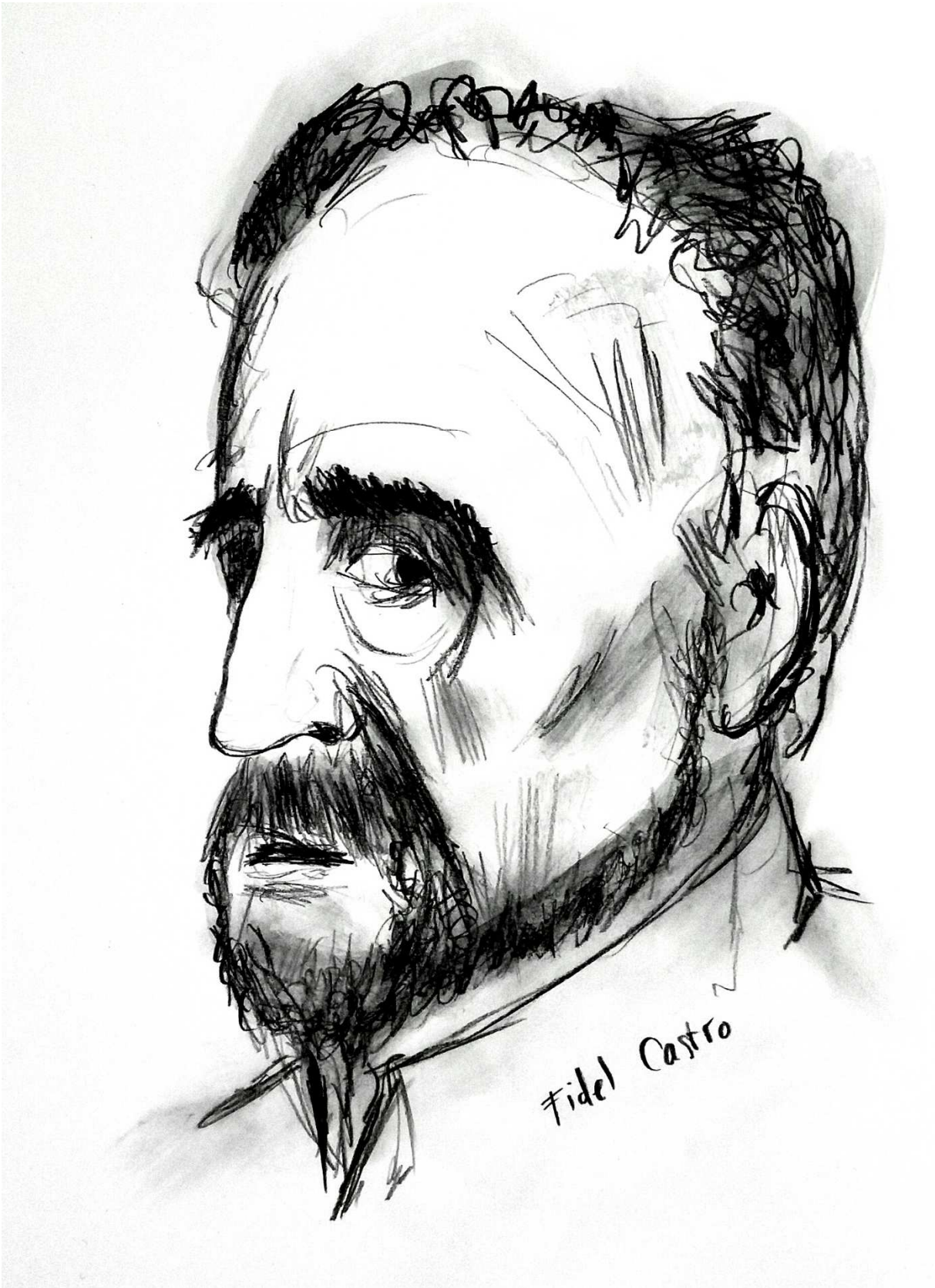

**Baschar Hafiz al-Assad** (arabisch بشار حافظ الأسد, DMG *Baššār Ḥāfiẓ al-Asad*; * 11. September 1965 in Damaskus) ist ein syrischer Politiker und Präsident Syriens. Die Herrschaftsform seiner Familie über Syrien charakterisieren Politikwissenschaftler als Diktatur.

Assad trat im Jahr 2000 als Nachfolger seines Vaters Hafiz al-Assad die Ämter als Generalsekretär der Baath-Partei und als Staatspräsident Syriens an. Bei seiner ersten Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 und bei seiner Wiederwahl 2007 erhielt er jeweils über 97 % der Stimmen. Nachdem er bei seiner Machtübernahme von vielen Staaten als potenzieller Reformer angesehen worden war, forderten die Vereinigten Staaten und die Europäische Union im Jahr 2011 seinen Rücktritt, weil er militärisch gegen Demonstranten des Arabischen Frühlings in Syrien vorgegangen war. Er trug somit durch Unterdrückung zu dem auf den arabischen Frühling folgenden Bürgerkrieg in Syrien bei. Auch die Mehrheit der Arabischen Liga rief ihn 2012 zum Rücktritt auf. Durch die international kritisierte Präsidentschaftswahl in Syrien 2014 wurde er für eine weitere Amtszeit von sieben Jahren bestätigt.
Im Dezember 2013 erklärte die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, dass Assad Kriegsverbrechen autorisiert habe. Baschar al-Assad hat im Jahr 2016 Vorwürfe von Kriegsverbrechen zurückgewiesen und die militärischen Interventionen einiger Staaten im syrischen Bürgerkrieg kritisiert, da diese ihm zufolge darauf abzielten, einen Regierungswechsel in Syrien herbeizuführen. Unter Assads Herrschaft sind systematische Entführungen, Morde und Folter durch die Streitkräfte Syriens und den syrischen Geheimdienst belegt. Der deutsche Generalbundesanwalt sowie die französische Staatsanwaltschaft ermitteln gegen mögliche Täter, u. a. nach dem Weltrechtsprinzip.

Ehrungen und Auszeichnungen
Frankreich 2001 für versprochene Reformen erhalten, 2018 vor Aberkennung am 19. April zurückgegeben: Großkreuz der Ehrenlegion
Ukraine 2002: Orden des Fürsten Jaroslaw des Weisen I. Klasse
Russland 2005: Ehrendoktorwürde des Staatlichen Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen
Vereinigte Arabische Emirate 2008: Zayed-Orden
Finnland 2009: Großkreuz des Ordens der Weißen Rose
Saudi-Arabien 2009: König-Abd-al-Aziz-Orden
Venezuela 2010: Orden des Befreiers
Brasilien 2010: Großkreuz des Ordens vom Kreuz des Südens[]
Libanon 2010: Nationaler Zedern-Orden
Iran 2010: Orden der Islamischen Republik Iran
Italien 2010–2012: Großkreuz des Verdienstordens der Italienischen Republik[], aberkannt

**Usāma ibn Muhammad ibn Awad ibn Lādin**, allgemein bekannt als **Osama bin Laden** oder **Usama bin Laden** (arabisch أسامة بـن لادن ; geboren vermutlich zwischen März 1957 und Februar 1958 in Riad, Saudi-Arabien; gestorben am 2. Mai 2011 in Abbottabad, Pakistan), war ein saudi-arabischer, seit 1994 staatenloser Terrorist. Er war der Gründer und Anführer der Gruppe al-Qaida und plante unter anderem die von ihr ausgeführten Terroranschläge vom 11. September 2001.

Bin Laden stammte aus einer wohlhabenden saudischen Unternehmerfamilie und unterstützte in den 1980er Jahren den Kampf der Mudschaheddin im Sowjetisch-Afghanischen Krieg mit Geld, Waffen, Ausbildungslagern und Bauprojekten.
1998, nach dem Zweiten Golfkrieg, erklärte er in einer Fatwa das Töten von Zivilisten und Soldaten der Vereinigten Staaten und deren Verbündete überall zur Pflicht jedes Muslims. Er wurde zur Identifikations- und Symbolfigur verschiedener islamistischer Terrorgruppen, die ihre Gewalttaten gegen die westliche Welt als Dschihad zur Selbstverteidigung des Islam rechtfertigen.
Seit den Terroranschlägen auf die Botschaften der Vereinigten Staaten in Daressalam und Nairobi 1998 gehörte er zu den meistgesuchten Zielpersonen des FBI und diese fahndeten verstärkt, aber bis 2010 erfolglos, nach ihm. In der Nacht zum 2. Mai 2011 erschossen US-Soldaten in der Operation Neptune Spear Bin Laden bei der von US-Präsident Barack Obama befohlenen Erstürmung seines Anwesens in Pakistan.
Finanzierung
Bin Laden wurde bis zu seinem Tod von manchen Mitgliedern seiner reichen und weitverzweigten Familie unterstützt. Dieses System schien trotz der ausgesetzten Belohnung, militärischer Operationen und finanzieller Austrocknungsversuche zu funktionieren. Die USA bemühten sich, seine Konten einzufrieren. Die Islamische Bank in Tirana soll ihr Grundkapital zu 60 Prozent von Bin Laden erhalten haben. Osama und Yeslam bin Laden hatten von 1990 bis 1997 ein gemeinsames Konto bei der Schweizer Bank UBS. Die Familie Bin Laden, die von der New Yorker *Private Banking*-Gruppe der Deutschen Bank betreut wurde, hatte über verschiedene Offshore-Firmen ein Vermögen von mindestens 142 Millionen Dollar in verschiedenen Fonds der Bank angelegt. Darüber hinaus verwaltete das Institut weitere 172 Millionen Dollar für die Familie. 241 Millionen Euro sollen 2000 über die Deutsche Bank nach Pakistan an den al-Qaida-Führer geflossen sein.
Nach Angaben der US-Regierung wurde Bin Laden am frühen Morgen des 2. Mai 2011 pakistanischer Zeit von Spezialeinheiten der Navy Seals im zweiten Stock seines Anwesens in Abbottabad erschossen. Bei der von US-Präsident Obama befohlenen, etwa 40-minütigen Militäraktion wurden nach US-Angaben vier weitere Personen getötet, darunter ein Sohn Bin Ladens. Mehrere Anwesende wurden verletzt und insgesamt 17 Personen gefesselt zurückgelassen. Bin Ladens Identität wurde nach Angaben der US-Regierung mit einer DNA-Analyse festgestellt und sein Leichnam noch am 2. Mai 2011 an geheimer Stelle von Bord des US-Flugzeugträgers USS Carl Vinson im Arabischen Meer bestattet.
Erste Angaben, wonach Bin Laden am Feuergefecht beteiligt gewesen sei, korrigierte die US-Regierung wenige Tage später: Er sei unbewaffnet gewesen. Jedoch hätten sich ein Sturmgewehr und eine Pistole in seiner Reichweite befunden, und er habe keine Anzeichen gezeigt, sich zu ergeben. Daraufhin sei er erschossen worden. Das Vorgehen der USA wurde international häufig als mit dem Völkerrecht und Rechtsstaatlichkeit unvereinbare Exekution kritisiert. Am 4. Mai 2011 erklärte die US-Regierung dazu, die Erstürmung und Tötung sei in voller Übereinstimmung mit dem Kriegsvölkerrecht vollzogen worden. Die Beteiligten hätten Bin Laden wegen der Lebensgefahr für sich nicht lebend festnehmen können.



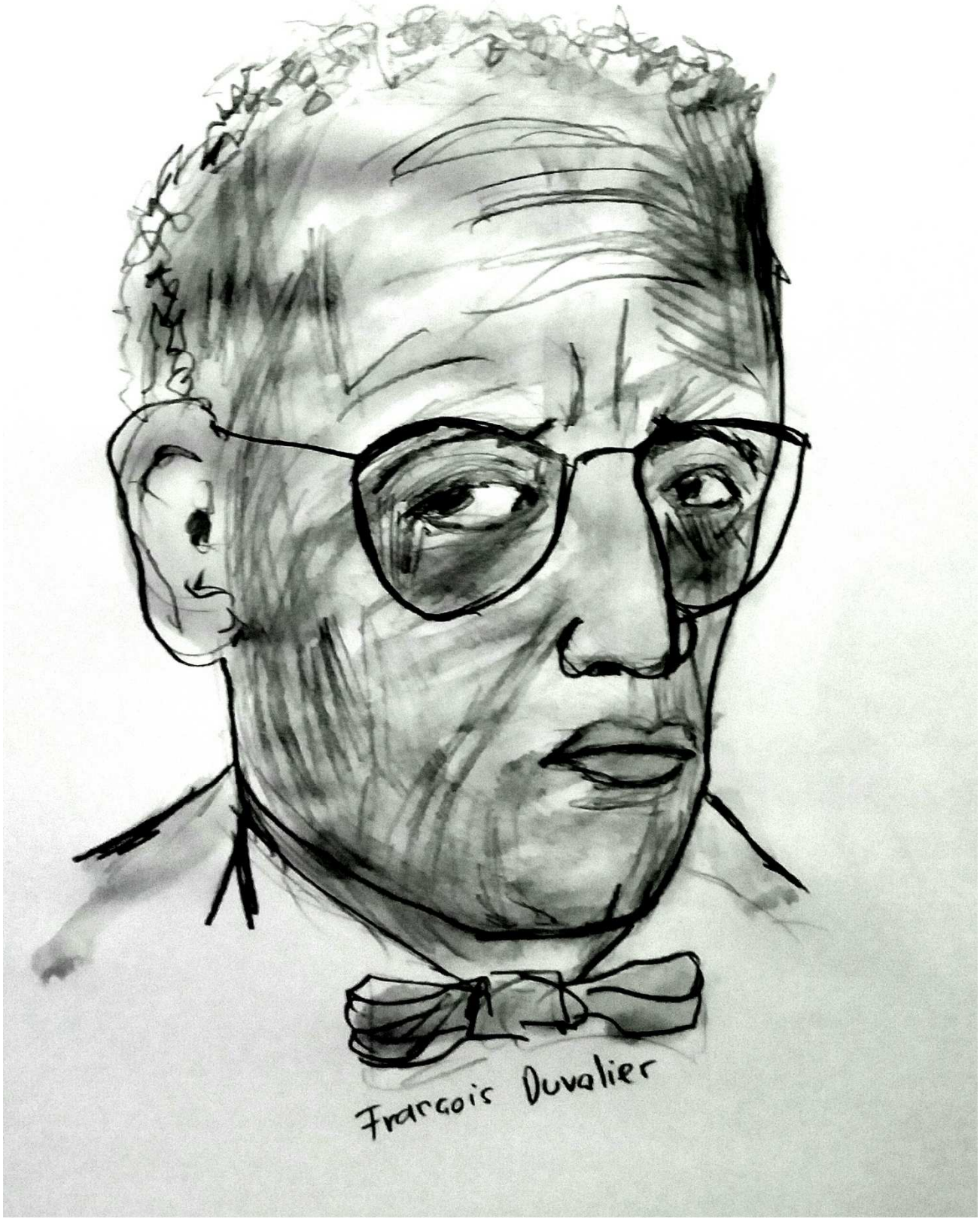

**Fidel Alejandro Castro Ruz** [fiˈðel ˈkastro ˈrus (* 13. August 1926/1927 in Birán bei Mayarí, Provinz Oriente; † 25. November 2016 in Havanna war ein kubanischer Revolutionär und Politiker. Er war Regierungschef und Staatspräsident Kubas sowie erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas.

Castro war mit der *Bewegung des 26. Juli (M-26-7)* die treibende Kraft der kubanischen Revolution, die am Jahresende 1958 zum Sturz des Diktators Fulgencio Batista führte. Als Staats- und Regierungschef Kubas prägte er 49 Jahre lang die Entwicklung seines Landes. Politisch war Castros Rolle international umstritten. Von den einen wegen der Durchsetzung eines Einparteiensystems als kommunistischer Diktator und Verantwortlicher für diverse Menschenrechtsverletzungen gehasst und gefürchtet, von den anderen verehrt und bewundert als Revolutionär und Befreier Kubas. Als innen-, sozial- und kulturpolitische Leistungen werden vor allem Castros Kampf gegen die verbreitete Armut und den Analphabetismus im Land hervorgehoben, so beispielsweise die Einführung eines unentgeltlichen schulischen Bildungs- und medizinischen Grundversorgungssystems für alle. Außenpolitisch unterstützte Castro als Protagonist einer antiimperialistischen Weltanschauung auf marxistischer Grundlage – auch militärisch – diverse antikoloniale und nationale Befreiungsbewegungen der so genannten Dritten Welt im Unabhängigkeitskampf gegen die herrschenden Kolonialmächte. Seit dem ab 1960 bestehenden Embargo der Vereinigten Staaten gegen Kuba war Castro auf die wirtschaftliche Unterstützung der Sowjetunion angewiesen. Mit der Stationierung sowjetischer Kernwaffen auf Kuba im Jahr 1962 und damit der Auslösung der Kubakrise geriet Castro zusätzlich in den Fokus der Blockkonfrontation des Kalten Krieges. Gleichwohl versuchte er trotz der Verbindung zur UdSSR diese Konfrontation zu überwinden. Kuba schloss sich unter seiner Regierung der Bewegung der Blockfreien Staaten an. Fidel Castro selbst war von 1979 bis 1983 sowie von 2006 bis 2008 Vorsitzender der Blockfreien Staaten.
Tod - Fidel Castro starb am späten Abend des 25. November 2016 nach offiziellen Angaben im Alter von 90 Jahren in Havanna. Sein Bruder Raúl verlas anschließend im Fernsehen eine kurze Erklärung, in der er erwähnte, dass der Tote am folgenden Tag auf eigenen Wunsch eingeäschert werde. Die Asche Castros wurde über mehrere Tage hinweg bis nach Santiago de Cuba gebracht. Castros letzte Reise nahm damit die umgekehrte Route der „Karawane der Freiheit", mit der die Revolutionäre 1959 nach dem Sturz des Diktators Fulgencio Batista nach Havanna eingezogen waren. Die Beisetzung erfolgte nach einer neuntägigen Staatstrauer am 4. Dezember auf dem Cementerio Santa Ifigenia in Santiago de Cuba. Reaktionen auf seinen Tod. Nachdem Barack Obama nach Jahrzehnten des US-Boykotts gegen Kuba in seiner Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten noch zu Lebzeiten Castros wieder diplomatische Kontakte der USA zu Kuba eingeleitet hatte, bezeichnete dessen politischer Gegner und Nachfolger Donald Trump als „President elect" Castro nach seinem Tod als „einen brutalen Diktator, der sein eigenes Volk fast sechs Jahrzehnte unterdrückte". Laut Trump hinterlasse Castro ein Vermächtnis von „Erschießungskommandos, Diebstahl, unvorstellbarem Leid, Armut und der Versagung fundamentaler Menschenrechte". Der indische Premierminister Narendra Modi hingegen befand: „Indien beweint den Verlust eines großen Freundes. Möge seine Seele in Frieden ruhen." Der Präsident Boliviens Evo Morales sagte: „Das Ableben des Bruders Comandante Fidel ist sehr schmerzlich. Die beste Ehrung ist die Einheit der Völker, ist, niemals seinen Widerstand gegen das imperialistische Modell und gegen das kapitalistische Modell zu vergessen". Südafrikas Präsident Jacob Zuma bekannte: „Ich werde die Solidarität Kubas in der Phase des Kampfes gegen die Apartheid nie vergessen". Für die Ex-Präsidentin Brasiliens Dilma Rousseff war Castro „ein zeitgenössischer Visionär, der an den Aufbau einer brüderlichen, gerechten, von Hunger und Ausbeutung freien Gesellschaft glaubte, an ein vereintes und starkes Lateinamerika." und die Ex-Präsidentin Argentiniens Cristina Fernández de Kirchner erklärte: „Fidel und Kuba treten endgültig in die große Geschichte ein. Zusammen mit seinem Volk ist er ein Beispiel für Würde und Souveränität."
Auszeichnungen und Ehrungen - 1961 erhielt Fidel Castro den sowjetischen Internationalen Lenin-Friedenspreis. Am 11. Dezember 2014 wurde ihm der Konfuzius-Friedenspreis verliehen. Das Komitee begründete seine Entscheidung mit Castros „bedeutenden Beiträgen" zum Weltfrieden.

**Nicolae Ceaușescu** [nikoˈlae ʧeauˈʃesku; * 26. Januar 1918 in Scornicești; † 25. Dezember 1989 in Tîrgoviște) war ein rumänischer Politiker. Als Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, Staatspräsident und Vorsitzender des Staatsrates war er von 1965 bis 1989 der neostalinistische Diktator der Sozialistischen Republik Rumänien.

Eine Reise Ceaușescus nach China und Nordkorea im Jahre 1971 brachte ihn mit dem dort praktizierten Personenkult in Berührung. Davon angeregt begann er diesen konsequent auf Rumänien zu übertragen.
Am 28. März 1974 übernahm er das Amt des rumänischen Staatspräsidenten. In seiner Amtszeit baute Ceaușescu eine stalinistische Diktatur mit einem starken Personenkult auf. Mit seinen zahlreichen offiziellen Titeln gab er sich nicht zufrieden. So ließ er sich *Conducător* (dt. Führer) nennen. Dies war ein Titel, der auch schon von dem faschistischen Militärdiktator Ion Antonescu benutzt worden war. Darüber hinaus wurden ab Mitte der 1970er Jahre zahlreiche Lyrikbände herausgegeben, die *Hofdichter*, unter ihnen der ultranationalistische Politiker Corneliu Vadim Tudor (1949–2015) und der spätere sozialdemokratische Politiker Adrian Păunescu (1943–2010), regelmäßig zu seinen Geburtstagen veröffentlichten. Dort wurden Ceaușescu Titel wie *Großer Kommandant*, *Titan der Titanen*, *glorreiche Eiche aus Scornicești* oder *Sohn der Sonne* gegeben. So ließ er sich auch als „der Auserwählte", „unser irdischer Gott" oder „Genie der Karpaten" bezeichnen.
Um keine möglichen Gegner oder Kritiker im näheren Umfeld zu haben, ließ er wichtige Ämter mit Familienmitgliedern besetzen. Er hatte Angst vor einem ähnlichen Fall wie der Flucht Pacepas 1978. Seine Paranoia ging so weit, dass er nie wieder die gleichen Kleidungsstücke anzog; bei seinen Arbeitsbesuchen in Fabriken oder auf dem Lande musste alles steril sein, so dass eine Hundertschaft von Geheimdienstbeamten alles keimfrei machen musste.
Seine Frau Elena erlangte erheblichen Einfluss in der Politik. Auch sie förderte den Personenkult, indem sie sich vom Volk als „liebende Mutter der Nation" feiern ließ, sich als „kühne Wissenschaftlerin und Forscherin, mit internationaler Anerkennung auf dem gesamten Erdball" im Bereich der Chemie und Polymere (*polimeri și poliperi*, ein geflügeltes Wort des Volkes) titulierte. Doktortitel und akademische Grade wurden für sie erfunden. Selbst die Soldaten ihres Erschießungskommandos fragte sie, ob diese nicht wüssten, dass sie auch ihre „Mutter" sei. In den letzten Jahren von Ceaușescus Herrschaft wurde sein jüngster Sohn Nicu Ceaușescu als „Thronfolger" eingeführt und politisch stark in das System eingebunden.
1989 waren viele rumänische Unternehmen wirtschaftlich am Ende. In der verarmten Bevölkerung machte sich zunehmend Unmut breit. Selbst die Staatspolizei und hohe Mitglieder der KP kritisierten zunehmend die Führung Ceaușescus. Besonderen Unmut erregte das oben erwähnte umstrittene Dorfzerstörungsprogramm. Erst im Frühling 1990 wurde international bekannt, dass die kommunistische Führung überall im Land Kinderheime für die „Unwiederbringlichen", also Behinderte und Kinder notleidender Eltern, eingerichtet hatte (siehe unter Cighid). Auf Grund der dort üblichen unmenschlichen Behandlung wurden sie auch als „Kinder-Gulags" (nach ähnlichen sowjetischen Lagern, russisch: Gulag) bezeichnet.
Am 16. Dezember 1989 kam es zu einem größeren Aufstand im westrumänischen Timișoara, nachdem der regimekritische evangelisch-reformierte ungarische Pfarrer László Tőkés verschleppt werden sollte. Mehrere Demonstranten wurden dabei getötet.[]
Die Geheimpolizei Securitate setzte bei der Niederschlagung Hubschrauber ein. Die um sich greifenden Aufstände beantwortete sie mit einem regelrechten Terror gegen die Aufständischen und diejenigen Mitglieder der Armee, welche die Seite gewechselt hatten. Armee und Geheimdiensteinheiten schossen tagelang auf das eigene Volk, Leichen lagen in den Straßen. Ceaușescu unterschätzte das Ausmaß des Aufstands: Er reiste auf Staatsbesuch nach Teheran und überließ seiner Gattin Elena zwei Tage lang die Regierungsgeschäfte.
Nach der zweitägigen Reise in den Iran sprach Nicolae Ceaușescu am 21. Dezember 1989 im Zentrum von Bukarest zu einer Menge von 100.000 Menschen. Nachdem die Bevölkerung ihn zu Beginn noch bejubelt hatte, schwenkte die Stimmung während der Rede um und Ceaușescu musste fassungslos hinnehmen, dass er ausgebuht wurde und die Menge sich gegen ihn zu wenden begann. Die Liveübertragung im Fernsehen wurde abgebrochen. Daraufhin eröffnete die Securitate das Feuer gegen die Aufständischen, aber das Militär unter Verteidigungsminister Vasile Milea weigerte sich, es ihr gleichzutun. Einen Tag später, am 22. Dezember 1989, versuchte Ceaușescu vom Balkon der kommunistischen Parteizentrale aus ein zweites Mal, die Massen zu beruhigen. Diese

waren aber so aufgebracht, dass sie begannen, das Parteigebäude zu stürmen. Das Diktatorenpaar entkam mit Leibwächtern in einem Hubschrauber, dessen Pilot sie in einem Feld neben der nach Pitești führenden Nationalstraße 7 absetzte. Mit gekaperten Fahrzeugen fuhren sie weiter nach Tîrgoviște, wo sie von Soldaten der rumänischen Armee festgenommen wurden. Da die Securitate sich weigerte, die Waffen niederzulegen, wurde Ceaușescu am 25. Dezember zusammen mit seiner Frau von einem von General Victor Stănculescu, dem kommissarischen Verteidigungsminister, eilig zusammengestellten Militärgericht unter anderem des Völkermords und der Schädigung der Volkswirtschaft angeklagt und im Schnellverfahren zum Tode verurteilt. Die Durchführung dieses Verfahrens hatte Ceaușescu unmittelbar vor seiner Festnahme durch die Einsetzung des nationalen Ausnahmezustandes ermöglicht.
Kurz vor 15 Uhr Ortszeit wurde Nicolae Ceaușescu gemeinsam mit seiner Frau Elena Ceaușescu von den Offizieren Ionel Boeru, Octavian Gheorghiu sowie Dorin Cârlan erschossen. Kurz bevor Nicolae und Elena Ceaușescu mit Dutzenden von Schüssen hingerichtet wurden, rief Ceaușescu: „Tod den Verrätern, die Geschichte wird uns rächen", und sang die Internationale.
Der Prozess wurde gefilmt[] und zusammen mit einem Teil der Hinrichtung und den Aufnahmen der Toten schnell landesweit und international mit der Begründung verbreitet, dadurch die Position der Einheiten der rumänischen Armee zu beeinflussen und so einen drohenden Bürgerkrieg abzuwenden. Tatsächlich traten die regulären Truppen in den folgenden Tagen geschlossen auf die Seite des Volkes über.
Im Ausland wurde der Sturz Ceaușescus allgemein erleichtert aufgenommen. Die beiden Leichen wurden mit dem Hubschrauber von Tîrgoviște nach Bukarest geflogen und am 30. Dezember 1989 unter großer Geheimhaltung und zunächst unter falschem Namen auf dem Bukarester Ghencea-Friedhof begraben. Auch das Begräbnis wurde auf Film dokumentiert. Die beiden Gräber lagen nicht zusammen.
Die Leichen der Ceaușescus wurden im Juli 2010 auf Veranlassung ihres Schwiegersohns Mircea Opran exhumiert, um ihre Identität mittels DNA-Analyse endgültig zu klären. Durch die DNA-Analyse konnte Ceaușescus Leichnam identifiziert werden. Am 8. Dezember 2010 wurden die Ceaușescus wieder auf dem Ghencea-Friedhof beigesetzt, nun in einem gemeinsamen Grab und nicht mehr an der ursprünglichen Stelle.
Nach dem Sturz Ceaușescus übernahm die Front zur Nationalen Rettung (FSN) unter dem Vorsitz von Ion Iliescu, einem politischen Ziehsohn des *Conducător*, die Führung in Rumänien.
Die Hinrichtung war die bislang letzte auf rumänischem Staatsgebiet.

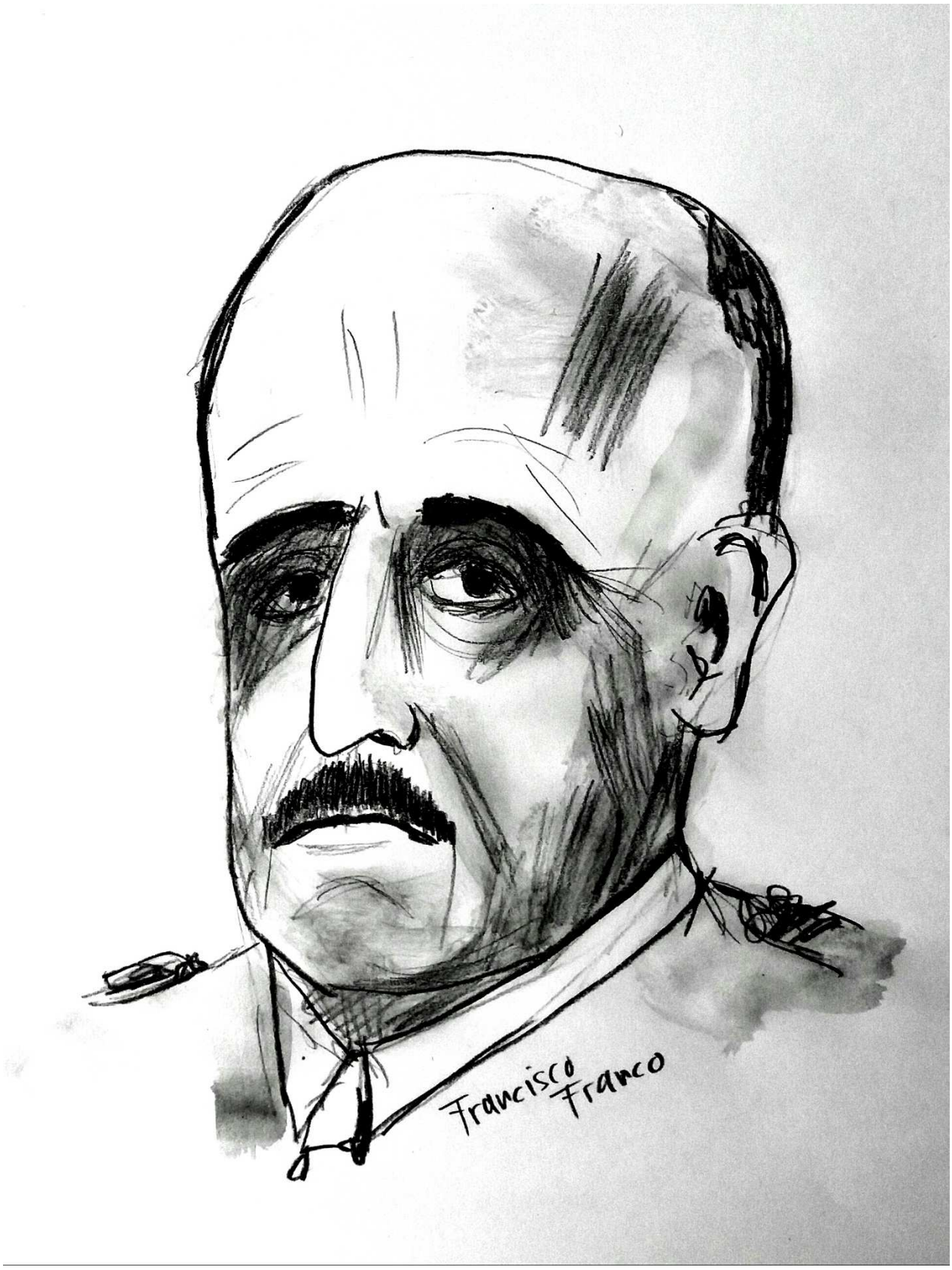



**François Duvalier**, auch **Papa Doc** genannt, (* vermutlich 14. April 1907 in Port-au-Prince; † 21. April 1971 ebenda) war ein haitianischer Politiker und Diktator.
Konsolidierung der Macht

Duvalier trat sein Amt als Präsident Haitis am 22. Oktober 1957 an. Nachdem er Mitte 1958 einen Putschversuch überlebt hatte, beseitigte er zunächst seine politischen Gegner in den Streitkräften und unternahm in der Folgezeit alles, um das Militär als Machtfaktor in Haiti entweder unter seine vollständige Kontrolle zu bekommen oder auszuschalten. Nach wenigen Jahren gelang es ihm durch eine Personalpolitik, die alle Schlüsselstellen seinen Vertrauten zuwies und die Befehlshaberposten in rascher Folge neu besetzte, die Streitkräfte politisch vollständig der Staatsführung unterzuordnen. Um weitere Putsche gegen sich zu verhindern, verlegte er das Waffen- und Gerätearsenal des Militärs in den Präsidentenpalast (ein gewagter Schritt, war doch bereits einmal in der haitianischen Geschichte der als Arsenal missbrauchte Präsidentenpalast in die Luft gesprengt worden). Für seinen persönlichen Schutz war zusätzlich noch eine Präsidentengarde verantwortlich. Vor allem aber schufen er und Clément Barbot (den er umgehend töten ließ, als Barbot dieses Instrument gegen Duvalier selbst zu richten versuchte) 1959 eine eigene Miliz, bekannt als die VSN (Volontaires de la Sécurité Nationale), um seine Macht auch außerhalb der Hauptstadt zu sichern. Die Angehörigen dieser Truppe waren in Haiti als die *Tontons Macoutes* gefürchtet (mit dem Tonton Macoute, dem „Onkel Menschenfresser" oder „Onkelchen mit dem Sack", der Kinder in seinen Sack steckt und mitnimmt, droht man in Haiti unfolgsamen kleinen Kindern). Weil niedere Chargen dieser Truppe keinen amtlichen Sold empfingen, mussten die Anfang der sechziger Jahre nach Tausenden zählenden *Tontons Macoutes* ihren Lebensunterhalt durch kriminelle Betätigung wie etwa Erpressung bestreiten.
Duvalier erließ eine neue Verfassung und gewann dann die Wahl 1961 mit dem amtlichen Endergebnis von 1,32 Millionen Stimmen für Duvalier bei nicht einer einzigen Gegenstimme. Die New York Times beurteilte es daraufhin als den größten Wahlbetrug in der Geschichte Lateinamerikas.
Seine Macht stützte Duvalier auf die schwarze Unter- und Mittelschicht, die er gegen die mulattische Oberschicht sowohl förderte als auch bei Gelegenheit als Druckmittel einsetzte – etwa als die mulattischen Geschäftsinhaber zum Zweck, „Papa Docs" Herrschaft zu destabilisieren, sich anschickten, ihre Läden für eine Anzahl von Tagen zu schließen, woraufhin Duvalier die Läden zur Plünderung freigab. Den Voodoo-Glauben der Armen instrumentalisierte er für seine Zwecke, indem er verbreiten ließ, dass er der Todesgeist *Baron Samedi* sei, ein auf Friedhöfen lebender Loa (Voodoo-Geist), und dass übernatürliche Kräfte ihn schützten. Effektiv unterstützt hat er die schwarze Mittelschicht bei alledem nicht: Wegen der allgegenwärtigen Korruption und des Fehlens jeder Perspektive erlebte Haiti während der Amtszeit durch einen wahren Exodus haitianischer Akademiker eine ausgesprochene *Talentflucht*.
Duvalier betrieb eine Kampagne gegen die oppositionellen Kommunisten, bei der diese entweder ins Exil gedrängt oder ermordet wurden. Am 28. April 1969 erließ Duvalier ein Gesetz, welches „kommunistische Aktivitäten, egal welcher Form", als Verbrechen gegen die Staatssicherheit einordnet. Hierauf stand die Todesstrafe.
Die nicht weniger als neun Umsturzversuche in seiner Amtszeit ließ Duvalier mit brutaler Gewalt niederschlagen; seine Vergeltungsschläge kosteten mitunter sehr viel mehr Unbeteiligten das Leben als tatsächlichen Schuldigen. Innerhalb des Landes veranlasste Duvalier zahlreiche politische Morde, die durch die *Tonton Macoutes* ausgeführt wurden, und ließ seine Rivalen verschwinden. Man schätzt, dass 30.000 Menschen dem repressiven Regime zum Opfer fielen. Angriffe auf Duvalier aus den Reihen des Militärs wurden besonders ernst genommen. Als 1967 nahe dem Präsidentenpalast Bomben detonierten, hatte das die Hinrichtung von 20 Mitgliedern der Präsidentengarde zur Folge.
Am 22. Juni 1964 wurde Duvalier offiziell Präsident auf Lebenszeit und betrieb durch die Errichtung von Monumenten und Denkmälern einen Personenkult. Vorübergehend wurden die Farben der haitianischen Flagge als Hommage an die durch ihn verkörperte „Revolution der Schwarzen" von blau-rot auf schwarz-rot geändert. Duvalier verglich sich nacheinander mit Lenin, Jesus Christus und Jean-Jacques Dessalines – dem haitianischen Staatsgründer und Kaiser von Haiti von 1804 bis 1806 – und sah sich als Verkörperung Haitis selbst (*„Je suis le drapeau haitien, une et indivisible*" – „Ich bin das Banner Haitis, eins und unteilbar"). Wie einige seiner Vorgänger ließ Duvalier häufig gerüchteweise verbreiten, möglicherweise wieder die Monarchie mit einem Kaiser einzuführen.

**Jean-Claude Duvalier** (* 3. Juli 1951 in Port-au-Prince; † 4. Oktober 2014 ebenda), genannt **Baby Doc**, war ein haitianischer Politiker. Er war von 1971 bis 1986 diktatorisch regierender Präsident seines Landes.

1993 verlor er den Großteil seines Vermögens, als er sich von seiner Frau scheiden ließ. Bis dahin hatte er zwischen 300 und 800 Millionen US-Dollar aus Haiti auf ausländische Bankkonten transferiert. Davon sind seine in der Schweiz lagernden 7,6 Millionen Franken seit 1986 ein Streitpunkt zwischen der haitianischen und der Schweizer Regierung. Seine Mutter Simone hatte das Geld dort ursprünglich angelegt. Im Jahre 2002 fror die Schweizer Regierung das Konto ein. Die Kontoinhaber der gesperrten Konten wurden aufgefordert, die rechtmäßige Herkunft der sich darauf befindenden Gelder bis 2008 zu beweisen. Im Februar 2009 entschied das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, dass die Gelder an Haiti zurückgegeben werden müssten, da die rechtmäßige Herkunft nicht bewiesen werden konnte. Das Urteil wurde jedoch an das Bundesstrafgericht weitergeleitet. Im August 2009 wies dieses die Beschwerde einer liechtensteinischen Stiftung gegen die Herausgabeverfügung zurück, da der Duvalier-Clan als kriminelle Organisation eingestuft wurde.
Wenige Tage nach dem Erdbeben in Haiti im Januar 2010 meldete sich Duvalier über das britische Online-Magazin *The Daily Beast* wieder zu Wort. Nach seinem Bekunden wollte er die nicht mehr strittigen Millionen seines ehemaligen Schweizer Kontos über das Amerikanische Rote Kreuz der Bevölkerung Haitis spenden. Ironischerweise war er seit dem Berufungsurteil des Bundesstrafgerichtes nicht mehr der Eigentümer des Geldes; es wäre somit auch ohne sein Zutun an den haitianischen Staat gefallen. In Frankreich sorgte die Spendenankündigung für heftige Empörung.
Der Entscheid des Bundesstrafgerichts wurde von der liechtensteinischen Stiftung an das Bundesgericht als letzte Instanz weitergezogen. Das Bundesgericht entschied in einem Anfang Februar veröffentlichten Urteil vom 12. Januar 2010 anders als alle vorhergehenden Instanzen und erklärte, dass die Gelder an die Familie Duvalier zurückgegeben werden müssten, da die damit in Verbindung stehenden Straftaten verjährt seien. Das Urteil erging wenige Stunden vor dem Erdbeben in Haiti, mit der Entscheidung wurde ein Antrag der haitianischen Regierung zurückgewiesen. Als Reaktion auf das Urteil beschloss der Schweizer Bundesrat per Notrecht, die Duvalier-Gelder erneut zu blockieren. Die Schweizer Regierung wollte damit verhindern, dass der Finanzplatz Schweiz als Zufluchtsort für unrechtmäßig erworbenes Vermögen gelte. Nach Meldungen der Schweizer Nachrichtenagentur SDA wollte die Regierung das geltende Recht ändern, um das Geld beschlagnahmen und eine Auszahlung an die Duvalier-Angehörigen verhindern zu können. Nach Stand Juni 2015 schien die Auszahlung an Haiti schon begonnen zu haben. Ende November 2016 wurde gemeldet, dass die Auszahlung immer noch in Vorbereitung sei, jedoch diverse chaotische Umstände in Haiti die Kommunikation erschwert hätten, so dass noch kein Geld geflossen sei.
Rückkehr nach Haiti - Am 16. Januar 2011 kehrte Duvalier nach nicht ganz 25 Jahren im Exil nach Haiti zurück, nach eigener Aussage, „um zu helfen". Begleitet wurde er von seiner Frau Veronique. In Haiti wurden die beiden von ehemaligen Mitarbeitern, Anhängern und Journalisten am Flughafen erwartet. Zwei Tage später wurde er von der Polizei im Luxushotel „Karibe" in Port-au-Prince festgenommen und zur Befragung zur Staatsanwaltschaft gebracht. Er konnte jedoch die Staatsanwaltschaft als freier Mann verlassen, musste sich nur der Justiz zur Verfügung halten. Nach Angaben eines seiner Anwälte sei eine Verhaftung Duvaliers nicht mit der haitianischen Verfassung vereinbar. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren gegen Duvalier wegen Korruption, Veruntreuung und Diebstahls zu Lasten der haitianischen Staatskasse ein. 2013 sagte Duvalier selbst vor einem Untersuchungsrichter zu seinem Regime aus, anschließend wurde auch eine Anklage gegen ihn wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zugelassen. Es kam jedoch nie zu einer Verurteilung. Bis zu seinem Tod am 4. Oktober 2014 stand er unter Hausarrest. Trotzdem stellte ihm die haitianische Regierung 2013 einen Diplomatenpass aus und ließ ihn an verschiedenen offiziellen Feiern als Gast teilhaben. ehemaligen Präsidenten Aristide und Duvalier Gespräche zur Aufbauhilfe Haitis führen zu wollen, wobei Martelly eher Duvalier als Aristide nahesteht.
Laut Aussage einiger Vertrauter Duvaliers habe er im Alter seine Fehler eingesehen und deshalb auch die Bevölkerung Haitis um Verzeihung gebeten.




**Francisco Franco** [franˈθisko ˈfraŋko], voller Name *Francisco Paulino Hermenegildo Teódulo Franco y Bahamonde Salgado Pardo* (* 4. Dezember 1892 in Ferrol, Galicien; † 20. November 1975 in Madrid), war ein spanischer Militär und von 1936 bis 1975 Diktator des Königreiches Spanien.

Unter seiner Führung putschten konservative, monarchistische und faschistische Militärs mit Unterstützung des faschistischen Königreiches Italien und des nationalsozialistischen Deutschen Reichs im Juli 1936 gegen die im Februar 1936 demokratisch gewählte republikanische Regierung Spaniens. Zuvor hatte Franco als Militär bis 1931 unter der Monarchie und später in der Zweiten Spanischen Republik eine langjährige Karriere absolviert und war am 3. Februar 1926 zum General ernannt worden. Seine Laufbahn begann 1904 und war durch die Niederschlagung mehrerer Aufstände geprägt. Als Legionär war Franco 1926 maßgeblich für die Zerschlagung der aufständischen Rif-Republik im westlichen Nordafrika verantwortlich, 1933 konnte er als Berater verschiedener Kriegsminister eine anarchistische Revolution unterbinden und 1934 im Fürstentum Asturien einen Bergarbeiterstreik beenden, was ihm die Anerkennung rechter und monarchistischer Kreise einbrachte und einen schnellen politischen Aufstieg als Führer der Nationalisten ermöglichte. Seine Erfolge in Afrika in den 1920er Jahren verschafften ihm in Spanien zumindest bis 1934 enorme Popularität. 1935 wurde er zum Generalstabschef des Heeres ernannt.
Franco regierte nach seinem Militärputsch, der 1936 den Spanischen Bürgerkrieg auslöste, ab 1939 diktatorisch. Er ließ in seinen ersten Herrschaftsjahren im Zuge einer nationalistischen und traditionalistischen Doktrin Autonomiebestrebungen in den spanischen Regionen unterdrücken, mehrere hunderttausend vermeintliche und tatsächliche Gegner exekutieren und rund 1,5 Millionen politische Häftlinge in insgesamt 190 verschiedene Konzentrationslager internieren. In den afrikanischen Kolonien entrechtete er während des Zweiten Weltkriegs kurzzeitig Teile der Einheimischen, förderte die Einwanderung spanischer Siedler, baute die koloniale Verwaltung weiter aus und genehmigte den Gebieten nur begrenzt politische Selbstbestimmung. Sein Herrschaftssystem wird ebenso wie die zugrundeliegende Ideologie als Franquismus bezeichnet und lässt sich in die Phasen *primer franquismo* (die Jahre 1939–1959), *segundo franquismo* (1959–1969) und *tardofranquismo* (1969–1975) unterteilen. Im Jahre 1947 führte er in Spanien gesetzlich die Monarchie wieder ein, ohne allerdings einen König zu ernennen. Franco blieb bis zu seinem Tode insgesamt 39 Jahre lang als Regent Staatsoberhaupt und bis 1973 Regierungschef des Königreiches Spanien. Während er im Zweiten Weltkrieg die Neutralität seines Landes wahren konnte und sich weigerte, auf der Seite der Achsenmächte in den Krieg einzutreten, gehörte er im Kalten Krieg zu den führenden europäischen antikommunistischen Persönlichkeiten und verfolgte eine restriktive Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion und deren Satellitenstaaten. Als nomineller Oberbefehlshaber der Spanischen Streitkräfte führte er in den Kolonien Ifni (Ifni-Krieg) und Spanisch-Sahara (Grüner Marsch) zwei Kolonialkriege gegen das aufstrebende Königreich Marokko und trat bis 1968/69 entschlossen der Dekolonisation der spanischen Besitzungen des afrikanischen Kontinentes entgegen.
Die symbolische Intervention Spaniens im Koreakrieg und im späteren Vietnamkrieg zugunsten der Vereinigten Staaten, die sich mit wirtschaftlicher und politischer Unterstützung in den späten 1950er Jahren revanchierten, beendete die seit dem Ende des Weltkrieges anhaltende erzwungene Isolierung Spaniens und legitimierte das Franco-Regime international. Die 1940er und 50er unter Franco waren von sehr niedriger Produktion in Industrie und Landwirtschaft geprägt. Mit Geldüberweisungen emigrierter Spanier, vervielfachten Einnahmen aus dem aufkommenden Massentourismus und der kontrollierten Öffnung für Investitionen und Handel industrialisierte sich Spanien jedoch ab den 1960ern mit erheblichem Wachstum unter anderem im Stahl-, Bau- und Textilbereich. Am 22. Juli 1969 ernannte Franco den späteren König Juan Carlos I. zu seinem Nachfolger. Als strategischer Partner der Vereinigten Staaten in Südamerika hatte das franquistische Spanien in den letzten Jahren einen großen Einfluss auf die dortigen Diktaturen (beispielsweise in Chile unter Augusto Pinochet) und diente vielfach als Vorbild. Dennoch befand sich die spanische Diktatur in ihren späteren Jahren in einer innenpolitischen Krise. Die sich seit 1973 rasch zuspitzende politische, soziale und militärische Krise und die Rivalitäten der einzelnen Flügel innerhalb der seit April 1937 bestehenden Staatspartei *Falange Española Tradicionalista y de las JONS* untergruben auch Francos persönliche Diktatur.

**Muammar Muhammad Abdassalam Abu Minyar al-Gaddafi** oder **Muʿammar Muhammad Abdassalam Abu Minyar al-Qaddhafi** (arabisch معمر القـــذافي *Muʿammar al-Qaddhāfī*, DMG *Muʿammar al-Qaḍḍāfī* [i]; * offiziell 19. Juni 1942 in Sirte; † 20. Oktober 2011 in oder bei Sirte) war seit einem unblutigen Militärputsch vom 1. September 1969

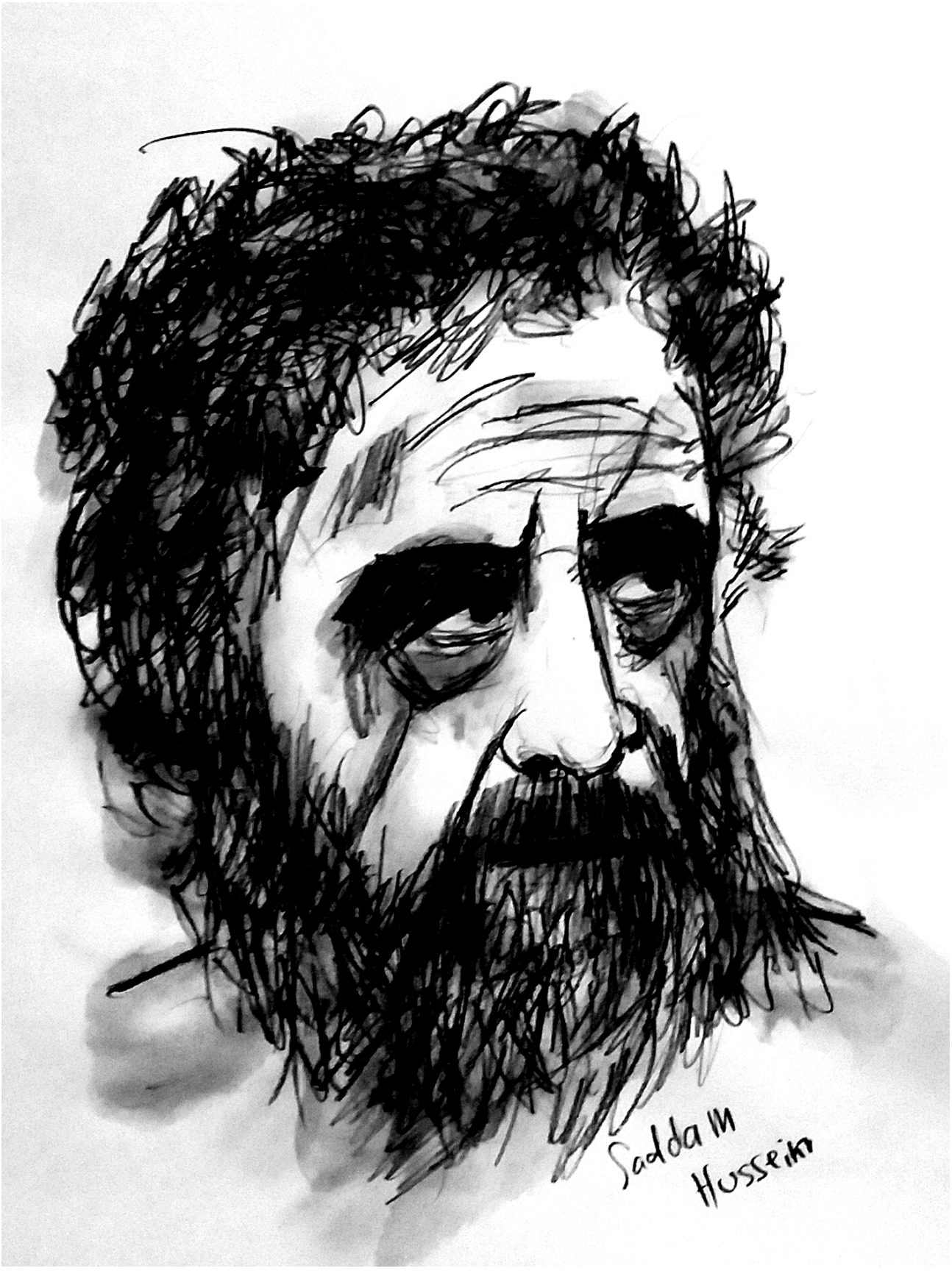
bis 1979 das Staatsoberhaupt von Libyen. Als *Revolutionsführer* bestimmte er von 1979 bis 2011 diktatorisch die Politik Libyens. 1975 veröffentlichte Gaddafi *Das Grüne Buch*, in dem er seine politischen Ziele darstellte, ein Eklektizismus aus Sozialismus, Anarchismus, Naturrecht und Nationalismus.
Gaddafi war der am längsten regierende Herrscher Libyens und einer der am längsten herrschenden Machthaber außerhalb von Monarchien überhaupt; etwa 80 Prozent der zum Zeitpunkt seines Todes lebenden Libyer waren unter seiner Herrschaft geboren worden. Gaddafi sicherte seine Macht auch durch ein rentenökonomisches, auf den Exporterlösen von Erdöl und -gas beruhendes Verteilungssystem nach innen ab. Außerdem instrumentalisierte und politisierte er die Stämme nach dem Prinzip Teile und herrsche.
Im Februar 2011 kam es in Libyen zu landesweiten Aufständen, gegen Ende des Monats verlor Gaddafi die Kontrolle über weite Teile des libyschen Ostens an Rebellen. Im März begannen, auf der Basis einer UN-Resolution, die Vereinigten Staaten, Kanada und mehrere westeuropäische Staaten mit Luftangriffen auf Libyen mit dem Ziel, eine Flugverbotszone durchzusetzen (Internationaler Militäreinsatz in Libyen 2011). Ab dem 27. Juni 2011 wurde Gaddafi als mutmaßlicher Kriegsverbrecher und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit per Haftbefehl weltweit gesucht. Er galt ab dem 22. August 2011 als abgesetzt und wurde von der neuen Regierung polizeilich gesucht, am 20. Oktober 2011 wurde er getötet. Die genauen Todesumstände wurden nicht aufgedeckt und bleiben ungeklärt.
Verbindung mit internationalem Terrorismus - Gaddafi wurden bereits Anfang der 1980er Jahre Verbindungen mit dem internationalen Terrorismus nachgesagt. Für den Bombenanschlag auf die Diskothek La Belle im Jahr 1986 machte der damalige US-Präsident Ronald Reagan Gaddafi persönlich verantwortlich. Am 21. Dezember 1988 geschah der Lockerbie-Anschlag mit 270 Toten, für den 2001 ein Mitarbeiter des libyschen Geheimdiensts von einem schottischen Gericht verurteilt wurde. Libyen akzeptierte 2002 die „Verantwortung für die Handlungen seiner Offiziellen" und zahlte 2,46 Milliarden US-Dollar Entschädigung an die Hinterbliebenen der Opfer. Nach Aussagen des früheren Justizministers von Libyen, Mustafa Abdel Dschalil, gab Gaddafi persönlich den Befehl zu diesem Anschlag. Gaddafi unterstützte seit den 1970ern phasenweise die IRA mit Waffenlieferungen, die er als Verbündeten im Kampf gegen den „britischen Imperialismus" sah.
Gaddafi galt ferner als Drahtzieher des Anschlags auf den UTA-Flug 772 vom 19. Sept--ember 1989, bei dem ein französischer Linienflug über dem Niger zum Absturz gebracht wurde und 170 Menschen ums Leben kamen. Sein Motiv war Vergeltung für die Niederlage im Libysch-Tschadischen Krieg, für die er neben den USA auch Frankreich verantwortlich machte. 1999 verurteilte ein französisches Gericht sechs libysche Offizielle in Abwesenheit für ihre Beteiligung an diesem Anschlag, deren Auslieferung Gaddafi auch in der Folge verweigerte.
In allen diesen Fällen tauchten aber auch erhebliche Zweifel an der Täterschaft Libyens – und damit Gaddafis – auf. Im Fall der *La Belle*-Diskothek deuteten Ermittlungsergebnisse auf eine Beteiligung Syriens hin, wie die West-Berliner Polizei und das State Department 1988 mitteilten. In den Fällen Lockerbie und UTA-Flug 772 gibt es ebenfalls Hinweise auf eine Täterschaft Syriens, Irans oder der palästinensischen PFLP-GC. Libyen wurde danach belastet, weil die USA, Großbritannien und Frankreich eine Konfrontation mit diesen beiden Staaten vor dem Zweiten Golfkrieg scheuten.
Gaddafi unterstützte die palästinensischen Untergrundorganisationen Islamischer Dschihad und die Volksfront zur Befreiung Palästinas. Die Abu Nidal Organisation hatte jahrelang ihr Hauptquartier in Libyen. Des Weiteren wird er als Unterstützer verschiedener bewaffneter Tuareggruppen in der südlichen Sahara (Mali, Niger) angesehen, die in den frühen 1990er-Jahren und wieder verstärkt seit 2006 sowohl gegen Militärs kämpfen als auch Übergriffe auf die Zivilbevölkerung durchführen. Durch diese Unterstützung einerseits und die Rolle als Verhandlungsführer andererseits erhoffte sich Gaddafi verstärkten Einfluss auf die Regierungen der betroffenen Länder.
Nach einer 1986 in der *Sunday Times* veröffentlichten Studie war nur ein Prozent des Budgets des internationalen Terrorismus, das auf 700 Millionen £ geschätzt wurde, libyschen Ursprungs.

**Hirohito** (japanisch 裕仁; * 29. April 1901 in Tokio; † 7. Januar 1989 ebenda) war entsprechend der traditionellen Thronfolge der 124. Tennō Japans und der dritte der modernen Periode. Er war das japanische Staatsoberhaupt von 1926 bis zu seinem Tod

1989. Seitdem ist er in Japan offiziell als **Shōwa-tennō** bekannt (昭和天皇). Außerhalb Japans wird er weiter als Kaiser Hirohito bezeichnet.
Hirohito, der sich persönlich für Meeresbiologie interessierte, übernahm schon 1921 die Regentschaft, als sein Vater krank war. Damals war Japan bereits eine bedeutende Seemacht und hatte mehrere Länder Ostasiens besetzt. In seiner Zeit als Staatsoberhaupt weitete Japan seine Aggression gegen andere Länder aus. Mit dem Überfall auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor im Dezember 1941 trat Japan in den Zweiten Weltkrieg ein.
Nach dem Krieg, 1945, wurde Japan von den Amerikanern besetzt. Es wurde überlegt, Hirohito für seine Mitverantwortung für Japans Angriffskriege und Menschenrechtsverletzungen anzuklagen. Die amerikanische Militärregierung unter General Douglas MacArthur verzichtete darauf und beließ Hirohito auf dem Kaiserthron. Allerdings wurde die Funktion des Kaisers auf rein repräsentative Aufgaben reduziert.
In den kommenden Jahrzehnten war Hirohito stark in der japanischen Öffentlichkeit präsent. Er beteiligte sich an der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Japan stieg in dieser Zeit zu einer führenden Wirtschaftsmacht auf. Eine Aufarbeitung der japanischen Kriegsverbrechen und der Rolle Hirohitos fand kaum statt; allerdings boykottierte er seit 1978 den Yasukuni-Schrein, der auch Kriegsverbrecher ehrt.
Hirohito wurde 1987 wegen Krebs operiert und starb zwei Jahre später an inneren Blutungen. Nach seinem Tod wurde sein Sohn Akihito offiziell im November 1990 neuer Kaiser.
Hirohito spielte auch eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau von Japans diplomatischer Stellung im Ausland. Auf Auslandsreisen traf er sich mit vielen ausländischen Staatsoberhäuptern einschließlich des US-Präsidenten und Königin Elisabeth II.
Hirohito war stark an Meeresbiologie interessiert, weswegen der kaiserliche Palast ein Laboratorium beherbergte. Der Kaiser veröffentlichte mehrere wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Fachgebiet und galt als einer der angesehensten Quallenexperten der Welt.
Tod
Am 22. September 1987 unterzog sich Hirohito einer Operation an der Bauchspeicheldrüse, nachdem er mehrere Monate Verdauungsprobleme gehabt hatte. Die Ärzte entdeckten Krebs im Zwölffingerdarm, aber in Übereinstimmung mit der japanischen Tradition sagten sie ihm dies nicht. Hirohito schien sich nach der Operation gut zu erholen. Etwa ein Jahr später, am 19. September 1988, brach er in seinem Palast zusammen und seine Gesundheit verschlechterte sich in den folgenden Monaten, da er an ständigen inneren Blutungen litt. Am 7. Januar 1989 um 6:33 Uhr starb Hirohito. Um 7:55 Uhr verkündete der Oberste Kammerherr des kaiserlichen Hofamts, Shoichi Fujimori, offiziell den Tod des Kaisers und machte erstmals Details zu seiner Krebserkrankung bekannt. Mit seinem Tod wurde er nach der Ära, in der er regierte, „Kaiser Shōwa" (*Shōwa Tennō*) genannt. Das Begräbnis fand am 24. Februar statt, und in Gegensatz zu allen seinen Vorgängern wurde er nicht strikt nach den Regeln des Shintō bestattet. Viele führende Politiker aus aller Welt nahmen daran teil. Er liegt in einem Mausoleum im Kaiserlichen Friedhof Musashi bei Hachiōji begraben.

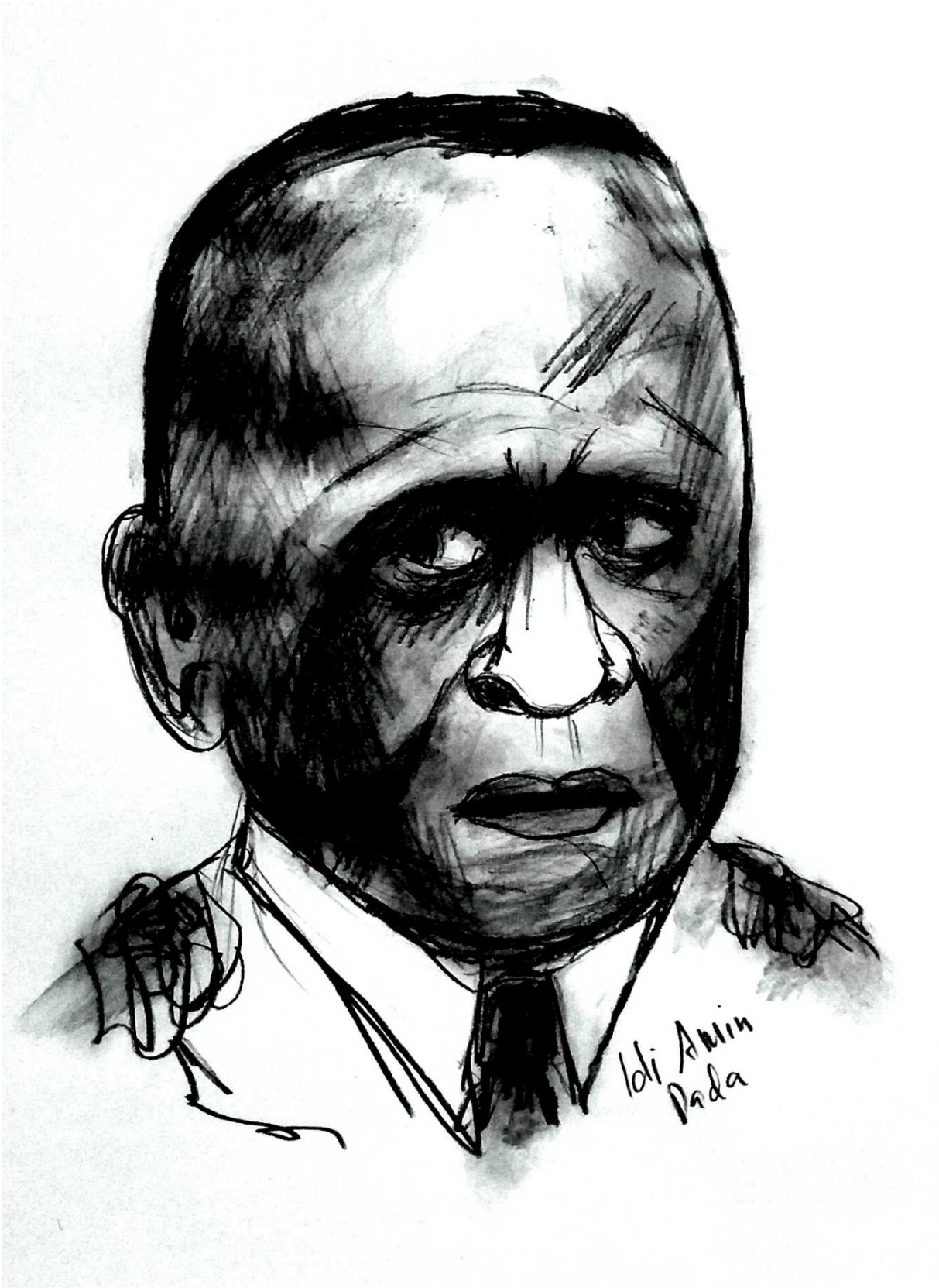
**Adolf Hitler** (* 20. April 1889 in Braunau am Inn, Österreich-Ungarn; † 30. April 1945 in Berlin) war ein nationalsozialistischer deutscher Politiker österreichischer Herkunft, der von 1933 bis 1945 Diktator des Deutschen Reiches war.

Ab Juli 1921 Parteivorsitzender der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), versuchte er im November 1923 mit einem Putsch von München aus die Weimarer Republik zu stürzen. Mit seiner Schrift *Mein Kampf* (1925/26) prägte er die antisemitische und rassistische Ideologie des Nationalsozialismus.
Hitler wurde von Reichspräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 zum deutschen Reichskanzler ernannt. Innerhalb weniger Monate beseitigte sein Regime mit Terror, Notverordnungen, dem Ermächtigungsgesetz, Gleichschaltungsgesetzen, Organisations- und Parteiverboten die Gewaltenteilung, die pluralistische Demokratie, den Föderalismus und den Rechtsstaat. Politische Gegner wurden in Konzentrationslagern inhaftiert, gefoltert und ermordet. 1934 ließ Hitler anlässlich des „Röhm-Putsches“ potentielle Rivalen in den eigenen Reihen ermorden. Hindenburgs Tod am 2. August 1934 nutzte er, um das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers vereinen zu lassen, und regierte seither als „Führer und Reichskanzler“, wobei der zweite Teil dieser Titulatur bald zurücktrat.
Die deutschen Juden wurden ab 1933 zunehmend ausgegrenzt und entrechtet, besonders durch die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935, die Novemberpogrome 1938 und die Arisierung von Unternehmen jüdischer Eigentümer sowie zahlreiche weitere Gesetze und Verordnungen, die ihnen schrittweise die Teilnahme am wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben unmöglich machten und sie ihrer Vermögen und Erwerbsmöglichkeiten beraubten. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit bekämpfte er mit staatlichen Investitionsprogrammen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie dem Autobahnbau und der Aufrüstung der Wehrmacht sowie der Einrichtung des paramilitärisch organisierten Reichsarbeitsdienstes. Mit der Aufrüstung der Wehrmacht und der Rheinlandbesetzung brach Hitler 1936 den Versailler Vertrag. Die nationalsozialistische Propaganda stellte die Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik als erfolgreich dar und steigerte so bis 1939 Hitlers Popularität.
1938 übernahm er die unmittelbare Befehlsgewalt über die Wehrmacht und setzte den Anschluss Österreichs durch. Über das Münchner Abkommen vom 30. September 1938, das ihm die Angliederung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich gestattete, setzte er sich mit der „Zerschlagung der Rest-Tschechei“ bereits am 15. März 1939 hinweg. Mit dem durch den Abschluss des sogenannten Hitler-Stalin-Pakts vom 23./24. August 1939 mit der Sowjetunion vorbereiteten Überfall auf Polen am 1. September 1939, der vertragsgemäß die Zerschlagung des polnischen Staates und die Aufteilung seines Territoriums unter den Vertragspartnern zum Ziel hatte und auf den bald die sowjetische Besetzung Ostpolens folgte, löste er den Zweiten Weltkrieg in Europa aus. Nach dem Sieg über Frankreich im Westfeldzug vom 10. Mai bis 25. Juni 1940 und dem Beginn der später gescheiterten Luftschlacht um England am 10. Juli 1940 teilte er am 31. Juli 1940 Vertretern des Oberkommandos der Wehrmacht seinen Entschluss mit, die Sowjetunion anzugreifen und gegen sie einen Vernichtungskrieg zur Eroberung von „Lebensraum im Osten“ zu führen. Den am 22. Juni 1941 begonnenen Krieg gegen die Sowjetunion ließ er unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ vorbereiten und führen.
Im Zweiten Weltkrieg verübten die Nationalsozialisten und ihre Helfershelfer zahlreiche Massenverbrechen und Völkermorde. Bereits im Sommer 1939 erteilte Hitler die Weisung, die „Erwachseneneuthanasie“ vorzubereiten. Zwischen September 1939 und August 1941 wurden in der „Aktion T4“ über 70.000 psychisch kranke sowie geistig und körperlich behinderte Menschen, bis Kriegsende insgesamt durch „Euthanasie“ über 200.000 Menschen systematisch ermordet. Hitlers extremer Antisemitismus und Rassismus gipfelte schließlich im Holocaust. Im Holocaust wurden etwa 5,6 bis 6,3 Millionen Juden, im Porajmos bis zu 500.000 Sinti und Roma ermordet. Hitler autorisierte die wichtigsten Schritte des Judenmordes und ließ sich über den Verlauf informieren. Seine verbrecherische Politik führte zu vielen Millionen Kriegstoten und zur Zerstörung weiter Teile Deutschlands und Europas.
Die Hitler-Forschung fragt vor allem, wie Hitler ohne berufliche und charakterliche Qualifikation zum Kanzler und Diktator aufsteigen konnte, welche Ziele er hatte und welche Rolle er im NS-Staat spielte, besonders im Krieg und beim Holocaust




**Saddam Hussein** (arabisch صدام حسين عبد المجيد التكريتي *Saddām Husain ʿAbd al-Madschīd at-Tikrītī*, DMG *Ṣaddām Ḥusain ʿAbd al-Maǧīd at-Tikrītī*, kurdisch سەدام حوسێن *Sedam Huseyn*; * 28. April 1937 in al-Audscha bei Tikrit; † 30. Dezember 2006 in al-Kazimiyya bei Bagdad) war von 1979 bis 2003 Staatspräsident und gleichzeitig von 1979

bis 1991 sowie 1994 bis 2003 Premierminister des Irak. Er regierte das Land diktatorisch und wurde später wegen des Massakers an Schiiten und Kurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.
Hinrichtung - Das Urteil gegen Saddam Hussein wurde am 30. Dezember 2006 kurz nach 6:00 Uhr Ortszeit (4:00 Uhr MEZ) in al-Kazimiyya, einer Nachbarstadt im Nordosten von Bagdad, durch Hängen vollstreckt. Die gesamte Hinrichtung wurde offiziell von den irakischen Behörden gefilmt und auf Fotos festgehalten. Entsprechende Aufnahmen, die die letzten Minuten Husseins, nicht jedoch die Exekution zeigen, waren wenig später weltweit in zahllosen Medien zu sehen. Die Hinrichtung sei nach offizieller Darstellung schnell und ruhig verlaufen. Hussein habe keine Bemerkung gemacht, während er zum Galgen geführt worden sei. Vor der Hinrichtung habe er das sunnitisch-islamische Glaubensbekenntnis gesprochen.
Reaktionen auf die Hinrichtung - Das gewählte Hinrichtungsdatum wurde in der islamischen Welt scharf kritisiert, da sie an einem islamischen Feiertag, dem Opferfest, vollstreckt wurde. Es wurden außerdem Terroranschläge als Reaktion auf die Hinrichtung Husseins befürchtet, denn bereits die Urteilsverkündung im November hatte in Teilen des Landes Gewalt ausgelöst.
EU-Entwicklungshilfekommissar Louis Michel verurteilte die Hinrichtung noch am selben Tag indirekt als „barbarisch". Zudem äußerte er die Befürchtung, dass die Vollstreckung des Urteils Hussein zu einem Märtyrer machen könne. Die EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner äußerte sich im Namen der Europäischen Kommission zu dem Urteil: „Während die EU die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bedeuten das Gerichtsverfahren und die Bestrafung von Saddam, dass jene, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, der Gerechtigkeit nicht entgehen können." Der Tod Saddam Husseins habe ein „langes und schmerzhaftes Kapitel in der Geschichte des Irak" geschlossen. Seine Karriere und sein Vermächtnis zeige die „Sinnlosigkeit einer Politik der Gewalt und des Terrors".
US-Präsident George W. Bush würdigte dagegen die Hinrichtung von Saddam Hussein als „gerechte Strafe". Die Hinrichtung sei das Ergebnis einer Rechtsprechung, die der irakische Expräsident „den Opfern seines brutalen Regimes" vorenthalten habe, sagte Bush in der Nacht auf seinem Landsitz in Texas.
Die britische Regierung wiederum kritisierte die Hinrichtung aus prinzipiellen Gründen. „Wir treten für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ein, unabhängig von dem jeweiligen Verbrechen", erklärte Außenministerin Margaret Beckett. Großbritannien habe seine Ablehnung der Todesstrafe „der irakischen Regierung sehr deutlich klargemacht, allerdings respektieren wir deren Position", fügte die Ministerin hinzu.
Russland hat wegen der Hinrichtung Saddam Husseins vor einer weiteren Verschärfung der Lage im Irak gewarnt. Ban Ki-moon, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, sorgte dagegen überraschend für einen Eklat, indem er in einer Stellungnahme zur Hinrichtung erklärte, es stehe einem Land frei, über Hinrichtungen zu entscheiden. Bei einer Pressekonferenz erklärte eine Mitarbeiterin anschließend prompt, dass Hinrichtungen von den Vereinten Nationen weiterhin abgelehnt würden. In Bans Heimatland Südkorea gibt es die Todesstrafe, seit 1998 sind Todesurteile aber nicht mehr vollstreckt worden.
Ausdrücklich begrüßt wurde der Vollzug des Todesurteils im Iran und in Kuwait, während ein Vertreter der Palästinenser von politischem Mord sprach und der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi eine dreitägige Staatstrauer für sein Land anordnete. Israels Vize-Ministerpräsident Schimon Peres verglich Saddams Hinrichtung mit dem Ende Adolf Hitlers.
Vernehmungen durch das FBI
Im Juli 2009 wurden die Vernehmungen des FBI aus dem Jahre 2003 – 2004 vom National Security Archive veröffentlicht. Saddam Hussein nannte als seine Feinde den Iran und al-Qaida, als potentiellen Verbündeten betrachtete er das Regime in Nordkorea. Als große Fehler nannte er u. a. die Vernichtung der Massenvernichtungswaffen in den 1990ern, die er sonst im Irak-Krieg 2003 hätte einsetzen können. Hussein gab des Weiteren Details zu den Golfkriegen wieder. Nicht enthalten in den FBI-Berichten waren jedoch Aussagen zur Beziehung zwischen dem Irak und den USA in den 1980ern, zu den Chemiewaffenangriffen und der Rolle der CIA beim Aufstieg der Baath-Partei




**Idi Amin Dada** (* angeblich 17. Mai 1928 als *Idi Awo-Ongo Angoo* in Koboko bei Arua, Uganda; † 16. August 2003 in Dschidda, Saudi-Arabien[1]) war von 1971 bis 1979 das diktatorisch regierende Staatsoberhaupt Ugandas.
Als vollen, selbstgewählten Titel nutzte er seinerzeit: „His Excellency, President for Life, Field Marshal Al Hadji Doctor Idi Amin Dada, Victoria Cross, Distinguished Service Order,

Military Cross, Lord of All the Beasts of the Earth and Fishes of the Seas and Conqueror of the British Empire in Africa in General and Uganda in Particular" (deutsch „Seine Exzellenz, Präsident auf Lebenszeit, Feldmarschall Hāddsch Doktor Idi Amin Dada, Viktoria-Kreuz, Orden für hervorragenden Dienst, Militärkreuz, Herr aller Tiere der Erde und aller Fische der Meere und Bezwinger des Britischen Weltreichs in Afrika allgemein und besonders in Uganda").
Amin gilt als Inbegriff eines brutalen Gewaltherrschers. Zwischen 300.000 und 400.000 Menschen sollen seiner achtjährigen Gewaltherrschaft zum Opfer gefallen sein. Am 25. Januar 1971 ergriff Idi Amin in einem zuerst unblutigen Putsch die Macht, während Milton Obote an einer Konferenz der Commonwealth-Staaten in Singapur teilnahm. Nach wenigen Tagen „verschwanden" Intellektuelle, hohe Offiziere und Richter. Ganze Dörfer, die Obote unterstützt hatten, wurden dem Erdboden gleichgemacht und die Bewohner ermordet. Amin ließ nach Augenzeugenberichten und Aussagen ehemaliger Armee-angehöriger die Leichen seiner Opfer, weil Massengräber nicht kurzfristig angelegt werden konnten, den Krokodilen im Nil zum Fraß vorwerfen. 1971 unterhielt Amin gute Beziehungen zu mehreren westlichen Ländern. Nachdem ihm Israel Waffenlieferungen verweigert hatte, brach er die Beziehungen zu mehreren westlichen Staaten ab und erweiterte die Wirtschaftsbeziehungen zu den arabischen und islamisch geprägten Staaten sowie zum Ostblock. Von Anfang an waren die Beziehungen zum Nachbarland Tansania spannungsgeladen, dessen Staatsführung Amins Putsch-regierung nicht anerkannte. Die tansanische Regierung hegte den Verdacht, dass der Putsch Amins von Großbritannien und Israel ermöglicht worden sei und die westlichen Ländern versuchten, mit Hilfe Amins in Uganda eine Marionettenregierung zu installieren. Milton Obote wurde in Tansania Asyl gewährt und beim Aufbau einer Guerillaarmee unterstützt. Daraufhin überschritten ugandische Truppen ab August 1971 wiederholt die Grenze zu Tansania und versuchten durch diese militärische Machtdemonstration die Nyerere-Regierung zur Anerkennung des Regimes von Amin zu zwingen. Tansania unterstützte im Gegenzug eine Invasion Obotes und seiner Guerillaarmee (Uganda People's Army) in Uganda, um einen Gegenputsch durchführen zu können. Dieser Krieg, der sogenannte Erste Uganda-Tansania-Krieg, endete am 7. Oktober 1972 nach Vermittlung Somalias. 1972 verwies Amin im Rahmen einer Afrikanisierungskampagne die Asiaten, insbesondere Inder, des Landes. Ausländische Unternehmen wurden enteignet. Die Bundesrepublik unterhielt noch bis 1975 gute Beziehungen zum Regime Amins. Am 25. Juni 1976 ließ sich Idi Amin zum Präsidenten auf Lebenszeit ernennen. Im Sommer geriet Uganda in die Schlagzeilen, als ein Flugzeug der Air France auf dem Flug von Tel Aviv nach Paris nach einer Zwischenlandung in Athen durch die Volksfront zur Befreiung Palästinas sowie ein Kommando der deutschen Revolutionären Zellen gekapert und mit Unterstützung von Uganda nach Entebbe entführt wurde. Die Befreiung der Geiseln durch israelische Spezialeinheiten auf ugandischem Territorium, bei der etwa 25 ugandische Soldaten getötet und ein wesentlicher Teil der ugandischen Luftwaffe zerstört wurde, gilt als Verletzung der Souveränität Ugandas und schwere Demütigung für Amin. Idi Amin wollte am Victoriasee zu Ehren von Adolf Hitler ein Denkmal errichten; diese Idee soll ihm aber vom sowjetischen Botschafter Alexey Sacharow ausgeredet worden sein.
Sturz und Flucht - Im Oktober 1978 gab Idi Amin den Befehl zur Invasion Tansanias *(Operation Magurugur)* und löste damit den Zweiten Uganda-Tansania-Krieg aus. Mit diesem Krieg konnte er vor allem von innenpolitischen Problemen ablenken und sein durch interne Streitigkeiten von Spaltung bedrohtes Militär durch einen erfolgreichen Feldzug einigen. Durch die Besetzung und Annexion des Kagera-Gebiets provozierte Uganda eine Reaktion Tansanias. In der Gegenoffensive wurde am 11. April 1979 die Hauptstadt Kampala von tansanischen Truppen zusammen mit Truppen der ugandischen Exilarmee (Uganda National Liberation Army (UNLA)) eingenommen. Dadurch endete auch Amins Amtszeit als Präsident von Uganda. Zunächst floh er nach Libyen und danach in den Irak. Schließlich ging er nach Saudi-Arabien ins Exil, wo ihm die Regierung unter der Bedingung, sich nicht politisch zu betätigen, eine Villa in der Stadt Dschidda zur Verfügung stellte. Dort starb der als *Schlächter von Afrika* titulierte Ex-Diktator nach längerer Zeit im Koma am 16. August 2003 an Bluthochdruck und Nierenversagen.

**Kim Il-sung** (auch *Kim Il Sung*, koreanisch 김일성, nach alter Transkription *Kim Ir-sen*; geboren als *Kim Song-chu*; geboren 15. April 1912 in Mankeidai, damals Japanisches Kaiserreich, Nordkorea; gestorben 8. Juli 1994 in Pjöngjang) war ein kommunistischer

nordkoreanischer Politiker und von 1948 bis 1994 der stalinistische Diktator Nordkoreas. Als „Ewiger Präsident" gilt er über den Tod hinaus als De-jure-Staatschef Nordkoreas. In der nordkoreanischen Propaganda wird er als der „Große Führer Genosse Kim Il-sung" (위대한수령김일성동지 *Widaehan Suryŏng Kim Il Sŏng Tongji*) bezeichnet.

Nach seinem Tod wurde sein Sohn Kim Jong-il oberster Machthaber Nordkoreas. Dieser verstarb 2011 und wurde von seinem Sohn Kim Jong-un als Staatschef beerbt. Teilweise wird daher bei der Familie Kim von der ersten „kommunistischen Dynastie" gesprochen.

Hals-Wucherung, Nachfolgeregelung, Tod und Hinterlassenschaft

Eine tennisballgroße Wucherung am Hals des Diktators] war nicht lebensbedrohlich, sie konnte jedoch auch nicht entfernt werden, da sie zu nah an der Halsschlagader oder den Halswirbeln lag.

Kim Il-sung ernannte 1991 seinen Sohn Kim Jong-il zum Oberbefehlshaber der Koreanischen Volksarmee. Damit legte er die Grundlage für die erste kommunistische Dynastie der Welt. Nach dem Tod von Kim Jong-il am 17. Dezember 2011 herrscht mit dessen Sohn Kim Jong-un mittlerweile die dritte Generation der Familie in Nordkorea.

Am 8. Juli 1994 um 2 Uhr morgens starb Kim Il-sung an einem Herzinfarkt in seiner Residenz *Hyangsan Chalet* (♁39° 58′ 19,4″ N, 126° 19′ 17,1″ O), nach nordkoreanischen Angaben in seinem Arbeitszimmer in Pjöngjang. Aus Satellitenaufnahmen ist bekannt, dass das *Hyangsan Chalet* nach Kim Il-sungs Tod zwischen 2004 und 2013 – das genaue Datum ist nicht bekannt – abgerissen und die Fläche bepflanzt wurde. Im ganzen Land ordnete man eine dreijährige Trauerzeit an. Am 20. Juli wurde Kim Jong-il zu seinem Nachfolger ernannt. Der „Große Führer" hinterließ ein Land in Armut und Isolation. Sein Geburtstag ist Nationalfeiertag und wird jährlich als Tag der Sonne gefeiert. Im zum Mausoleum umgebauten Kumsusan-Palast in Pjöngjang ist sein Leichnam, der von einer Flagge der Partei der Arbeit Koreas umhüllt ist, aufgebahrt und kann dort besichtigt werden.

Die Schriften Kims und ihre Bedeutung

Die Reden und Schriften Kim Il-sungs erschienen in Nordkorea vom April 1992 bis Januar 2012 als 100-bändige Gesamtausgabe unter dem Titel *Gesamtwerk Kim Il Sungs* („김일성전집") im Verlag der Partei der Arbeit Koreas.

Eine 50-bändige Auswahl erschien von 1979 bis April 1997 unter dem Titel *Kim Il Sung Werke* ebenfalls im Verlag der PdAK. Die Herausgabe der fremdsprachigen Ausgabe dieser Auswahl stammt vom Verlag für fremdsprachige Literatur. Die fremdsprachige Ausgabe der „Kim Il Sung Werke" erscheint auf Arabisch, Chinesisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Japanisch, Russisch und Spanisch und umfasst 50 Bände mit einem Registerband, der die Bände 1–35 erfasst].

Die Publikation der Memoiren Kim Il-sungs *Mit dem Jahrhundert* wurde in Nordkorea 1998 mit Band 8 abgeschlossen. Sie enthalten die Erinnerungen Kims vom Beginn seiner politischen Tätigkeit bis zur Rückkehr nach Korea 1945. Die nicht unmittelbar von ihm redigierten Bände 7 und 8 wurden nach seinem Tod auf Grundlage seiner Manuskripte erstellt. *Mit dem Jahrhundert* erscheint neben koreanisch ebenfalls auf Arabisch, Chinesisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Japanisch, Russisch und Spanisch.

Nach offiziellen nordkoreanischen Angaben sollen Schriften Kim Il-sungs zu seinen Lebzeiten in 63 Sprachen in 108 Ländern erschienen sein Die Schriften Kims haben in der nordkoreanischen Gesellschaft enorme, quasi sakrale Bedeutung. Der Lernstoff an Schulen und Universitäten besteht zu einem großen Teil aus den Werken Kim Il-sungs. Oftmals müssen ganze Passagen auswendig gelernt werden. Auch in den Straflagern des nordkoreanischen Regimes müssen die Häftlinge – dem ehemaligen Lagerhäftling Kang Chol-hwan zufolge – Teile aus den Werken Kims auswendig lernen.

**Kim Jong-un** [kiːm.tɕʌŋ.ɯn] (* 8. Januar 1984 in Pjöngjang) ist der Vorsitzende des Komitees für Staatsangelegenheiten der DVRK, Oberbefehlshaber der Koreanischen Volksarmee und Vorsitzender und zugleich Generalsekretär der Partei der Arbeit Koreas sowie seit dem 29. Dezember 2011 der sogenannte „Oberste Führer" der Demokratischen

Volksrepublik Korea („Nordkorea"). Er ist der dritte und jüngste Sohn seines am 17. Dezember 2011 verstorbenen Vorgängers Kim Jong-il und dessen dritter Ehefrau Ko Yong-hi. Seit dem Tod seines Vaters gilt er als diktatorischer Alleinherrscher des Landes. Kim Jong-un folgte seinem Vater nach dessen Tod in den Führungspositionen nach. Bereits am 27. September 2010 war er zum General ernannt worden. Am 18. Juli 2012 erfolgte die Beförderung in den Rang eines Marschalls (*Wonsu*), womit Kim Jong-un den gleichen militärischen Rang bekleidet wie den, den sein verstorbener Vater zuletzt innehatte.

„Säuberungsaktionen" und Machtkämpfe - Nach Ansicht einiger westlicher Beobachter gibt es seit der Machtübernahme Kim Jong-uns Anzeichen dafür, dass dieser seine Machtposition innerhalb der nordkoreanischen Führung durch Ausschaltung eventueller Konkurrenten konsolidieren möchte. Von den sieben Personen, die 2011 den Sarg des verstorbenen Kim Jong-il zu Grabe getragen hatten (was in Diktaturen sowjetischer Prägung immer ein Kennzeichen für eine besondere Machtposition war), sind seit 2011 alle entweder exekutiert worden oder nicht mehr in der Öffentlichkeit zu sehen gewesen. Der BBC-Korrespondent Stephen Evans in Seoul verglich diese Politik mit den stalinschen Säuberungen der 1930er Jahre. Offensichtlich sei die Führung um Kim Jong-un nicht stabil. Kim wolle mit seinen Aktionen – wie Stalin – seine Allgewalt über Leben und Tod von Personen auch aus seiner engsten Umgebung demonstrieren und mögliche Konkurrenten frühzeitig aus dem Weg räumen. Möglicherweise sei er auch – ebenso wie Stalin – von einer Paranoia besessen und wittere überall Verschwörungen. Da das abgeschottete Nordkorea die Berichte über Hinrichtungen – von Ausnahmen abgesehen – häufig weder dementiert noch bestätigt, ist die westliche Berichterstattung auf Quellen unbekannter Herkunft angewiesen und muss sich zum Teil mit Vermutungen und Spekulationen behelfen. - Anfang Dezember 2013 gab das Regime die überraschende Entmachtung von Kims angeheiratetem Onkel Jang Song-thaek bekannt. (Jang war der Ehemann von Kim Kyŏng-hŭi, der einzigen Schwester Kim Jong-ils.) Dieser hatte bis dahin als der zweite Mann im Staat, De-facto-Führer anstelle des erkrankten Kim Jong-il und graue Eminenz gegolten; nun verlor er alle Ämter und wurde Tage darauf hingerichtet. Es handelte sich dabei um die erste derartig harte Verurteilung und Hinrichtung eines hochrangigen Funktionärs seit den 1950er Jahren, als Kim Il-sung seine Vormachtstellung erst errichtet hatte. Im Jahre 2014 erfolgte die Hinrichtung von Jon Yong-jin und O Sang-hon. Am 30. April 2015 ließ Kim möglicherweise seinen Verteidigungsminister Hyon Yong-chol wegen „Untreue und Respektlosigkeit" hinrichten. Im Juli 2015 berichtete die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap, dass der Vize-Premierminister Choe Yong-gon im Mai 2015 auf Befehl Kim Jong-uns hingerichtet worden sei. Im Januar 2017 entließ Kim seinen Sicherheitsminister Kim Won-hong. Diesem wurden Korruption, Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Familie - Am 25. Juli 2012 wurde im staatlichen Radio und Fernsehen verlautet, dass Kim Jong-un mit Ehefrau Ri Sol-ju einen Vergnügungspark eingeweiht habe. Dadurch erfuhr die Öffentlichkeit erstmalig, dass Kim Jong-un verheiratet ist. Das Datum der Heirat und nähere Angaben zu der Frau wurden nicht mitgeteilt. Verschiedene Medien gaben an, dass es sich um eine Sängerin handele. Ein südkoreanischer Experte behauptete, Kim Jong-uns Vater habe nach einem Schlaganfall im Jahr 2008 die Hochzeit seines Sohnes eilig in die Wege geleitet. Die Hochzeit habe demnach schon 2009 stattgefunden. Als enge Vertraute Kims gilt seine jüngere Schwester Kim Yo-jong, Direktorin des Ministeriums für Propaganda und Agitation sowie seit 2016 Mitglied des Zentralkomitees der Partei. Sie spielte eine wesentliche Rolle beim Aufstieg ihres Bruders und begleitet ihn regelmäßig bei seinen inszenierten Besuchen in Kindergärten, Schulen und Fabriken. Die Weltöffentlichkeit wurde auf sie aufmerksam, als sie mit einer hochrangigen

Sein 1971 geborener Halbbruder Kim Jong-nam war ursprünglich als voraussichtlicher Nachfolger seines Vaters als Führer Nordkoreas angesehen worden. Er fiel später in Ungnade, ging ins Exil und äußerte sich kritisch über das nordkoreanische Regime. Am 13. Februar 2017 wurde er auf dem Flughafen von Kuala Lumpur durch einen Anschlag mit dem Nervengift VX ermordet.

**Jean Kambanda** (* 19. Oktober 1955) ist ein ehemaliger ruandischer Politiker. Er war während des Völkermordes von 1994 Premierminister Ruandas. Er ist der erste und einzige ehemalige Regierungschef, der sich seit der Einführung des Verbots des Genozids durch die Vereinten Nationen 1951 dieser Tat für schuldig bekannt hat.

Kambanda hat einen akademischen Abschluss als Wirtschaftsingenieur und begann seine Karriere bei der United Popular BPR Bank. Er stieg über die Position des Technokraten bis zum Vorsitzenden der Bank auf. Zur Zeit der Krise im April 1994, war er Vizepräsident des Butare Ortsvereins der Oppositionspartei Democratic Republican Movement (MDR). Am 9. April 1994, zwei Tage nachdem die ehemalige Premierministerin Agathe Uwilingiyimana ermordet worden war, übernahm er das Amt des Premierministers. Der MDR war der Posten des Premierministers in der Übergangsregierung versprochen worden, aber Kambanda übersprang mehrere Ebenen in der Parteihierarchie und bekam das Amt anstelle des ursprünglichen Kandidaten Faustin Twagiramungu. Er blieb über die 100 Tage des Genozids bis zum 19. Juli 1994 im Amt. Während des Massakers verbreitete Kambanda Aufforderungen zur Gewalt, ein Beispiel: „genocide is justified in the fight against the enemy." („Genozid ist durch den Kampf gegen den Feind gerechtfertigt."). Nachdem er sein Amt niedergelegt hatte, floh er aus dem Land.

Verantwortung für Verbrechen

Kambanda wurde am 19. Juli 1997 in Nairobi verhaftet und dem *Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda* (ICTR) übergeben. Das Gericht beschuldigte ihn der Verbreitung von Waffen und Munition in Butare und Gitarama mit dem Wissen, dass diese Waffen für Massaker an Zivilisten eingesetzt wurden.

Am 4. September 1998 wurde er vom ICTR zu lebenslanger Haft verurteilt. Er wurde der Verbrechen

des Genozides und der Zustimmung, Genozid zu begehen,
der öffentlichen Aufforderung, den Genozid zu begehen,
der Unterstützung des Genozids,
des Versagens an seiner Aufgabe als Premierminister, den Genozid zu verhindern, und gegen die Menschlichkeit in zwei Fällen

für schuldig befunden.

Kambanda ist zurzeit in Mali inhaftiert.

**Ruhollah Musawi Chomeini** (persisch روح‌الله موسوی خمینی, DMG *Rūḥollāh Mūsawī Ḫomeinī* [ruːholˈlɑːh χomeiˈniː], auch *Khomeini*, * 1902 in Chomein; † 3. Juni 1989 in Teheran) war ein iranischer Ajatollah, politischer und religiöser Führer der Islamischen

Revolution von 1979 und danach bis zu seinem Tod iranisches Staatsoberhaupt. Mit der Revolution stürzte er aus dem französischen Exil heraus die Regierung von Mohammad Reza Pahlavi, dem damaligen Schah des Iran. Chomeini gilt als der Gründer der Islamischen Republik Iran.

Kampf gegen Regimegegner - Es scheint, dass Chomeini und seine Anhänger nach ihrer Machtübernahme vergleichbare Verbrechen begangen haben, die sie dem Schah zur Last gelegt hatten. Monarchisten, Linke, Liberale, Homosexuelle, Baha'i und Freimaurer erlitten schwerste Repressionen. Geschätzte 8.000 Iraner wurden von 1981 bis 1985 wegen „politischer Vergehen" hingerichtet. Insgesamt sollen unter Chomeini 12.000 Iraner exekutiert worden sein. Die Zahl der Gefängniszellen wurde unter Chomeini verdoppelt. Und Folterpraktiken, die unter dem Schah verboten worden waren, wurden wieder eingeführt. Im Juli 1988 wurden allein in einer Woche 3.000 Iraner hingerichtet.

Verfolgung von Nichtmuslimen - Chomeini unterschied nach der islamischen Lehre zwischen Muslimen, Schutzbefohlenen (Dhimmi), Ungläubigen und Harbī. Das Harbi-Konzept sieht die Tötung von nicht unterworfenen Nichtmuslimen vor. Chomeini erklärte in einer Rede über den Dschihad am 12. Dezember 1984:

„Wenn ein Verderber, der Untaten begeht, verhaftet und getötet wird, muß er dafür dankbar sein, denn würde er leben, könnte er noch mehr Untaten begehen, und er würde im Jenseits noch größere Strafen erleiden müssen."

Besonders betroffen waren die Bahai, die systematisch verfolgt wurden und heute noch im Iran verfolgt werden. 1979 wurde das Haus des Bab in Schiras zerstört,] 1980–1981 die geistliche Führung der Bahai exekutiert, bis 1985 die gesamte Elite der Bahai in 210 Hinrichtungen eliminiert. Die Bahai gehen von 202 Hingerichteten und 15 Vermissten aus. Nachdem Chomeini am 28. Mai 1983 die Bahai als „Spione" bezeichnet hatte, wurde die Religion der Bahai offiziell am 15. September 1983 verboten. Vermutlich sind mindestens 10.000 gläubige Bahai ins Exil geflohen.

Verfolgung von Regimegegnern

Unmittelbar nach der Machtübernahme Chomeinis wurden 23 Generäle und 30 Offiziere des Schahs hingerichtet, 80 % der ersten zweihundert Exekutierten gehörten dem Militär bzw. Geheimdienst des Schahs an. Amnesty International verzeichnete vom Beginn der Revolution im Februar 1979 bis Ende 1981 3.800 Hinrichtungen, bis Ende Dezember 1983 wurden 5.447 Hinrichtungen gezählt. Um Regimegegner zu erkennen, rief Chomeini im August 1981 jeden Bürger auf:

„Nachbarn zu beobachten und zu sehen, was sich in deren Häusern abspielt. Ihr könnt eure Nachbarn beobachten und die Nachbarn euch, und wenn ihr diese Methode zehn, zwanzig, dreißig Tage lang praktiziert, wenn ihr genau beobachtet, wer bei euren Nachbarn aus- und eingeht, und wenn ihr im Verdachtsfall zur nächsten Polizeistation geht, dann haben wir das Problem bald gelöst. (…) Eltern sollen auf ihre Kinder aufpassen (…) Und wenn die Kinder auf den elterlichen Rat nicht hören, dann haben die Eltern die religiöse Pflicht, sie anzuzeigen."

Verfolgung im Ausland - Geflüchtete Regimegegner waren selbst im Ausland vor Verfolgung und Exekution nicht sicher. Über 120 sollen durch Auftragsmorde exekutiert worden sein; die bekanntesten Attentate waren:

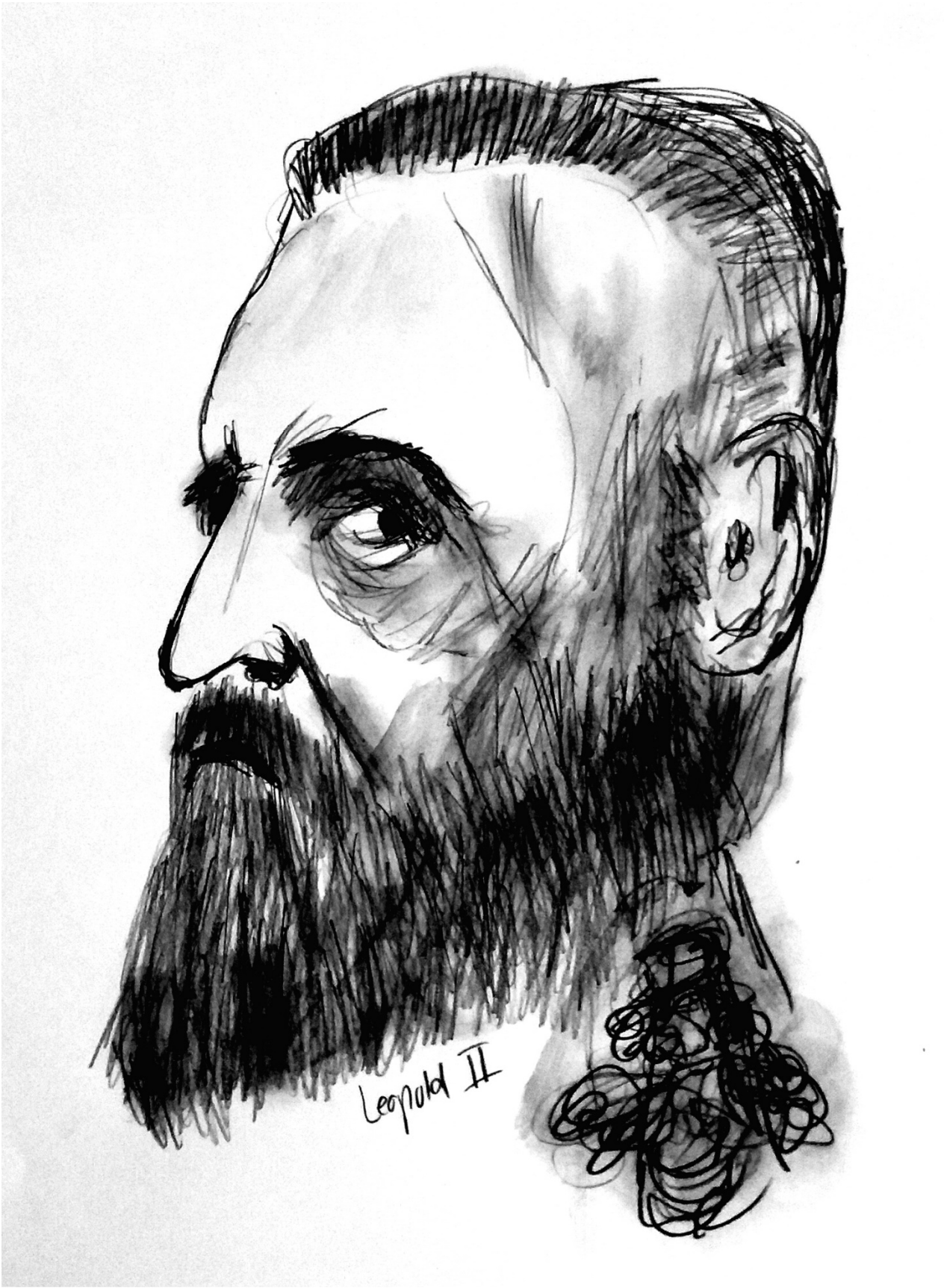
am 7. Dezember 1979, der Neffe des Schahs, Prinz Schahriar Schafiq in Paris,
am 22. Juli 1980, Ali Akbar Tabatabai, der ehemaligen Presseattaché der iranischen Botschaft in Maryland,
am 7. Juli 1984, der ehemalige General Gholam-Ali Oveissi in Paris.

Massenhinrichtung politischer Gefangener

Kurz nach dem Ende des Iran-Irak-Krieges kam es zu Massenhinrichtungen politischer Gefangener. Die Zahlen der Opfer gehen von 1.367, 2.700, bis zu spekulativen 10.000, politischen Gefangenen in Iran aus. Im Jahr 2008 wurde vom Nationalen Widerstandsrat des Iran (NWRI) die Zahl von 33.700 Gefangenen, die hingerichtet wurden, veröffentlicht. Die Mehrheit von ihnen waren Anhänger der Volksmodschahedin und diverser linker Gruppierungen. Die von Chomeini abgesegneten Hinrichtungen ab Juli 1988 gelten als die größte Hinrichtungswelle der Islamischen Republik Iran.

**Joseph Rao Kony** (* um 1961 in Odek, Uganda) ist ein Kriegsverbrecher und Führer der Lord's Resistance Army („Widerstandsarmee des Herrn", LRA), einer Rebellengruppe, die die Zivilbevölkerung im Norden Ugandas und später auch in der Zentralafrikanischen

Republik und Demokratischen Republik Kongo sowie Südsudan terrorisiert und der Regierung Ugandas unter Yoweri Museveni den Krieg erklärt hatte, mit dem Ziel, ein theokratisches Herrschaftssystem in Uganda einzuführen, das auf den biblischen Zehn Geboten basieren sollte. Nach ihm wird seit dem Jahr 2005 weltweit mit Haftbefehl durch den internationalen Strafgerichtshof mit Sitz in Den Haag gefahndet. Sein Aufenthaltsort ist unbekannt, er wird in der Grenzregion Kafia Kingi zwischen dem Sudan und Südsudan vermutet.
Die von Kony angeführte Lord's Resistance Army soll geschätzt 66.000 Kinder entführt und zu Soldaten ausgebildet haben und wird für die interne Vertreibung von mehr als zwei Millionen Menschen verantwortlich gemacht.
Anklagen
Nach fast 20 Jahren Terror wurden am 13. Oktober 2005 die Ermittlungen beim Internationalen Strafgerichtshof eingeleitet und ein Haftbefehl erhoben. Es heißt, dass Kony Ende 2003 befohlen habe, Zivilisten zu töten, zu berauben und zu verschleppen, darunter solche, die in Camps für Binnenvertriebene lebten. Darauf hätten die hohen Kommandeure der LRA und alle Brigade-Kommandeure begonnen, verschiedene Regionen in Uganda anzugreifen. Der Haftbefehl gegen Joseph Kony nennt 33 Anklagepunkte, darunter:
12 Punkte wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (vorsätzliche Tötung, Versklavung, Zwangsprostitution, Vergewaltigung, unmenschliche Handlungen: schwere Verletzungen der körperlichen und geistigen Gesundheit)
21 Punkte wegen Kriegsverbrechen (vorsätzliche Tötung, grausame Behandlung von Zivilpersonen, vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Plünderung, Anstiftung zur Vergewaltigung, Zwangsrekrutierung von Kindern)
Im März 2009 wurde der Gesetzesentwurf des *Lord's Resistance Disarmament and Northern Uganda Recovery Act of 2009* vorgelegt und im März 2010 vom US-Kongress angenommen. Im Zuge dessen wurden 100 US-Soldaten als Berater entsandt.
Am 24. März 2014 berichtet die *Washington Post* über die Verlegung von vier US-amerikanischen VTOL-Transportern vom Typ CV-22 *Osprey* und die Entsendung von 150 Soldaten des Air Force Special Operations Command (AFSOC) nach Uganda. Die Soldaten sollen die Suche nach Joseph Kony unterstützen. Im April 2017 teilte ein Sprecher der ugandischen Armee mit, dass die Suche nach Kony eingestellt werde. Seine LRA sei auf unter 100 Mitglieder geschrumpft und stelle somit keine Gefahr mehr für das Land dar.
Kony 2012
Die Organisation *Invisible Children Inc.* startete 2011/12 die Kampagne *Kony 2012* zur Ergreifung Joseph Konys. Dadurch gerieten die Taten Konys stark in den Fokus der Öffentlichkeit. Wenig später kündigte die Afrikanische Union an, 5000 Soldaten nach Zentralafrika zu entsenden, um Joseph Kony dort festzunehmen. Ende Juni 2012 stimmte der UN-Sicherheitsrat in einer Präsidialerklärung der Entsendung der Truppen zur Ergreifung Konys und zur Zerschlagung seiner Widerstandsarmee zu. Im Januar 2013 wurde Konys Leibwächter und Chef-Logistiker getötet. Anfang April desselben Jahres setzten die USA ein Kopfgeld in Höhe von 5 Mio. US-Dollar (3,9 Mio. Euro) auf Kony aus.




**Leopold II.** (* 9. April 1835 in Brüssel; † 17. Dezember 1909 auf Schloss Laeken, Brüssel; eigentlich *Leopold Ludwig Philipp Maria Viktor*, französisch *Léopold Louis Philippe Marie Victor*, niederländisch *Leopold Lodewijk Filips Maria Victor*) aus dem Haus Sachsen-Coburg und Gotha war bis 1865 Herzog von Brabant und Prinz von Belgien und folgte

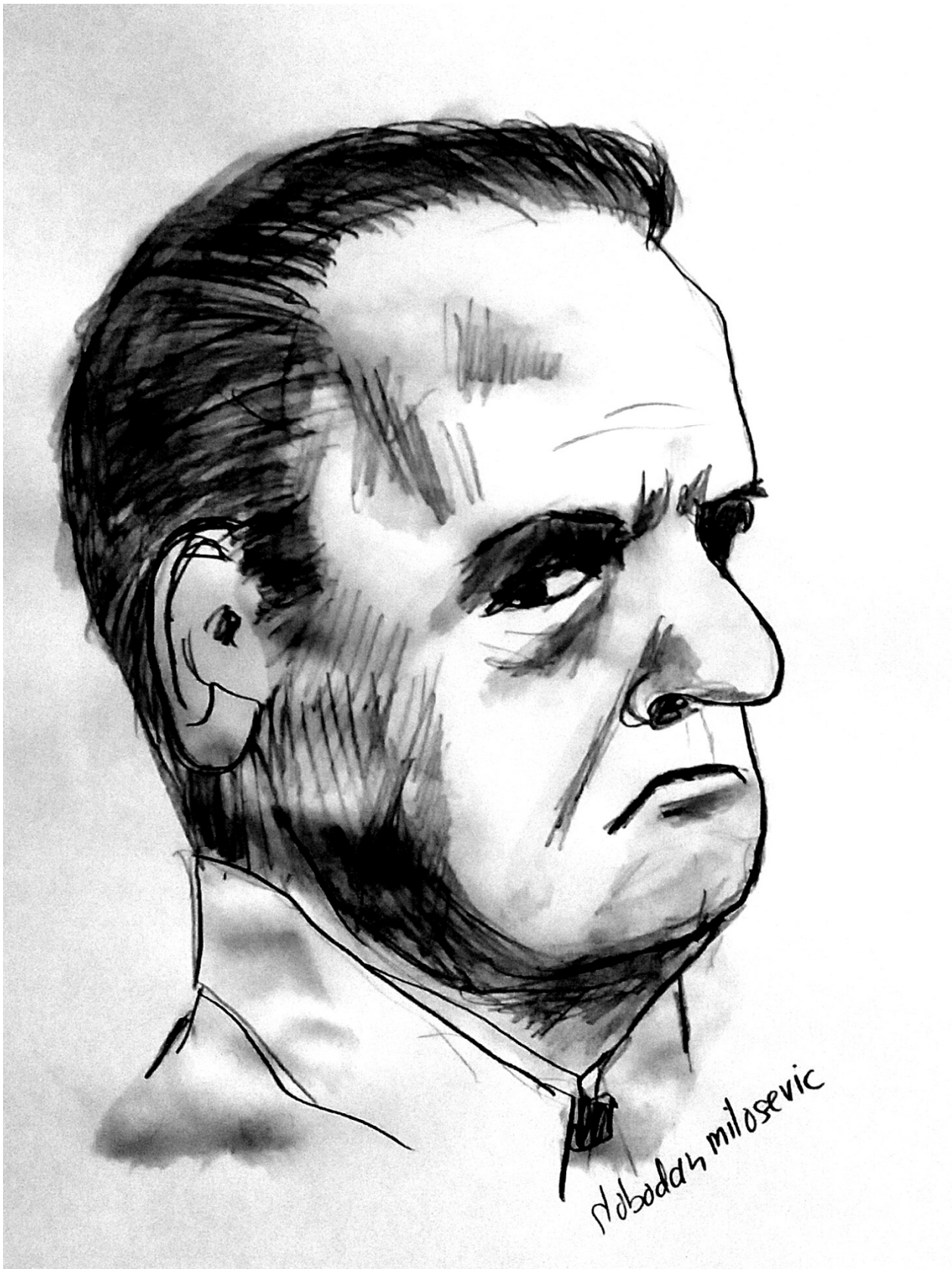
seinem Vater Leopold I. auf den Thron des Königreichs Belgien. Von 1865 bis 1909 war er König der Belgier.
Leopold war Anhänger kolonialistischer Ideen und gründete in Zentralafrika den offiziell eigenständigen Kongo-Freistaat, dessen absoluter Monarch und persönlicher Eigentümer er von 1876/1885 bis 1908 war. Zu dieser Zeit wurde aus dem Kongo vor allem Elfenbein und Kautschuk exportiert. Die einheimische Bevölkerung wurde dabei grausam misshandelt und ausgebeutet. Wie viele Menschen bei den „Kongogräueln" ums Leben kamen, ist umstritten. Adam Hochschild, ein US-amerikanischer Journalist, der sich mit der Kolonialzeit in Belgisch-Kongo intensiv auseinandergesetzt hat, nannte in einem 1998 erschienenen Buch die Schätzung „zehn Millionen Opfer" Der Historiker Christoph Driessen bezeichnet diese Zahl in seiner „Geschichte Belgiens" dagegen als „nicht belegt", spricht aber von einem „Verbrechen von apokalyptischen Ausmaßen"]. 1908 wurde das riesige Territorium Eigentum des belgischen Staates und im Zuge dessen in Belgisch-Kongo umbenannt.
Bewertung der Kongo-Politik - Es gibt unterschiedliche Schätzungen, wie viele Bewohner des Kongo-Freistaates unter Leopolds Herrschaft ermordet wurden bzw. durch die Folgen seiner Politik starben bzw. vertrieben wurden. Zwischen 1880 und 1920 sank die Bevölkerungszahl des Kongo um mindestens die Hälfte. So hatte die Ortschaft Lukolela 1891 noch 6000 Einwohner. 1903 waren es weniger als 400.
Adam Hochschild spricht von 10 Millionen Toten, was auf einer Schätzung von Jan Vansina beruht. Eine große Zahl von Menschen wurde grausam misshandelt, gequält und brutal verstümmelt. Viele konnten in der Folge sich selbst und ihre Familien nicht mehr ernähren und starben an Unterernährung.
Der belgische Historiker David Van Reybrouck merkt an, dass die ganze Kolonialpolitik Leopolds faktisch in der Ausbeutung enden musste, weil der Geburtsfehler des „Staates" bereits in der Kongo-Konferenz besiegelt wurde. Um einen Staat zu entwickeln, braucht es zunächst erhebliche finanzielle Mittel. Beamte, Ärzte, Lehrer, Soldaten, Missionare müssen bezahlt, Infrastruktur-Projekte wie Eisenbahnen, Festungen, Forts, Siedlungen, Schulen, Krankenhäuser gebaut werden. Leopold war zwar einer der reichsten Menschen seiner Zeit, allerdings überstieg es bei weitem seine Mittel, diese Dinge langfristig zu gewährleisten. So war der „Staatshaushalt" des Freistaates de facto identisch mit seinem Privatvermögen. Daher war es wenig verwunderlich, dass 1890 sowohl Leopold als auch der Freistaat auf den Bankrott zusteuerten. Die Politik der Ausbeutung war daher logische Folge einer Struktur, die von Anfang an nicht lebensfähig gewesen war. Allerdings zeigte sich der Charakter von Leopolds Politik darin, dass er dieses System nicht über Bord warf, als er sich um 1900 finanziell konsolidiert hatte. Er behielt das System weiterhin bei, und so flossen die Reichtümer ungezügelt aus dem Kongo nach Belgien, wo Leopold zahlreiche Projekte und Bauvorhaben tätigte, z. B. das Jubelpark-museum, den Königlichen Palast, die Prachtstraße von Tervuren samt Königlichem Museum für Zentral-Afrika, und sich als Wohltäter ausgab. Größere Investitionen im Kongo (vom Ausbau der Armee als Mittel der Unterdrückung abgesehen) oder der institutionelle Ausbau eines Staates, der die Einwohner vor der Willkür der Beamten-schaft geschützt hätte, fanden nicht statt. Mit Leopolds Investitionen erlebte Belgien in diesen Jahren einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung. Leopold schuf einen Staat, der wie eine Pyramide aufgebaut war: Leopold, seine Handlanger in den Gesell-schaften und die rund 1000 europäischen Beamten profitierten, während die breite Masse der Millionen Kongolesen verelendete, umkam oder flüchtete. War Leopold angetreten, das System der Sklaverei zu beenden, das den Kongo vor seiner Machtübernahme plagte, hatte er ein System erschaffen, das man noch als weitaus schlimmer bezeichnen muss. In diesem Zusammenhang spricht Van Reybrouck von einer Hekatombe.
„Zur Kennzeichnung der Kolonialpolitik von Leopold gebrauchten Zeitgenossen Begriffe, die damals als die vielsagendsten galten: ‚curse' (Fluch), ‚slave state' (Sklavenstaat), ‚rubber slavery' (Sklavenarbeit des Gummis), Verbrechen, Ausplünderung… Heute schreckt man nicht mehr vor den Wörtern Massenmord und Holocaust zurück." so Elikia M'Bokolo, einer der ersten kongolesischen Historiker.
1890 wurde auf der 33. Sitzung der Brüsseler Konferenz beschlossen, dass dem Sklavenhandel in Afrika ein Ende gemacht werden solle.

**Mao Zedong** oder **Mao Tse-tung** (chinesisch 毛澤東 / 毛泽东, Pinyin *Máo Zédōng*, W.-G. *Mao Tsê-tung*, IPA-Umschrift mau̯ ʦɤtʊŋ, 🔊anhören?/i; * 26. Dezember 1893 in Shaoshan; † 9. September 1976 in Peking) war ein chinesischer Revolutionär, Politiker,

Parteiführer und Diktator. Er gehörte 1921 zu den Mitbegründern der Kommunistischen Partei Chinas, die er von 1935 an dominierte. Er führte die Kommunisten im Chinesischen Bürgerkrieg gegen Chiang Kai-shek und festigte seine Macht auf dem Langen Marsch. . Im Jahr 1949 rief er die Volksrepublik China aus. Mao half beim Start der Industrialisierungsprogramme Chinas und verkündete die erste Verfassung der Volksrepublik China (1954). Er schickte auch die Truppen der Volksbefreiungsarmee, um Nordkorea im Koreakrieg zu helfen. Zur gleichen Zeit startete er zur Festigung der Kontrolle der Kommunistischen Partei die „Chinesische Landreform", die „Kampagne zur Unter-drückung von Konterrevolutionären", die „Drei-Anti- und Fünf-Anti-Bewegung", die „Sufan-Bewegung" und die „Anti-Rechts-Bewegung". Diese Bewegungen führten zum Tod von Millionen Chinesen und machten China insbesondere de facto zu einem Einparteienstaat. 1958 startete Mao die Kampagne „Großer Sprung nach vorn", die versuchte, China rasch in ein mächtiges Industrieland zu verwandeln, was jedoch schließlich zum Tod von 15–55 Millionen Menschen in der Großen Chinesischen Hungersnot führte. Nachdem Mao 1962 das Machtzentrum teilweise verlassen hatte, startete er 1963 die „Sozialistische Erziehungskampagne". Um sich an der Macht zu halten begann er im Jahr 1966 die Kulturrevolution. In der Folge wurden unzählige Intellektuelle und politische Gegner von den Roten Garden ermordet und Kulturschätze vernichtet. Mao wird insgesamt für bis zu 40–80 Millionen Tote verantwortlich gemacht, die aufgrund von vermeidbaren Hungersnöten, Bestrafungsaktionen und politischen Säuberungen starben. Die sogenannte „Mao-Bibel", ein Handbuch mit Zitaten und kurzen Aufsätzen Maos, wurde weltweit über eine Milliarde Mal gedruckt. Seine gesellschafts-politischen Ansätze wurden von seinen Nachfolgern (vor allem Deng Xiaoping) größten-teils rückgängig gemacht; sein Porträt hängt aber weiterhin am Tor des Himmlischen Friedens. Während seiner Zeit erlebte China die ständigen Machtkämpfe des Kalten Kriegs, insbesondere den Koreakrieg, das Chinesisch-sowjetische Zerwürfnis, Nixons Besuch in China und den Aufstieg der Roten Khmer. Im Jahr 1949 rief er die Volksrepublik China aus. Mao half beim Start der Industrialisierungsprogramme Chinas und verkündete die erste Verfassung der Volksrepublik China (1954). Er schickte auch die Truppen der Volksbefreiungsarmee, um Nordkorea im Koreakrieg zu helfen. Zur gleichen Zeit startete er zur Festigung der Kontrolle der Kommunistischen Partei die „Chinesische Landreform", die „Kampagne zur Unterdrückung von Konterrevolutionären", die „Drei-Anti- und Fünf-Anti-Bewegung", die „Sufan-Bewegung" und die „Anti-Rechts-Bewegung". Diese Bewegungen führten zum Tod von Millionen Chinesen und machten China insbesondere de facto zu einem Einparteienstaat. 1958 startete Mao die Kampagne „Großer Sprung nach vorn", die versuchte, China rasch in ein mächtiges Industrieland zu verwandeln, was jedoch schließlich zum Tod von 15–55 Millionen Menschen in der Großen Chinesischen Hungersnot führte. Nachdem Mao 1962 das Machtzentrum teilweise verlassen hatte, startete er 1963 die „Sozialistische Erziehungskampagne". Um sich an der Macht zu halten begann er im Jahr 1966 die Kulturrevolution. In der Folge wurden unzählige Intellektuelle und politische Gegner von den Roten Garden ermordet und Kulturschätze vernichtet. Mao wird insgesamt für bis zu 40–80 Millionen Tote verantwortlich gemacht, die aufgrund von vermeidbaren Hungersnöten, Bestrafungsaktionen und politischen Säuberungen starben. Seine gesellschaftspolitischen Ansätze wurden von seinen Nachfolgern (vor allem Deng Xiaoping) größtenteils rückgängig gemacht; sein Porträt hängt aber weiterhin am Tor des Himmlischen Friedens. Während seiner Zeit erlebte China die ständigen Machtkämpfe des Kalten Kriegs, insbesondere den Koreakrieg, das Chinesisch-sowjetische Zerwürfnis, Nixons Besuch in China und den Aufstieg der Roten Khmer. Mao-Kult und Verbrechen. Nach Maos Tod wurde eine neue Verfassung eingeführt und die „Viererbande" sofort verhaftet. Die Mao-Witwe Jiang Qing wurde in einem Prozess 1981 zum Tod auf Bewährung verurteilt. Das Urteil wurde zwei Jahre später in lebenslänglich umgewandelt.  Nach der endgültigen Rehabilitierung von Deng Xiaoping 1977 und der diplomatischen Anerkennung durch die USA am 1. Januar 1979 öffnete China die Grenzen und rehabilitierte die überlebenden Mao-Opfer. Der Inhalt der Mao-Bibel (das „Kleine Rote Buch") wurde 1980 als Weisheit der gesamten Führung durch Mao definiert. 1981 gestand die KPCh schließlich erstmals offiziell die Misserfolge der *Kampagnen* ein, ohne sich dabei gegen Mao auszusprechen: Die Kulturrevolution sei ein „grober Fehler" gewesen.

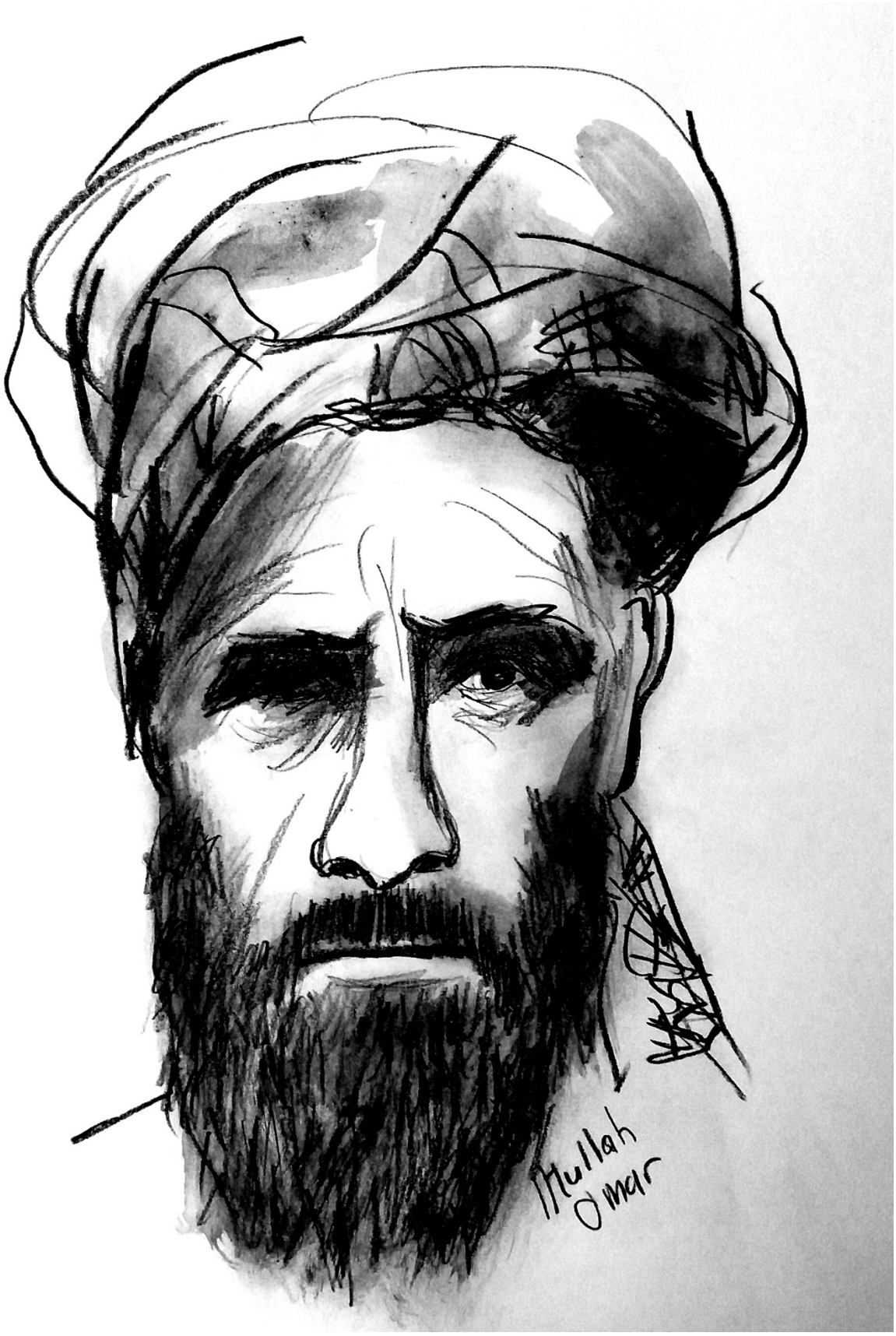
**Mengistu Haile Mariam** (amharisch መንግስቱ ኃይለ ማርያም; * 21. Mai 1937 in Addis Abeba) war das Staatsoberhaupt Äthiopiens von 1977 bis 1991. Sein diktatorisches Regime verfolgte das Ziel, Äthiopien als sozialistischen Staat zu etablieren, und wurde von der Sowjetunion gestützt.

Mengistu war einer der Offiziere, die 1974 den Kaiser Haile Selassie stürzten. Obwohl mehrere Gruppen an dem Umsturz beteiligt waren, konnte sich der Derg mit Mengistu behaupten.
Am 11. Februar 1977 wurde er Staatsoberhaupt und Vorsitzender des marxistischen Derg, nachdem er seine beiden Vorgänger hatte töten lassen. Mengistus Amtszeit war geprägt von einer an den Realsozialismus angelehnten Einparteiendiktatur und einer massiven Militarisierung des Landes, finanziert von der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten, wie auch von Kuba.
Vor allem zwischen 1977 und 1987 wurden in einer als „Roter Terror" bezeichneten Kampagne über 100.000 „Klassenfeinde", Regimegegner oder Personen, die sich den Enteignungen und Zwangsmaßnahmen widersetzen wollten, gefangengehalten und gefoltert, Zehntausende wurden getötet oder „verschwanden". Jüngere Schätzungen nennen „mindestens eine halbe Million Todesopfer". Daher wurde Mengistu von vielen aus seinem Volk – nicht nur von Angehörigen der Opfer oder Überlebenden oder Zeugen – als „Schlächter von Addis" bezeichnet.
Der Staatssozialismus wurde in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren zur Staatsform mit der Verkündung einer Verfassung im Stile der Sowjetunion, der Schaffung eines Politbüros und der Gründung der Arbeiterpartei Äthiopiens 1984. Ziel war die Einführung der klassenlosen Gesellschaft. Alle fremdgeführten Unternehmen wurden ohne Entschädigung verstaatlicht.
Am 10. September 1987 wurde Mengistu Präsident unter der neuen Verfassung, und das Land wurde in *Demokratische Volksrepublik Äthiopien* umbenannt. Zu den ersten Parlamentswahlen seit den Wahlen von 1973 war nur eine einzige Partei zugelassen. Mengistus Regierung wurde während der 1980er Jahre mit enormen Schwierigkeiten konfrontiert, vor allem Dürreperioden, Hungersnöte – besonders diejenige von 1984/85 – und Aufstände, wesentlich mit ausgelöst durch die einschneidenden Umgestaltungs-maßnahmen der Gesellschaft. Insbesondere die zwangsweisen Umsiedlungen von Bauern und weitere Eingriffe des Staates in Landwirtschaft, Handel und Produktion erzeugten erhebliche Versorgungsprobleme, da Landbau und Güterverteilung in weiten Landstrichen weitgehend zum Erliegen kamen. Dadurch entstanden massive Widerstandsbewegungen in der Bevölkerung, zu denen besonders in den nördlichen Regionen Tigray und Eritrea ethnische Konflikte hinzukamen.
Im Mai 1989 kam es während eines Staatsbesuchs von Mengistu Haile Mariam in der DDR zu einem Putschversuch in Äthiopien, der rasch niedergeschlagen wurde.
1989 verband sich die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) mit einer anderen ethnisch-basierten Oppositionsbewegung und bildete die Revolutionäre Demokratische Front der Äthiopischen Völker (EPRDF). Im Mai 1991 marschierten die Truppen der EPRDF, mit Hilfe der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) auf die Hauptstadt Addis Abeba. Mengistu gab die Schuld für das Versagen seiner Regierung Michail Gorbatschow, weil er den Zusammenbruch der Sowjetunion zugelassen hätte und somit die Unterstützung für Äthiopien beendete: „Dieser konterrevolutionäre Lügner hat die Sowjetunion zerstört und die Welt den Amerikanern überlassen".
Prozess und Verurteilung. Mengistu floh zusammen mit ungefähr 3.000 Derg-Mitgliedern aus dem Land und erhielt Asyl in Simbabwe. Er lebt im Vorort Gun Hill in Harare unter dem Schutz der simbabwischen Regierung, trotz wiederholter Versuche Äthiopiens, seine Auslieferung zu erwirken, um ihn vor Gericht zu stellen. Mehrere frühere Mitglieder der Derg wurden in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Am 12. Dezember 2006 wurde Mengistu zusammen mit elf Mitangeklagten vom Obersten Gerichtshof in Addis Abeba nach zwölfjährigem Prozess in Abwesenheit in mehr als 211 Anklagepunkten, darunter Völkermord, Totschlag und Unterschlagung, schuldig gesprochen. Das Strafmaß wurde für ihn am 11. Januar 2007 mit lebenslanger Haft festgesetzt. Am 26. Mai 2008 hat der Oberste Gerichtshof in einem neuen Urteil gegen den weiterhin im Exil lebenden Mengistu die lebenslange Haftstrafe in eine Todesstrafe umgewandelt. Mengistu wurde jedoch weder von Simbabwe noch von Südafrika, wo er sich zwischenzeitlich aufgehalten hatte, ausgeliefert. Auch Amnesty International hatte sich gegen eine Auslieferung ausge-sprochen, da nicht von einem fairen Prozess ausgegangen werden könne, zugleich aber Südafrika vergeblich aufgefordert, „Mengistu einen fairen Prozess zu machen". Mengistu lebt derzeit (August 2018) weiterhin in Simbabwe.




**Slobodan Milošević** [slɔˈbɔdan miˈlɔːʃɛvitɕ] (kyrillisch Слободан Милошевић, Aussprache[?/i]; * 20. August 1941 in Požarevac, Serbien; † 11. März 2006 in Den Haag-Scheveningen, Niederlande) war ein kommunistischer und später sozialistischer jugoslawischer und serbischer Politiker. Innerhalb verschiedener politischer Funktionen

galt er von 1987 bis 2000 als die bestimmende politische Führungsfigur Serbiens und später der Bundesrepublik Jugoslawien.
Milošević war Parteivorsitzender des Bundes der Kommunisten Serbiens (1986–1989) und außerdem Gründer und langjähriger Vorsitzender der Sozialistischen Partei Serbiens (1990–2006). Milošević fungierte als Präsident der Sozialistischen Republik Serbien (1989–1991), Präsident der Republik Serbien (1991–1997) und Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien (1997–2000).
Im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg wurde er 1999 als erstes Staatsoberhaupt noch während seiner Amtsausübung von einem Kriegsverbrechertribunal wegen Völkermordes angeklagt (die Anklage wurde später auch auf die Jugoslawienkriege 1991–1995 ausgedehnt). Nachdem Milošević am 5. Oktober 2000 aufgrund von Massendemonstrationen als jugoslawischer Staatspräsident zurückgetreten war, wurde er auf Betreiben des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Đinđić im Jahr 2001 verhaftet und an das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausgeliefert. Der Prozess begann im Jahr 2002, jedoch starb Milošević im Jahr 2006 vor dem Abschluss des Verfahrens, so dass es zu keinem Urteil kam.
Anklage vor dem Kriegsverbrechertribunal
Am 27. Mai 1999 wurde Milošević, der als Schlüsselfigur der Jugoslawienkriege galt, vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag der *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* angeklagt. Die endgültigen Anklageschriften fügten dem *Verstöße gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges* und *gegen die Genfer Konventionen* sowie *Völkermord* hinzu.
Anklagepunkte
Insgesamt 66 Klagepunkte wurden Milošević in drei Anklageschriften für die folgenden Handlungen vorgeworfen:
Anklagepunkte Kroatienkrieg:
Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter
Verfolgung, Tötung, Folter und unmenschliche Behandlung.
Kriegsverbrechen und Verstöße gegen die Genfer Konventionen
Deportation von mindestens 170.000 Kroaten und anderen Nicht-Serben
Das Massaker von Vukovar
Die Belagerung von Dubrovnik
Anklagepunkte Bosnienkrieg: zusätzlich die folgenden Verbrechen:
Völkermord, allein über 8000 Opfer beim Massaker von Srebrenica
Tausende Ermordete in den Gefangenenlagern Omarska und Keraterm.
Anklagepunkte Kosovokrieg:
Zum Kosovo-Krieg wurden Milošević darüber hinaus die folgenden Verbrechen vorgeworfen:
die systematische Vertreibung des albanischen Bevölkerungsteils geplant, befohlen und betrieben zu haben
die Vertreibung von 800.000 Zivilisten aus dem Kosovo
den Tod von mindestens 900 Menschen
Verbrechen gegen die Menschlichkeit
Kriegsverbrechen.
Allen drei Anklageschriften zufolge sei Milošević verantwortlich für:
Massenvertreibungen („ethnische Säuberungen")
Festhalten und Internierungen von Personen unter unmenschlichen Bedingungen
Deportationen und unmenschliche Taten
Zerstörung und Plünderungen öffentlicher und privater Güter
Angriffe und Morde an Zivilisten
Artillerie-, Mörser- und gezielter Scharfschützenbeschuss gegen Zivilisten, bei denen Tausende von Menschen getötet oder verwundet wurden.
Die Verhandlung vor dem Tribunal begann im Jahr 2002. Milošević erkannte das Gericht nicht als legitim an. Ihm wurde erlaubt, sich selbst zu verteidigen. Die Gerichtsverhandlung wurde häufig unterbrochen, weil er das Gericht zeitweilig als geeigneten Ort für politische (Verteidigungs-)Reden betrachtete




**Mohammed Omar** (عمر محمد امل, bekannt als **Mullah Omar**; * 3. Januar 1960 in Tschah-i-Himmat im Bezirk Chakrez der afghanischen Provinz Kandahar[1]; † vermutlich im April 2013 in Pakistan[2]) war Anführer der Taliban in Afghanistan und war als solcher von 1996 bis 2001 Staatsoberhaupt des Islamischen Emirats Afghanistan.

Sturz der Taliban

Die nach dem 11. September 2001 von den USA geforderte Auslieferung Osama bin Ladens lehnte Omar in einem Telefoninterview als „unislamisch" ab und machte die vergangene US-amerikanische Außenpolitik für die Terroranschläge verantwortlich Nach dem Sturz der Taliban Ende 2001 war Omar auf der Flucht. Auf seine Ergreifung setzte die US-Regierung ein Kopfgeld in Höhe von 10 Millionen Dollar aus. Er soll sich zu dieser Zeit in Kandahar unter dem Schutz eines lokalen Stammesführers befunden haben. Danach wurde er Anführer der militanten Organisation Quetta Shura, die sich aus den Resten der gestürzten Taliban-Regierung bildete.

Am 25. Juli 2005 meldete sich Omar angeblich mittels einer Tonbandbotschaft und rief dazu auf, die Angriffe auf ausländische Truppen in Afghanistan zu intensivieren. Er verlangte ferner, bei den Aktionen möglichst die afghanische Zivilbevölkerung nicht in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Echtheit des Tonbandes konnte allerdings nicht bestätigt werden.

Am 22. Oktober 2006 forderte Omar die in Afghanistan stationierten NATO-Truppen auf, das Land zu verlassen, und kündigte Anschläge gegen die Truppen an. Sein Aufenthaltsort galt zu diesem Zeitpunkt als unbekannt. Im Januar 2007 behauptete der ehemalige Pressesprecher der Taliban, Muhammad Hanif, dass Mullah Omar von Pakistan aus operiere und sich dort mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes versteckt halte. Der saudische König Abdullah soll, um den afghanischen Versöhnungsprozess zu forcieren, Mullah Omar politisches Asyl angeboten haben.

Für das Jahr 2009 kündigte Mullah Omar „eine Explosion der Gewalt in Afghanistan" an. Sein Aufenthaltsort wurde damals in der pakistanischen Stadt Quetta vermutet. Im Herbst 2009 soll er mit Unterstützung des pakistanischen Geheimdienstes ISI nach Karatschi geflohen sein.

Mitte November 2010 wandte sich Omar in einer mehrsprachigen Botschaft an mehrere Medien. Darin forderte er Muslime weltweit zu Spenden auf. Zusätzlich lehnte er ein Angebot der afghanischen Regierung über 35.000 Stellen für seine Kämpfer bei den Gesprächen zwischen den Taliban und der Karzai-Regierung ab.

Omar könnte sich nach Medienberichten im Mai 2011 in Quetta, Pakistan aufgehalten haben, wo der pakistanische Geheimdienst ihn aufgefordert haben soll, das Land zu verlassen.

Tod

Erst im Sommer 2015 wurde bekannt, dass Omar vermutlich seit 2013 tot ist. Nach verschiedenen Quellen starb er in einem Krankenhaus in Karatschi, möglicherweise an Tuberkulose. Sein Tod wurde von der afghanischen Regierung, von den Taliban und aus pakistanischen Militär- und Geheimdienstkreisen bestätigt. Auch die USA halten diese Berichte für glaubwürdig.

Die niederländische Journalistin Bette Dam veröffentlichte im Februar 2019 das Buch *The Secret Life of Mullah Omar*. Dieser Veröffentlichung zufolge soll Omar Afghanistan nie verlassen haben. Nach den Aussagen seines Leibwächters soll Omars letzte Bleibe, ein über einen Geheimgang zugängliches Hinterzimmer einer Hütte, angeblich nur wenige Kilometer vom amerikanischen Armeestützpunkt Wolverine entfernt gewesen sein. 2013 starb der selbsternannte Emir offenbar an einer Krankheit. Sein Leibwächter zeichnete das Bild eines kauzigen Einsiedlers, der aus Angst vor dem Entdecktwerden aufhörte, religiöse Gesänge aufzuzeichnen, und jede ärztliche Hilfe ablehnte.

**Mobutu Sese Seko Kuku Ngbendu wa Zabanga** (* 14. Oktober 1930 in Lisala, Provinz Mongala, Belgisch-Kongo als **Joseph-Désiré Mobutu**; † 7. September 1997 in Rabat, Marokko) war von 1965 bis 1997 diktatorisch regierender Präsident der Demokratischen Republik Kongo (von 1971 bis 1997: Zaire). Sein Name bedeutet „der Krieger, der von Eroberung zu Eroberung schreitet, ohne Angst zu haben".

Im September 1960 kam er durch einen Putsch, bei dem er Patrice Lumumba und Joseph Kasavubu entmachtete, an die Macht. Nach Kasavubus Wiedereinsetzung behielt er den Oberbefehl über die Armee. Am 24. November 1965 inszenierte er einen zweiten Staatsstreich; dieser war sehr gut vorbereitet und wurde so gut ausgeführt, dass Mobutu ans Ziel seiner Bestrebungen gelangte, ohne einen einzigen Tropfen Blut zu vergießen. Mobutu stürzte Kasavubu, ergriff das Amt des Präsidenten und verbot alle politischen Aktivitäten. Dieser Staatsstreich im Kontext der Kongowirren und des Kalten Krieges gelang nur mit substantieller Hilfe westlicher Geheimdienste und täuschte die Öffentlichkeit über die Blutrünstigkeit und Brutalität seiner Herrschaft hinweg. Die Tatsache, dass der Staatsstreich ohne Blutvergießen zustande kam, wurde im Westen gar als Verdienst Mobutus herausgestrichen. Die Lobeshymnen weisen darauf hin, dass der „Retter des Kongo vor dem drohenden Kommunismus" mit westlicher Duldung, wenn nicht sogar auf westlichen Wink hin, gehandelt hatte. Darauf verwies auch die Dauer seiner Diktatur, die vom Westen während mehr als dreißig Jahren weder auf Kritik noch auf Störmanöver stieß. Während der Mobutu-Diktatur durfte eine kleptokratische Clique das Land ausplündern, als Gegenrecht garantierte er kompromisslose Linientreue mit der westlichen Welt, ihrem Verteidigungssystem und ihrem Antikommunismus. Zudem konnte der Westen davon ausgehen, dass Mobutu auch dessen zweites Hauptinteresse garantierte: den kontinuierlichen Zugriff auf die kongolesischen Rohstoffe, insbesondere Kupfer.
Während seiner von einem Kult um seine Person geprägten Herrschaft veranlasste er 1971 die Umbenennung von Kongo in Zaire, das diesen Namen bis zum Ende der Regierung Mobutu 1997 behielt.

Korruption und Folgen

Mobutus Regierung, bzw. auch der Machtzirkel um die Regierung, war ähnlich wie das Marcos-Regime auf den Philippinen eine *Kleptokratie*. Ihr Ehrgeiz lag weniger darin, den Wohlstand der Einwohner zu erhöhen, sondern vielmehr den eigenen. Die aus dem Ressourcenabbau stammenden Devisengewinne ließ die Regierung auf Privatkonten deponieren. 1984 wurde Mobutus persönliches Vermögen auf vier Milliarden US-Dollar geschätzt. Diese Summe entsprach etwa den damaligen Auslandsschulden Zaires. Nach einer Schätzung von Transparency International hat sich Mobutu während seiner Amtszeit durch Korruption insgesamt rund 5 Milliarden US-Dollar angeeignet. Die ausländischen Mächte ignorierten die Taten aus wirtschaftspolitischen Interessen, da Mobutu ein antikommunistischer Verbündeter war.
Der Staat und seine Verwaltung wurden so innerhalb kürzester Zeit funktionsunfähig. Da auch Investitionen ausblieben und Entwicklungshilfegelder in aller Regel direkt auf den Konten Mobutus verschwanden, sank die Produktivität der zaïrischen Wirtschaft immer weiter.
1994 ereignete sich aber der Völkermord in Ruanda, welcher dem Regime Mobutus drei weitere Jahre bescheren, aber auch seinen endgültigen Zusammenbruch einleiten sollte. Das Regime wurde nunmehr wieder von den USA unter Bill Clinton und Frankreich gestützt, da beide Länder zu der Auffassung gelangten, dass aufgrund der massiven Krise in der Region „Experimente" in Zaire nicht förderlich seien. Indes verschlechterte sich Mobutus Gesundheitszustand immer weiter, und während eines seiner Krankenhausaufenthalte in der Schweiz eroberten Tutsi einen Großteil von Ostzaire. Die Tutsi waren Mobutu schon lange feindlich gesinnt, da dieser eher auf Seiten der Hutu stand, die für den Völkermord an den Tutsi in Ruanda verantwortlich waren. Gleichzeitig fürchtete die Tutsi-Regierung, dass sich die Hutus im Osten Zaires ihrerseits reorganisieren und eine Rückeroberung Ruandas starten könnten. Anderseits waren auch aufgrund der unsagbaren Gräuel einfache Rachemotive vorherrschend, welche die Tutsi bewegten, in Ostzaire einzufallen. Als Mobutus Regierung ein Gesetz erließ, das alle Tutsi unter Androhung der Todesstrafe auswies, gingen sie in offene Rebellion über. Sie starteten eine Offensive westwärts, wobei sie sich mit anderen Oppositionsgruppen verbündeten. Nach gescheiterten Friedensgesprächen im Mai 1997 eroberten die Aufständischen Kinshasa. Neuer Präsident wurde Laurent-Désiré Kabila.
Mobutu ging nach Marokko ins Exil, wo er im September 1997 dem Prostatakrebs erlag, an dem er schon seit 1963 gelitten hatte.

**Muhammad Husni Mubarak**, auch **Mohamed Hosny Mubarak** (arabisch محمد حسني مبارك, DMG *Muḥammad Ḥusnī Mubārak*; * 4. Mai 1928 in Musaliha, Gouvernement al-Minufiyya; † 25. Februar 2020 in Kairo), war vom 14. Oktober 1981 bis zum 11. Februar 2011 der autokratisch regierende Staatspräsident der Arabischen Republik Ägypten. Im Zuge der Proteste während des Arabischen Frühlings 2010/11, bei denen in Ägypten

etwa 850 Demonstranten ums Leben kamen, trat er zurück. Im Zusammenhang mit der tödlichen Gewalt gegen Demonstranten wurde er Anfang Juni 2012 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Im August 2013 ordnete ein ägyptisches Strafgericht an, Mubarak aus der Haft zu entlassen. Am 2. März 2017 wurde er vom obersten Berufungsgericht Ägyptens freigesprochen und am 24. März 2017 mit der Auflage aus dem Armeekrankenhaus entlassen, Ägypten nicht zu verlassen.

Unterstützung durch den Westen

Das Mubarak-Regime wurde vom Westen – von den USA, Israel wie auch der Europäischen Union – gestützt. Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass Ägypten 1979 als erster arabischer Staat einen Friedensvertrag mit Israel schloss (der Israelisch-jordanische Friedensvertrag folgte 1994) und damit eine berechenbare Größe in der Krisenregion Nahost darstellt. Für die westliche Diplomatie war das System Mubarak darüber hinaus ein möglicher Verbündeter à la mode gegen bestehende und potentielle islamistische Bewegungen. Besonders die Bewegung der Muslimbruderschaft wurde in Ägypten unterdrückt.

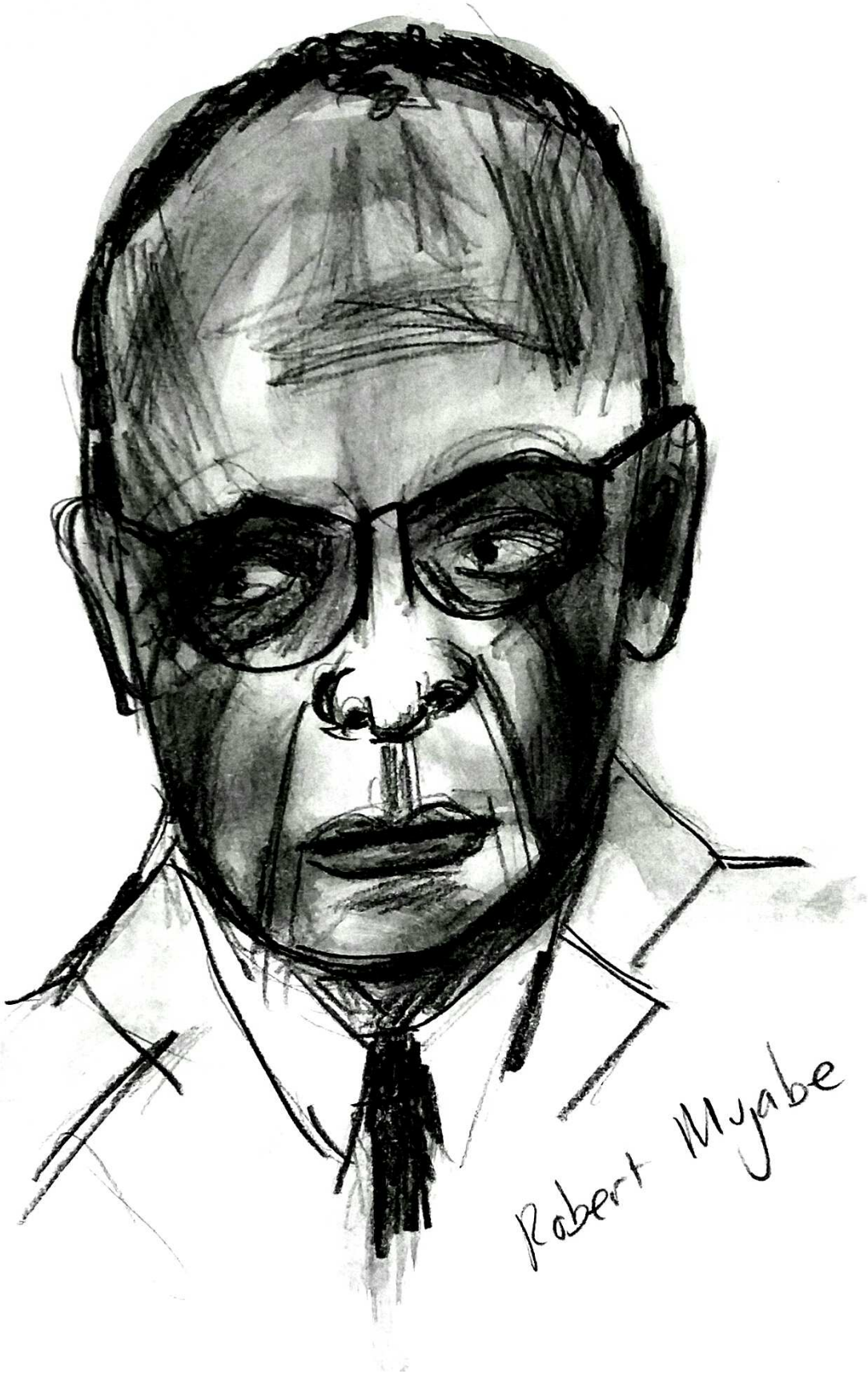
Die Beziehungen zwischen Deutschland und Mubaraks Ägypten galten als ungetrübt. Aufgrund seiner strategischen Lage im Nahen Osten war das Land ein Schwerpunkt deutscher diplomatischer Aktivität. Pro Jahr zahlte Berlin im Durchschnitt 64 Millionen Euro. Von den USA erhielt Mubarak 1,3 Milliarden Dollar Militärhilfe pro Jahr sowie Wirtschaftshilfe in Höhe von 700 Millionen Dollar. Sowohl während der Proteste 2011, welche zu diesem Zeitpunkt bereits über tausend tote Demonstranten forderten, als auch während der folgenden Militärregierung, wurde die Zahlung der Militärhilfe durch die USA nicht eingestellt.

Vermögen und Korruptionsvorwürfe

Nach einer Schätzung der algerischen Zeitung *Al Kbar* von 2010 beträgt das Vermögen der Familie Mubaraks rund 40 Milliarden US-Dollar,[] was vom Leiter des Basel Institute on Governance als realistisch eingeschätzt wird. Mubarak selbst soll während seiner Regierungszeit ein Vermögen von 10 Milliarden US-Dollar angehäuft und großteils ins Ausland verbracht haben. In einer Schätzung von anderen Experten wird das Vermögen der Familie Mubarak sogar mit 70 Milliarden US-Dollar beziffert. US-Regierungsbeamte halten die Zahl laut der New York Times für übertrieben und gehen hingegen von zwei bis drei Mrd. US-Dollar aus. Das Vermögen von Mubaraks Familie wurde, z. B. über Investmentbanken und Private-Equity-Anlagen umfangreich verschleiert, weswegen die verschiedenen Schätzungen weit auseinandergehen und als unzuverlässig gelten. Konsens ist jedoch, dass es sich um ein Milliardenvermögen handelt. In diesem Zusammenhang werden Korruptionsvorwürfe gegen Husni Mubarak wie auch allgemein gegen führende Regimemitglieder erhoben.

Die größte Quelle der Korruptionsgelder bilden nach Recherchen von Antikorruptionsexperten die Privatisierungen von Staatsunternehmen und Ländereien insbesondere in den 1990er Jahren. Die Unternehmen wurden dabei intransparent und deutlich unter Wert verkauft. Außerdem soll das Vermögen durch Insiderhandel mit Staatsanleihen und kostenlose Anteile an Industrie- und Handelskonzerne vermehrt worden sein.

Am Tag des Rücktritts von Mubarak am 11. Februar 2011 beschloss der Schweizer Bundesrat, alle möglichen Vermögenswerte Mubaraks und seines Umfeldes in der Schweiz mit sofortiger Wirkung zu sperren, um eine Veruntreuung von staatlichem ägyptischem Eigentum zu vermeiden. Davon betroffen sind zwölf Personen: Hosni Mubarak und seine Frau, ihre beiden Söhne und deren Ehefrauen, der Bruder von Mubaraks Frau sowie vier Ex-Minister und ein ehemaliger Organisationssekretär von Mubaraks Partei NDP. Am 16. Februar 2011 wurde die Liste um zwei weitere Personen auf insgesamt 14 Personen ergänzt.




**Robert Gabriel Mugabe** (* 21. Februar 1924 in Kutama; † 6. September 2019 in Singapur) war ein simbabwischer Politiker, der 1987 bis 2017 als Präsident von Simbabwe amtierte.

Mugabe war vor seiner Absetzung das weltweit älteste Staatsoberhaupt. Bereits 1980 bis 1987 bekleidete er das Amt des Ministerpräsidenten und war zugleich 1980 bis 2017 Vorsitzender der Regierungspartei ZANU-PF. Er gehörte dem Volk der Shona an.
Nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident 1980 wurden unter seiner Führung Erfolge unter anderem im Gesundheits- und Bildungssektor erzielt. Mugabe zählte außerdem zu den Führungspersönlichkeiten der Frontlinienstaaten. Ab den 1990er-Jahren veränderte sich jedoch die Politik seiner Regierung. Intransparenz und Korruption nahmen zu, während seine ehemals große Popularität bei der Bevölkerung und sein Ansehen im Ausland abnahmen. Mehrere Auszeichnungen aus den 1980er-Jahren wurden ihm wieder aberkannt.
Mugabe regierte Simbabwe ab etwa 2000 offen als Diktator. Seine Herrschaft war von Hungersnöten und teilweise schweren Menschenrechtsverletzungen geprägt, die zum Ausschluss des Landes aus dem Commonwealth führten. Mugabe wurde zudem die Einreise in die Europäische Union mit Ausnahme von Besuchen von Veranstaltungen der Vereinten Nationen und des Heiligen Stuhls verweigert.
Kritik und internationale Isolierung
In westlichen Regierungen schlug Mugabe vor allem wegen der Umverteilung des Farmlandes viel Kritik entgegen. Jedoch nicht nur westliche Regierungen, sondern auch internationale Organisationen und afrikanische Persönlichkeiten brachten ihren Unmut zum Ausdruck, wie beispielsweise der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu, der Mugabe als eine „Karikatur eines afrikanischen Diktators" bezeichnete. Jean Ziegler, von 2000 bis 2008 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, sprach sich für eine militärische UNO-Intervention gegen die Regierung Mugabes aus.
Am 8. Dezember 2003 wurde Simbabwe aus dem Commonwealth of Nations ausgeschlossen, da Mugabe nicht mehr mit den politischen Positionen der Vereinigung übereinstimmte; dem war eine Suspendierung der Mitgliedschaft ab 2002 vorausgegangen. Im Juni 2005 ließ er im Rahmen der „Operation Murambatsvina" Siedlungen mit Planierraupen zerstören, in denen überwiegend für die Opposition gestimmt worden war. Nach Angaben der UNO waren damals mehr als 2,4 Millionen Menschen „in unterschiedlichem Ausmaß" von der Zwangsräumung betroffen.
Mugabes Meinung nach hatte die damalige Regierung der Labour-Partei (deren Mitglieder er *gay gangsters* nannte) entscheidenden Einfluss auf das kritische Verhältnis des Vereinigten Königreichs zu seiner Regierung. Robert Mugabe bezeichnete die vorherige Regierung der Conservative Party als *besser und reifer*. Von einigen afrikanischen Regierungen erhielt Mugabe allerdings weiter diplomatische Rückendeckung, namentlich von Südafrikas damaligem Präsidenten Thabo Mbeki. Mugabe unterstützte 14 Jahre lang, auch unter Lebensgefahr, den ANC, was als mögliche Erklärung gilt, warum die Regierung Südafrikas auch nach Mugabes diktatorischem Wandel nicht gegen ihn agierte.
Im Dezember 2008 forderte die Europäische Union ebenso wie zuvor die USA den Rücktritt von Mugabe und verhängte ein Einreiseverbot für ihn. Er besuchte jedoch mehrfach den Vatikanstaat, der nicht zur EU gehört: so im April 2011 zur Seligsprechung von Johannes Paul II., zu der Italien die Durchreise in den Vatikan erlaubte, und im März 2013 zur Amtseinführung von Papst Franziskus.
Im Dezember 2010 wurde durch die von Wikileaks veröffentlichten US-Diplomaten-Korrespondenzen bekannt, dass Mugabe und sein Umfeld in den Diamantenhandel verstrickt waren. Demnach verdienten Mugabe, seine Frau, hohe Regierungsmitarbeiter und die Elite des Landes Millionen Dollar durch den Diamantenhandel aus den Minen in Chiadzwa im Osten Simbabwes.
Wikileaks publizierte ebenfalls ein Dokument, das besagt, dass Robert Mugabe an Prostatakrebs leide und nur noch eine fünfjährige Lebenserwartung habe. Er sollte damals angekündigt haben, seine Macht an Emmerson Mnangagwa abzugeben. Ein Sprecher der Regierung bestritt dies jedoch. Robert Mugabe kehrte am 12. April 2012 von einem Krankenhausaufenthalt aus Singapur zurück und erklärte, er sei gesund.
Am 15. September 2015 hielt Mugabe im Parlament versehentlich eine 25-minütige Rede, die er wortwörtlich drei Wochen vorher dort schon einmal gehalten hatte, ohne dies zu bemerken. Die Oppositionspartei MDC-T erklärte daraufhin: „Das zeigt klar, dass Robert Mugabe nicht mehr die nötige mentale Fitness hat, um Staatschef zu sein."

**Benito Amilcare Andrea Mussolini** anhören?/i (* 29. Juli 1883 in Dovia di Predappio, Provinz Forlì; † 28. April 1945 in Giulino di Mezzegra, Provinz Como) war ein italienischer Politiker. Er war von 1922 bis 1943 Ministerpräsident des Königreiches Italien. Als *Duce*

*del Fascismo* („Führer des Faschismus") und *Capo del Governo* („Chef der Regierung") stand er ab 1925 als Diktator an der Spitze des faschistischen Regimes in Italien.
Im Oktober 1922 berief König Viktor Emanuel III. Mussolini nach dem Marsch auf Rom an die Spitze eines Mitte-Rechts-Koalitionskabinetts. Die faschistische Partei war durch Fusion mit der nationalkonservativen Associazione Nazionalista Italiana zur rechten Sammlungsbewegung geworden. Mussolinis Außenpolitik zielte auf eine Vormachtstellung im Mittelmeerraum und auf dem Balkan, wodurch früh ein Gegensatz zu Frankreich entstand. Bis Mitte der 1930er Jahre suchte er die Verständigung mit Großbritannien. 1929 beendete Mussolini mit den Lateranverträgen den Konflikt des Nationalstaats mit dem Papsttum. Dem deutschen Einflussgewinn in Mittel- und Südosteuropa trat er zunächst entgegen. Nach der von den Westmächten nicht gebilligten und mit Wirtschafts-sanktionen beantworteten italienischen Eroberung Äthiopiens näherte sich Mussolini bis 1937 Deutschland an und schloss im Mai 1939 ein Militärbündnis. Am 10. Juni 1940 trat er – in der Annahme, der Krieg werde wenige Monate dauern – auf deutscher Seite in den Zweiten Weltkrieg ein. Die italienischen Angriffe auf britische Positionen im östlichen Mittelmeer und in Ostafrika scheiterten jedoch ebenso wie der Angriff auf Griechenland im gleichen Jahr, wodurch Italien die Fähigkeit zu selbständiger Kriegführung („Parallelkrieg") weitgehend verlor.
Ab Herbst 1942 spitzte sich die politische, soziale und militärische Krise des Regimes rasch zu und untergrub Mussolinis persönliche Diktatur. Im Juli 1943 wurde er von oppositionellen Faschisten und Monarchisten gestürzt, die das Bündnis mit Deutschland lösen und einer antifaschistischen Massenbewegung zuvorkommen wollten. Aus der Haft befreit, stand er bis 1945 an der Spitze des deutschen Marionettenstaates Repubblica Sociale Italiana. In den letzten Kriegstagen wurde Mussolini von kommunistischen Partisanen festgenommen und hingerichtet.
Organisation der Diktatur
In seiner Rede hatte Mussolini die aventinische Sezession als „revolutionär" angegriffen und angekündigt, „binnen 48 Stunden" für Klarheit zu sorgen. Noch am 3. Januar wiesen Mussolini und Federzoni die Präfekten an, politische Versammlungen und Demon-strationen fortan zu unterbinden und aktiv gegen alle „die Macht des Staates unter-grabenden" Organisationen vorzugehen. Den Abgeordneten der Oppositionsparteien wurde die Rückkehr in die Kammer, die bis dahin zumindest theoretisch möglich gewesen wäre, von diesem Tag an verweigert. Bis 1926 wurden alle nichtfaschistischen Parteien verboten oder aufgelöst. Die Pressezensur wurde nach einer einschlägigen Verordnung vom 10. Januar 1925 noch strenger als zuvor gehandhabt; während die Presseorgane der politischen Linken schrittweise in den Untergrund gedrängt wurden, entließen die großen liberalen Zeitungen im Laufe des Jahres 1925 die wenigen oppositionellen Redakteure, bevor im Dezember 1925 ein repressives Pressegesetz in Kraft trat. Im selben Monat (24. Dezember) beseitigte ein Gesetz über die „Kompetenzen und Vorrechte des Regierungschefs" die formal noch immer bestehende Abhängigkeit der Regierung vom Parlament. Als *Capo del Governo* vertrat Mussolini die Regierung nun allein gegenüber dem König, war ausschließlich diesem verantwortlich und hatte das Recht, Gesetze zu dekretieren, über die die Abgeordneten lediglich noch „diskutieren" konnten.
Das „Gesetz zur Verteidigung des Staates" (25. November 1926) führte die Todesstrafe für „politische Vergehen" ein. Es sah außerdem die Schaffung einer politischen Polizei und eines Sondergerichtshofes vor. Die Einrichtung der Diktatur betrieb Mussolini – wie am 3. Januar 1925 angekündigt – „legal", das heißt, ohne die von der Verfassung definierten politischen Verfahren durch andere zu ersetzen. 1925 begann Mussolini, die Bezeichnung „totalitär", die zuerst 1923 von antifaschistischen Intellektuellen verwendet worden war, als Attribut des Regimes zu akzeptieren. In einer Rede zum dritten Jahrestag des Marsches auf Rom definierte er den Faschismus als System, in dem „alles [was geschieht] für den Staat geschieht, nichts außerhalb des Staates steht, nichts und niemand gegen den Staat ist." Er lehnte sich mit dieser Formel an eine Rede des Justizministers Alfredo Rocco an.. Der „revolutionäre", auf eine genuine Parteidiktatur hinarbeitende Flügel des Faschismus wurde von Mussolini 1926 endgültig entmachtet (Ablösung Farinaccis am 30. März 1926) und konnte allenfalls einige publizistische Positionen behaupten.

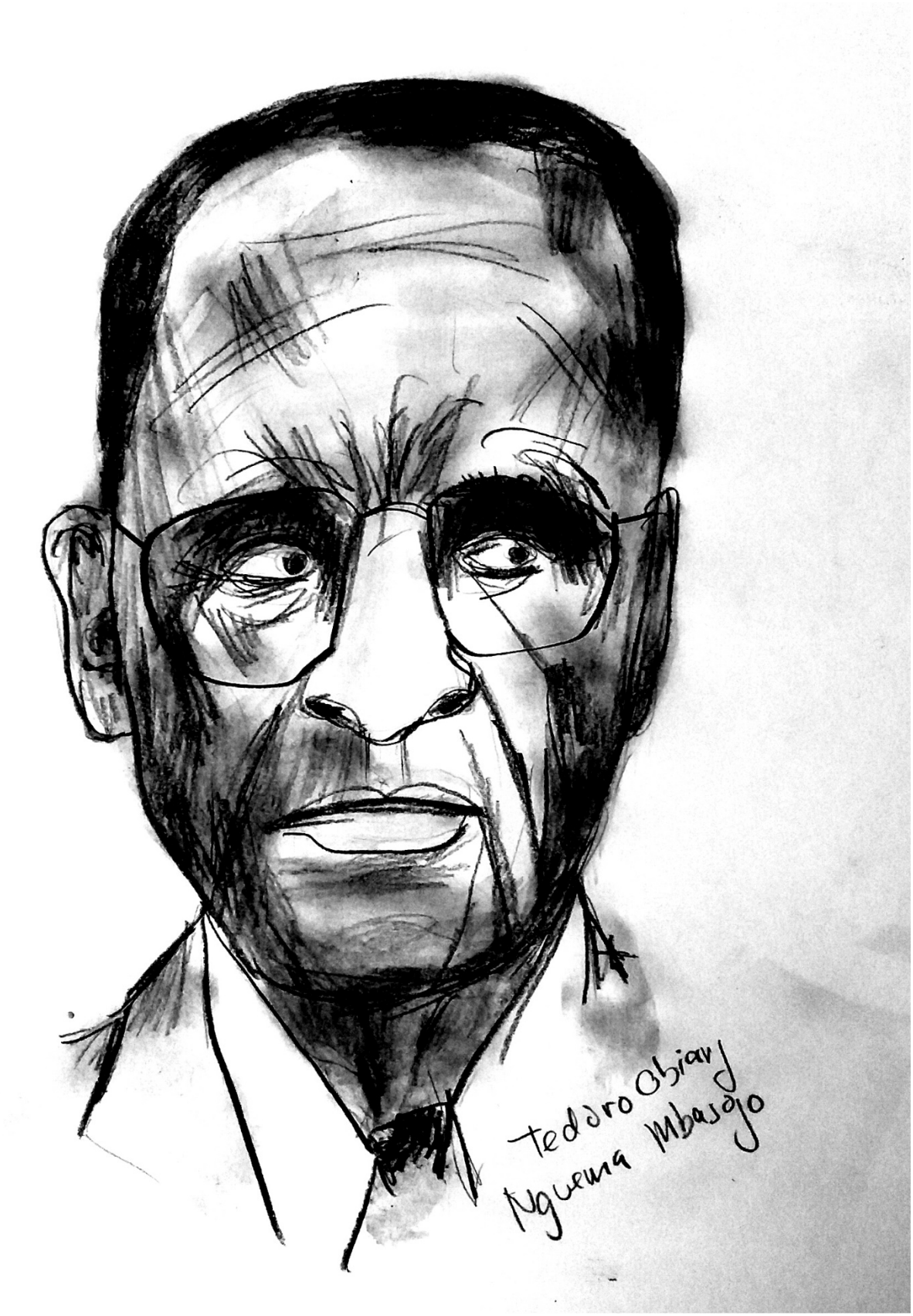
**Saparmyrat Ataýewiç Nyýazow** [θɑːpɑːrmyːrɑːt niːjɑːðɒv] (russisch Сапармура́т Ата́евич Ния́зов *Saparmurat Atajewitsch Nijasow*; * 19. Februar 1940 in Gypjak bei Aşgabat, Turkmenische SSR, UdSSR; † 21. Dezember 2006 in Aşgabat) war von 1992 bis zu seinem Tod Staats- und Regierungschef von Turkmenistan. Während dieser Zeit

nannte er sich **Türkmenbaşy** (deutsche Schreibweise auch **Turkmenbaschi**; deutsch ‚Führer der Turkmenen'). Im Ausland war er vor allem für den extremen Personenkult bekannt, den er um sich (und zum Teil um seine Eltern) betreiben ließ.

Menschenrechtsverletzungen

Turkmenistan wurde unter Nyýazows Regime zu einem Land, in dem Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Religionsfreiheit gibt es nur in einem sehr beschränkten Maße. Der sunnitische Islam ist Staatsreligion, und nach einem im Oktober 2003 erlassenen Religionsgesetz ist die Arbeit baptistischer, lutherischer und pfingstlerischer Kirchen, jüdischer Gemeinden und schiitischer Muslime in Turkmenistan verboten. Das Christentum rangiert auf dem *Weltverfolgungsindex* von Open Doors an 22. Stelle. Die russischstämmige Bevölkerung wurde 2003 aufgefordert, entweder das Land zu verlassen oder sich als turkmenische Staatsbürger zu registrieren. Dissidenten wurden gefoltert oder in psychiatrische Anstalten eingewiesen. Unbequeme oder nur verdächtigte Bürger wurden systematisch bespitzelt, verprügelt, willkürlich verhaftet, ermordet oder man ließ sie „verschwinden". Besonders nach einem angeblichen (vermutlich jedoch inszenierten) Attentat auf Nyýazow am 25. November 2002 kam es zu massiven Verfolgungen der Opposition.

Seit dem Jahreswechsel 2005/06 hat Nyýazow das Rentensystem weitgehend abgeschafft. Männer mussten seitdem mindestens 30, Frauen mindestens 25 Jahre in Turkmenistan berufstätig gewesen sein, um Rentenansprüche zu erwerben. Bisherige Rentner, die diese Voraussetzung nicht erfüllten, mussten alle bisher erhaltenen Rentenzahlungen an den Staat erstatten. Menschen mit erwachsenen Kindern, Schwerbehinderte sowie ehemalige Kolchosbauern hatten keinerlei Rentenansprüche mehr. Auch für sie galt die Pflicht zur Erstattung bisher „unrechtmäßig" erhaltener Zahlungen. Das soziale Ausmaß dieser Reform wird deutlich, wenn man bedenkt, dass viele der bisher relativ gut gestellten Rentner mit ihrer umgerechnet bis zu 70 Euro hohen Monatsrente aufgrund der in Turkmenistan herrschenden Massenarbeitslosigkeit ihre gesamte Familie ernährt hatten. Ebenso hat der Präsident die Krankenversorgung erheblich eingeschränkt, sei es durch Schließung von Krankenhäusern oder durch Ersetzen von ausgebildeten Fachkräften durch linientreues Personal und Militärangehörige. - Da Turkmenbaschis Zähne weiß und unversehrt waren, verbot er Goldzähne, insbesondere unter Jugendlichen: *„Die Mode der goldenen Zahnkronen existierte, während wir ein ärmliches Leben fristeten. Es ist höchste Zeit, auf die Rudimente der Vergangenheit zu verzichten.*" Da in Turkmenistan die verhängnisvolle Tradition geherrscht habe, dass Menschen ihre gesunden Zähne mit goldenen Zahnkronen ersetzten, sagte Turkmenbaschi beim Treffen einer jungen Studentin mit goldenen Zahnkronen, dass *„die Zähne der Jugendlichen kräftig und gesund sein müssen wie die eines Hundes, damit sie Knochen durchnagen*". Am darauffolgenden Tag wurden alle betroffenen Studierenden zu den stomatologischen Kliniken befördert, um ihre goldenen Zahnkronen loszuwerden, und im Nachhinein widerfuhr das gleiche Los den Beamten in den Staatsbehörden. - Nachdem Nyýazow bereits Kinos, Oper, Ballett und Zirkus verbieten ließ, wurden im April 2005 alle öffentlichen Bibliotheken geschlossen. Bücher waren seitdem nur noch in Universitäten zugänglich, wo allerdings keine Lernfreiheit bestand. Wer Fächer studierte, die nicht genehm waren, wurde zum Fächerwechsel gezwungen (z. B. von Englisch zu Russisch). Gleiches galt, wenn die Familie im Visier des Geheimdienstes war. Freie Internetzugänge existierten nicht. Nyýasow verhängte außerdem ein Verbot von Make-up für Fernsehmoderatoren. Auch das Playback-Singen in der Öffentlichkeit war untersagt. Nach seinem Wunsch wurden alle Straßen in Aschgabat in Zahlen umbenannt. „2000" galt dabei als die Grundzahl. Ausgeschlossen waren von dieser Namensänderung nur die Straßen, die entweder den Namen des Präsidenten oder seiner Verwandten trugen.




**Teodoro Obiang Nguema Mbasogo** (* 5. Juni 1942 in Akoakam-Esangui) ist seit 1979 der diktatorisch regierende Staatspräsident von Äquatorialguinea.
Neue Verfassungen - Nachdem Obiang zunächst als Vorsitzender eines Militärrates amtiert hatte, führte er 1982 eine neue Verfassung ein, die in einer Volksabstimmung am

15. August 1982 mit 95,38 % der Stimmen angenommen wurde und sieben Tage später in Kraft trat. Bereits im April hatte er Cristino Seriche Bioko zum Premierminister berufen. Mit der neuen Verfassung begann seine erste siebenjährige Amtszeit als „gewählter" Präsident. Die alte Einheitspartei PUNT war nach seiner Machtübernahme aufgelöst worden, die Wahl der 41 Abgeordneten des neuen Parlaments am 28. August 1983 fand ohne Parteien statt. 1987 gründete er eine neue Einheitspartei, die Partido Democrático de Guinea Ecuatorial (PDGE), die bei den Parlamentswahlen im Juli 1988 sämtliche Sitze errang. Er selbst wurde im Juni 1989 mit 99 % der Stimmen wiedergewählt.
Im Zuge der allgemeinen Demokratisierung in Afrika nach 1989 änderte auch Obiang Nguema zumindest oberflächlich seinen Kurs und ließ am 16. November 1991 eine neue Verfassung mit 94,3 % der Stimmen in einem Referendum absegnen. Am 21. November 1993 fanden erstmals seit 1968 Wahlen mit mehreren Parteien statt, in denen seine PDGE 68 der 80 Sitze erhielt. Von ausländischen Beobachtern wurden diese Wahlen als wenig fair beschrieben. Nach Ablauf seiner zweiten siebenjährigen Amtszeit als Präsident wurde er am 25. Februar 1996 mit diesmal 97,85 % der Stimmen erneut bestätigt. Die Opposition hatte diese Wahlen boykottiert. Die nächsten Parlamentswahlen am 7. März 1999 brachten seiner PDGE 75 der 80 Sitze. Die Präsidentschaftswahlen am 15. Dezember 2002 konnte er mit 97,1 % der Stimmen wieder gewinnen. Die vier Oppositionskandidaten hatten sich wieder im Vorfeld zurückgezogen, Celestino Bonifacio Bacalé erhielt trotzdem 2,2 %. Bei den nächsten Parlamentswahlen am 25. April 2004 trat seine PDGE als Teil einer Koalition an, die 98 der nunmehr 100 Sitze erhielt, die PDGE davon allein 68. Sein ehemaliger Premierminister Cristino Seriche Bioko gründete Ende 2004 die Oppositionspartei VDDC, die seine Ablösung anstrebt.
Umsturzversuch 2004 - Im März 2004 erklärte Obiang, ein Komplott gegen seine Regierung sei aufgedeckt worden, an dem die Nachrichtendienste der USA, Großbritanniens und Spaniens beteiligt seien. 15 Personen wurden inhaftiert und kurz darauf wurde am Flughafen von Harare in Simbabwe eine Gruppe von 70 Söldnern unter Führung von Simon Mann festgenommen. Für eine Verbindung dieser Söldner zu staatlichen Stellen gab es keine Belege. Allgemein pflegt Obiang Nguema gute Beziehungen zur westlichen Welt. Aufsehen erregte, dass Mark Thatcher später eine Beteiligung an diesem Putschversuch einräumte.
Wahlen seit 2009 und Nachfolgefrage - Mit einem Wahlergebnis von 95,4 % der Stimmen wurde Obiang Nguema am 29. November 2009 in seinem Amt bestätigt. Die übrigen Stimmen entfielen auf vier Gegenkandidaten. Die Opposition und Menschenrechtsgruppen warfen der Regierung Wahlbetrug vor.
2016 wurde Obiang Nguema mit 94 % der Stimmen im Amt bestätigt.
Am 21. Januar 2017 nahm Mbasengo den abgewählten, aber erst nach massivem äußeren Druck zurückgetretenen Ex-Präsidenten von Gambia, Yahya Jammeh in seinem Land auf.
Teodoro Obiang Nguema Mbasogo zählt zu den reichsten Staatsoberhäuptern der Welt. Sein Vermögen wird auf 600 Millionen US-Dollar geschätzt.
Menschenrechtssituation - Unter Nguema finden Folterungen und Misshandlungen an Aktivisten von Oppositionsparteien oder an Angehörigen der ethnischen Gruppe der Bubi statt. Im Februar 1997 gab Nguema öffentlich zu, dass die Menschenrechte systematisch verletzt wurden, und kündigte Maßnahmen zur Abhilfe an; trotzdem ereigneten sich im Januar 1998 weitere Menschenrechtsverletzungen. Die Regierung verweigert nach wie vor ihre Genehmigung zur Gründung örtlicher Menschenrechtsorganisationen. Seit Äquatorialguinea zu den Erdölproduzenten gehört, genießt die Elite des Landes wachsenden Wohlstand. Das auch unter Obiang Nguemas Regierung arme Land wurde nach Nigeria und Angola zum drittwichtigsten Ölförderland Afrikas südlich der Sahara. Rachel Maddow schreibt in diesem Zusammenhang vom „resource curse".
2016 verklagte der Anwalt William Bourdon im Namen der NGO Sherpa, die sich für die Verteidigung der Opfer von Wirtschaftskriminalität einsetzt, und Transparency International, die sich für Bekämpfung von Korruption einsetzt, den Präsidenten-Sohn „Teodorín" Nguema Obiang Mangue in Paris wegen Veruntreuung und Unterschlagung öffentlicher Gelder, Korruption und Geldwäscherei.

**Umar Hasan Ahmad al-Baschir**, sehr häufig **Omar al-Baschir** (arabisch أحمد حسن عمر البشير, DMG ʿ*Umar Ḥasan Aḥmad al-Bašīr*; * [offiziell 1. Januar] 1944 in Hosh Bannaga bei Schandi, Sudan), ist ein ehemaliger sudanesischer Politiker, Revolutionär, Diktator und Soldat. Er war von 1993 bis zu seiner Absetzung durch das Militär im April 2019 der

(autoritär regierende) Staatspräsident des Sudan. Er kam 1989 nach einem unblutigen Militärputsch im Sudan an die Macht und regierte das Land nach einer islamisch-fundamentalistischen Haltung. Wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Darfur-Konflikt hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag Haftbefehl gegen al-Baschir – und damit erstmals gegen einen amtierenden Staatschef – erlassen. Aufgrund fehlender Kooperation des UN-Sicherheitsrates mit dem IStGH wurden die Ermittlungen mangels Aussicht auf Erfolg im Dezember 2014 zeitweilig eingestellt. 2020 gab die sudanesische Übergangsregierung bekannt, dass Baschir an den IStGH ausgeliefert werde.
Haftbefehl des IStGH - Am 14. Juli 2008 kündigte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) in Den Haag, Luis Moreno Ocampo, gegen al-Baschir Haftbefehl wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im anhaltenden Darfur-Konflikt an. Dies war der erste Fall, bei dem der Chefankläger des IStGH einen Haftbefehl gegen einen amtierenden Staatschef beantragte. Die Vorverfahrenskammer des IStGH erließ das beantragte Rechtsmittel am 4. März 2009. Die Anklage wegen Völkermordes wurde durch Mehrheitsentscheid (bei einem Sondervotum der lettischen Richterin Anita Ušacka) nicht eingeschlossen, da für diesen keine hinreichenden Beweise vorgelegt worden seien; eine spätere Erweiterung des Haftbefehls um diesen Vorwurf behielt sich das Gericht jedoch ausdrücklich vor. Bereits ein Jahr später, am 12. Juli 2010, stellte die Vorverfahrenskammer des IStGH einen zusätzlichen Haftbefehl wegen Völkermords aus. Al-Baschir wird angelastet, er habe die Absicht gehabt, insbesondere die Ethnien der Fur, Masalit und Zaghawa zu vernichten, indem er sie getötet, verwundet oder lebensbedrohlichen Bedingungen ausgesetzt habe. Die Kritiker des Haftbefehls (zum Beispiel die Volksrepublik China, Russland, die Arabische Liga, Afrikanische Union) bezeichneten die Anklagen des IStGH als Hindernis für Friedensverhandlungen in Darfur. Im Juli 2009 verabschiedete die Afrikanische Union eine Resolution, den Haftbefehl gegen al-Baschir zu missachten. Der Kongress der Afrikanischen Union, der im Jahr 2012 in Malawi stattfinden sollte, musste jedoch nach Äthiopien verlegt werden, nachdem sich Malawis Präsidentin Joyce Banda geweigert hatte, al-Baschir zu empfangen. Im Jahr 2013 besuchte al-Baschir ungehindert die Volksrepublik China, den Iran, Äthiopien und Nigeria. Aus Nigeria musste er allerdings vorzeitig abreisen, nachdem dortige Menschenrechtsaktivisten vor Gericht gegangen waren, um seine Verhaftung zu erwirken.  - Bitte an andere mächtige Gruppen, ob sie ihn nicht einfangen und abgeben könnten". Am 14. Juni 2015 entschied der südafrikanische North Gauteng High Court in Pretoria, dass al-Baschir, der sich zu diesem Zeitpunkt wegen eines Gipfeltreffens der Afrikan- ischen Union in Südafrika aufhielt, das Land nicht verlassen dürfe, bis über das Fest- nahme-Ersuchen des IStGH entschieden worden sei. Südafrika ist Mitgliedsstaat des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Am 15. Juni 2015 reiste al-Baschir jedoch, unter Missachtung der Anordnung des südafrikanischen Gerichts, aus Südafrika in den Sudan aus. In Südafrika weitete sich die ungehinderte Ausreise von al-Baschir zu einer Verfassungskrise aus. Er war mit Polizeieskorte, also offensichtlich mit Wissen der südafrikanischen Regierung, zum Flughafen gebracht worden.] UN-General- sekretär Ban Ki-moon erklärte, dass Länder, die die Statuten des Internationalen Strafgerichtshofs anerkannt hätten, dessen Haftbefehle auch ausführen müssten. Im heimatlichen Khartum wurde al-Baschir von jubelnden Anhängern begrüßt. Offizielle sudanesische Regierungssprecher verspotteten die missglückte Aktion gegen ihn als „lahm und bedeutungslos". Sturz - Am 11. April 2019 wurde al-Baschir nach Protesten der Bevölkerung, die im Jahr 2018 begannen, durch das Militär gestürzt. An der Spitze des Sudan folgte zunächst der Verteidigungsminister Ahmed Awad Ibn Auf. Al-Baschir wurde an einem unbekannten Ort festgehalten und am 17. April ins Gefängnis Kober im Norden Khartums gebracht. In seinem Haus wurde bei einer anschließenden Durchsuchung Bargeld in unterschiedlichen Währungen im Wert von rund sieben Millionen Euro gefunden. Die sudanesische Staatsanwaltschaft ermittelt seitdem wegen des Verdachts auf Geldwäsche und des unerlaubten Besitzes ausländischer Währungen gegen ihn. Im Juni 2019 wurde er wegen Korruption angeklagt und am 14. Dezember desselben Jahres deswegen schuldig gesprochen und zu zwei Jahren Haft verurteilt. Im November 2019 wurde seine Nationale Kongresspartei verboten.

**Augusto José Ramón Pinochet Ugarte** [pinoˈʧet] (* 25. November 1915 in Valparaíso; † 10. Dezember 2006 in Santiago de Chile) war ein chilenischer General und von 1973 bis 1990 Diktator Chiles.

Pinochet war am 11. September 1973 maßgeblich an dem von den USA geförderten Militärputsch gegen den demokratisch gewählten marxistisch-sozialistischen Präsidenten Salvador Allende beteiligt. Von diesem Tag an regierte er Chile bis zum 11. März 1990 diktatorisch, erst als Vorsitzender einer Militärjunta und später als Präsident. Er wurde nie demokratisch gewählt. Auf die enorme Zahl an Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur, darunter mehrere Tausende Ermordete, mehrere zehntausend Fälle von Folter und eine hohe Zahl von gewaltsam „verschwundenen" Chilenen (so genannte Desaparecidos) reagierte ein Teil der Weltöffentlichkeit mit Anklage und Kritik.
Dagegen wurden die wirtschaftsliberalen Strukturreformen, die während seiner Regierungszeit stattfanden, international vor allem von Wirtschaftsexperten aus den USA vielbeachtet. 1988 wurde Pinochet aufgrund eines in der Verfassung von 1980 festgelegten Volksentscheides vom chilenischen Volk aus dem Amt gewählt, was den Übergang zur Demokratie zur Folge hatte. 2001 wurde ein Prozess gegen ihn eröffnet, er wurde jedoch aus gesundheitlichen Gründen für nicht verhandlungsfähig erklärt. Er starb, ohne dass er für die Verbrechen während der Militärdiktatur wie zahlreiche andere südamerikanische Militärs dieser Zeit verurteilt wurde.
Staatlicher Terror - Wie in den anderen autoritären Diktaturen hatte Folter in Chile zwei fundamentale Ziele. Zum einen sollte der Betroffene selbst *zum Reden* gebracht und von weiterer oppositioneller Arbeit abgehalten werden (soweit er dies vorher überhaupt getan hatte). Zusammen mit politischen Morden und dem *Verschwindenlassen* von Personen sollten alle Gegner des Regimes systematisch eingeschüchtert und die Zivilgesellschaft und demokratische Basisorganisationen ausgelöscht werden. Die gestürzten Regierungsmitglieder wurden wie Staatsfeinde verfolgt. Pinochet setzte Festnahme, Folterung, Mord oder Verbannung politischer Gegner als Mittel seiner Politik ein. So bildete sich ein vom Terrorismus geprägtes Staatskonzept. Die „Kommission für Wahrheit und Versöhnung" (auch unter dem Namen „Kommission Rettig" bekannt) erwähnte in ihren Aufzeichnungen 2095 Tote und 1102 verschwundene Häftlinge, andere Berichte zählten Hunderte mehr.
Folter - Seit dem Putsch Pinochets am 11. September 1973 wurden fast 17 Jahre lang Menschen systematisch verfolgt und gefoltert. Die Valech-Kommission hat 27.255 politische Gefangene anerkannt. Andere Quellen vermuten einige 10.000 Opfer mehr. 13 % der Inhaftierten waren Frauen, 94 % wurden gefoltert. Folterungen wurden in allen Regionen Chiles vor allem in Konzentrationslagern, Gefängnissen, Kasernen und auf Schiffen durchgeführt. Der Gewerkschaftsführer Werner Simon wurde Ende 1973 39 Tage auf dem Folterschiff *Lebu* im Hafen von Valparaiso gequält. Er überlebte dank der Einschaltung von Bundeskanzler Willy Brandt. Sein Schicksal dokumentierte einer seiner Söhne durch ein Buch und Interview.
Ein Mann, gefangen genommen im Mai 1988, berichtete vor der Valech-Kommission der Regierung über die Folter im *Cuartel General de Investigaciones* in der calle General Mackenna Nº 1314 in Santiago
*… sie kamen in unser Haus, schlugen meine Familie, zerstörten das Haus auf der Suche nach Waffen, sie schlugen mich vor meiner Familie, sie setzten mir eine Kapuze auf und schoben mich in ein Auto. Wir kamen in der Kaserne an, wo sie mich in einen engen Raum steckten, wo sie mir Hände und Füße fesselten, dann begann die Folter mit Schlägen auf die Schläfe, Strom im Mund und an den Ohren, Schlägen auf die Beine, später, weil sie nichts erreichten, schlugen sie mich mit Fäusten, danach brachten sie einen compañero herein und folterten ihn vor meinen Augen, um mich zum Reden zu bringen. Das war der erste Tag …*
Verbrechen außerhalb Chiles. Bei der Verfolgung von chilenischen Oppositionellen kam es auch zu Gewaltverbrechen des chilenischen Militärs im Ausland. So wurde im September 1976 der ehemalige chilenische Botschafter in den USA, Orlando Letelier, in Washington durch eine Autobombe getötet. CIA-Dokumente, die 2015 freigegeben wurden, belegen, dass Pinochet persönlich den Mord angeordnet und seinen Geheimdienstchef Manuel Contreras damit beauftragt hatte. Bereits zwei Jahre zuvor starb General Carlos Prats, Pinochets Vorgänger als Armeebefehlshaber, auf dieselbe Weise in Buenos Aires. Für beide Anschläge war der chilenische Geheimdienst DINA verantwortlich.

**Pol Pot** (* vermutlich 19. Mai 1925 oder 1928 als **Saloth Sar** in der Provinz Kompong Thom, Kambodscha; † 15. April 1998 in Anlong Veng) war ein kommunistischer kambodschanischer Politiker und Diktator (1975–1979) und bis 1997 als „Bruder Nr. 1" der politische und militärische Führer der Roten Khmer.

Er wurde als Saloth Sar geboren und kam während eines Auslandsstudiums in Paris mit dem Kommunismus in Berührung. Zurück in der Heimat, trat er der konspirativ agierenden Kommunistischen Partei Indochinas (KPI) bei, die von den Việt Minh kontrolliert wurde, und arbeitete als Lehrer. 1962 wurde er erster Sekretär der späteren Kommunistischen Partei Kampucheas (KPK) und floh im Jahr darauf vor politischer Verfolgung durch Lon Nol in das Grenzgebiet zu Vietnam, wo er seinen Namen endgültig ablegte und als „Bruder Nummer Eins" oder „Onkel Sekretär" bezeichnet wurde. In den folgenden sieben Jahren lebte Pol Pot im Untergrund und wurde durch eine Reise nach China stark durch den Maoismus geprägt. Während des Kambodschanischen Bürgerkriegs entstanden aus den von Pol Pot geführten kommunistischen Milizen die Roten Khmer, die durch die Unzufriedenheit insbesondere der ländlichen Bevölkerung über das massive amerikanische Flächenbombardement der Operation MENU immer mehr Rekruten gewinnen konnten.  - Im April 1975 nahmen die Roten Khmer Phnom Penh ein und deportierten die Stadtbevölkerung als vermeintliche Feinde der Revolution auf das Land, wo sie als *neue Menschen* Zwangsarbeit im Arbeiter-und-Bauern-Staat verrichten mussten. Immer noch hinter der Frontorganisation *angkar padevat*, auch als Angka bekannt, verborgen, riefen die Kommunisten im Januar 1976 das Demokratische Kampuchea aus und wählten Pol Pot zum Premierminister. Der radikale Kollektivismus und die politische Säuberung unter seiner Herrschaft führten zur Einrichtung von Foltergefängnissen wie Tuol Sleng und zu den Killing Fields. Ständige Scharmützel mit Vietnam mündeten schließlich in einen offenen Krieg, der in der vietnamesischen Besatzung Kambodschas endete und Pol Pot ins Exil nach Thailand zwang. Seine als Steinzeitkommunismus bezeichnete Herrschaft verursachte den Genozid in Kambodscha, bei dem je nach Schätzung bei einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 8 Millionen zwischen 750.000 und mehr als 2 Millionen durch Hinrichtung, Zwangsarbeit, Hunger und mangelhafte medizinische Versorgung ums Leben gekommen waren. Das Rote-Khmer-Tribunal untersucht bis heute die unter Pol Pot begangenen Verbrechen, hinter denen Historiker klassenkämpferische aber auch rassistische Motive vermuten, und kategorisiert die Verfolgung der Minoritäten als Völkermord.  - Killing Fields. Während es kaum Schriftliches zu den Regierungs-entscheidungen der Roten Khmer gibt, sorgten sie selbst dafür, dass ihre Massenmorde in Killing Fields wie Choeung Ek und Tuol Sleng durch die schriftlich festgehaltenen „Geständnisse" der gefolterten Insassen gut dokumentiert sind. Die zu den Verhören und Morden führenden „Verschwörungen", die Pol Pot zur Begründung anführte, ähnelten denen der Schauprozesse während des Großen Terrors und der Kampagne gegen wurzellose Kosmopoliten von 1948–53. Kaing Guek Eav und die anderen Lagerleiter der Killing Fields schickten die Berichte, die die „Geständnisse" der gefolterten und anschließend hingerichteten Opfer enthielten, diensteifrig über Son Sen an die Partei-zentrale K-1. Dort wurden die Dokumente miteinander abgeglichen, „verschwörerische" Netzwerke mit Vietnam oder der CIA identifiziert und deren Mitglieder auf den Killing Fields hingerichtet, wobei weitere „Geständnisse" entstanden. Nachdem anfangs vor allem Soldaten des früheren Lon-Nol-Regimes und Kambodschaner mit Verbindungen nach Nordvietnam Opfer wurden, begann ab Mai 1976 die politische Säuberung innerhalb der Roten Khmer, die sich erst gegen die Parteikader im Osten des Landes richtete, die unter Führung von So Phim eine nachgiebigere Haltung gegen Vietnam befürwortet hatten. Im Dezember 1976 rief Pol Pot zu einem Führungsseminar der Partei. Anders als bisher bei Anlässen dieser Art entbehrten seine Reden nun des Triumphalismus ob der erfolgreichen Revolution. Er sprach von Feinden und Verrätern als *Mikroben* innerhalb der Partei, die, unbeseitigt, die KPK in ihrer Existenz gefährdeten. Zum Schutz solle die Partei weiterhin der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Für Ernte-ausfälle machte er die vertriebene Stadtbevölkerung verantwortlich, die in einigen Gegenden die Produktion leitete, weil keine Parteikader zur Verfügung standen. Insbesondere in dieser Region kam es außerdem zu ethnischen Säuberungen, denen die muslimischen Cham zum Opfer fielen.

Nach Abzug der Vietnamesen im Jahr 1989 kam es im Oktober 1991 zum Pariser Friedens-vertrag, der den zweiten Bürgerkrieg beendete. Pol Pot wurde im Juni 1997 als Führungsfigur durch Ta Mok abgelöst und kam am 15. April 1998 in Anlong Veng vermutlich durch Suizid ums Leben.

**Josef Wissarionowitsch Stalin** – russisch Иосиф Виссарионович Сталин / wiss. Transliteration *Iosif Vissarionovič Stalin*; geboren als **Iosseb Bessarionis dse Dschughaschwili** georgisch იოსებ ბესარიონის ძე ჯუღაშვილი; russisch Иосиф Виссарионович Джугашвили/wiss. Transliteration *Iosif Vissarionovič Džugašvili*– (* 6. Dezember·/

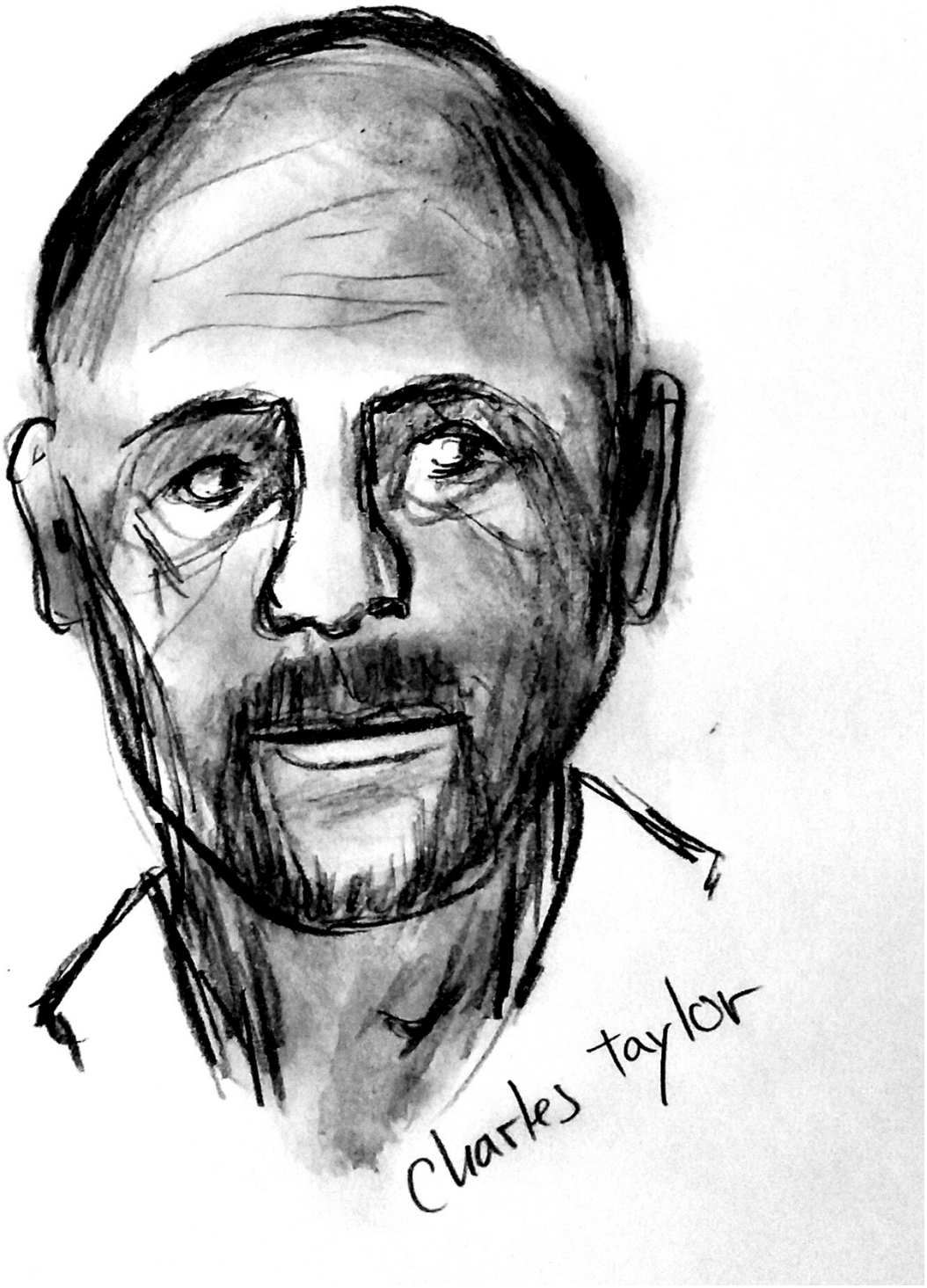
18. Dezember 1878· in Gori, Gouvernement Tiflis, Russisches Kaiserreich, heute Georgien; † 5. März 1953 in Kunzewo bei Moskau) war ein kommunistischer Politiker georgischer Herkunft und Diktator der Sowjetunion von 1927 bis 1953. Den Kampfnamen *Stalin*, der nach verschiedenen Deutungen für „der Stählerne" steht, nahm er 1912 an.
Von 1922 bis 1953 war er Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), ab 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (Regierungschef), ab 1946 Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR und in den Jahren 1941 bis 1945 Oberster Befehlshaber der Roten Armee – der „Generalissimus". Während seiner Regierungszeit errichtete Stalin eine totalitäre Diktatur, ließ im Rahmen politischer „Säuberungen" mehrere Millionen vermeintliche und tatsächliche Gegner verhaften, in Schau- und Geheimprozessen zu Zwangsarbeit verurteilen oder hinrichten sowie Millionen weiterer Sowjetbürger und ganze Volksgruppen besetzter Gebiete in Gulag-Strafarbeitslager deportieren. Viele wurden dort ermordet oder kamen durch die unmenschlichen Bedingungen ums Leben. Unter Stalins Führung wurde das Konzept des Sozialismus in einem Land zum zentralen Grundsatz der sowjetischen Gesellschaft. Stalin ersetzte die unter Lenin und Trotzki im Jahr 1921 eingeführte Neue Ökonomische Politik ab 1928 durch eine hochzentralisierte Kommandowirtschaft und startete eine Phase der Industrialisierung und Kollektivierung in Verbindung mit einer Entkulakisierung, was zu einer rapiden Transformation der UdSSR von einer Agrargesellschaft zu einer Industriegesellschaft führte. Entkulakisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft trugen insbesondere in der Ukraine, an der Wolga, im Kuban-Gebiet und in anderen Teilen der Sowjetunion zu Hungersnöten bei, denen ungefähr sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen. In Kasachstan kam die erzwungene Sesshaftmachung der nomadischen Bevölkerung hinzu. Die daraus resultierende Hungerkatastrophe kostete 1932 bis 1933 circa 1,3 bis 1,5 Millionen Menschenleben.
Alleinherrschaft und Großer Terror - Ab 1927 war Stalin somit uneingeschränkter Alleinherrscher in der Sowjetunion. Er war das Haupt der kommunistischen Partei. Im staatlichen Bereich beschränkte er sich lange Zeit auf das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR. Seit seinem fünfzigsten Geburtstag 1929 ließ er sich offiziell als „Führer" (russisch: *вождь*, *Vožd'* ) titulieren. Stalin trieb ab 1928 die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft unnachgiebig voran. Dabei brach er rücksichtslos den Widerstand von als wohlhabend geltenden Bauern, die er als „Kulaken" diffamierte. Von 1929 bis 1933 betrieb er durch Verhaftungen, Enteignungen, Todesurteile und Verschleppungen die Entkulakisierung. Die Kollektivierung und Repression gegen die „Kulaken" waren zum Teil die Ursachen für den Holodomor, eine riesige Hungersnot, die besonders fürchterliche Ausmaße an der Wolga und in der Ukraine annahm. Sie kostete allein in der Ukraine rund 3,5 Millionen Menschen das Leben. Mit dem ersten Fünfjahresplan ab 1928 forcierte er die Industrialisierung der Sowjetunion. Eckpfeiler seiner Theorie des Marxismus-Leninismus waren die Entwicklung des Sozialismus in einem Land und die „Verschärfung des Klassenkampfes" auf dem Weg zum Kommunismus, womit er seine Repressionen zu legitimieren suchte. Die drei großen Schauprozesse, in deren Verlauf Sinowjew, Kamenew und Bucharin zum Tode verurteilt wurden, waren aufgrund vieler Ungereimtheiten in den Aussagen der Angeklagten von der Weltöffentlichkeit als Inszenierung entlarvt worden. Weiterhin wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein Prozess gegen die Führungsspitze der Roten Armee geführt. Alle vier Prozesse waren der Auftakt zu allgemeinen, von Stalin gesteuerten „Säuberungen", die jegliche Opposition in der UdSSR ausschalten sollten. Die Durchführung übertrug Stalin dem Leiter des NKWD, zuerst Genrich Jagoda und später Nikolai Jeschow. Diese ließen die Betroffenen meist verhaften und viele davon erschießen. Die von der Geheimpolizei verwendeten Straftatbestände wegen „antisowjetischen Verhaltens", trotzkistischer oder anderer Opposition gegen die KPdSU sowie einer Vielzahl anderer angeblicher Verschwörungen wurden allesamt mit Verstößen gegen den Artikel 58 des Strafgesetzbuches der RSFSR begründet, der die rechtliche Grundlage für die Verfolgungen bildete.
Am 5. Dezember 1936 wurde eine neue Verfassung, die „Stalin-Verfassung", vom Sowjetkongress angenommen.
In der Zeit des Großen Terrors zwischen September 1936 und Dezember 1938 ließen Stalin und seine Helfer von 1,5 Millionen Festgenommenen etwa 750.000 Menschen erschießen, darunter treue Anhänger der Sowjetunion. Umstritten ist in der Forschung, inwieweit diese Verfolgungen einen rationalen Kern hatten oder aus reinen Wahnvorstellungen Stalins folgten. Im Ergebnis

dieser „Säuberungen" besaß Stalin nach 1938 die absolute Macht in der Sowjetunion. Nach dem Ende der Tschistka und der Ersetzung Nikolai Jeschows durch Lawrenti Beria wurden die willkürlichen Verhaftungen zwar nicht gestoppt, die Festgenommenen wurden aber meist zu bis zu zehn Jahren Haft in Straflagern verurteilt. Durch eine Gesetzesänderung wurde die Frist im Jahr 1949 auf 25 Jahre heraufgesetzt.
In dieser Zeit nahm der Personenkult um Stalin immer größere Ausmaße an. Dieser äußerte sich unter anderem in der Kunst (Lobpreisungs- und Ergebenheitswerke in Literatur und bildender Kunst im Stil des Sozialistischen Realismus) und in seiner allgegenwärtigen öffentlichen Präsenz. Wichtige Mitarbeiter Stalins waren nach dem Ende der Tschistka Lasar Kaganowitsch, der Volkskommissar für innere Angelegenheiten (NKWD) Lawrenti Beria, Michail Kalinin, Kliment Woroschilow, Andrei Andrejew und Andrei Schdanow.

Als wichtiger Partner zuerst des nationalsozialistischen Deutschlands im Rahmen des Hitler-Stalin-Pakts und später der Alliierten hatte Stalin starken Einfluss auf den Verlauf des Zweiten Weltkrieges sowie auf die Nachkriegsgestaltung Europas. Sein Regime und seine Interpretationen des Marxismus und des Leninismus werden als Stalinismus bezeichnet.
In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wirkt die jahrzehntelange Glorifizierung Stalins durch einen in der sowjetischen Geschichte einzigartigen Personenkult bis heute nach. Nach Stalins Tod leitete sein Nachfolger Nikita Chruschtschow mit der Entstalinisierung eine öffentliche Abrechnung mit Stalins Person und Wirken ein, die von späteren Regierungen nicht fortgeführt und teilweise zurückgenommen wurde. Im März 2016 ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Lewada-Zentrum zur Einstellung der befragten Einwohner Russlands zu Stalin: 37 % positiv, 32 % gleichgültig, 17 % negativ.

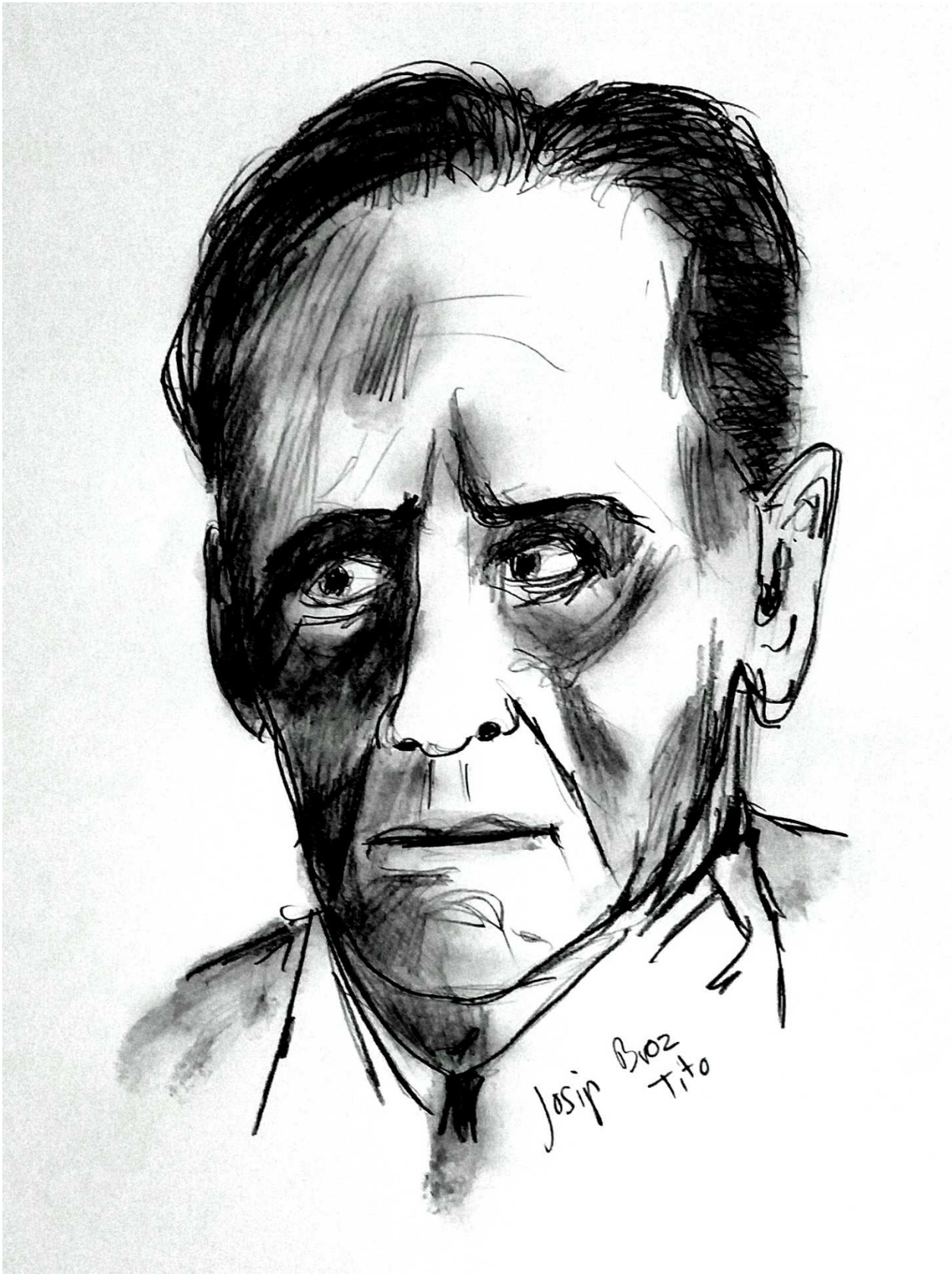
**Haji Mohamed Suharto** (nach alter Orthographie *Soeharto*; * 8. Juni 1921 in Kemusuk bei Argamulya auf Java, Niederländisch-Indien; † 27. Januar 2008 in Jakarta, Indonesien) war der zweite indonesische Staatspräsident und Kostrad-General. Er regierte das Land von 1967 bis 1998 diktatorisch und gilt als einer der Initiatoren des Massakers von 1965/66.

Innenpolitik - In der Innenpolitik zeigte der General große Grausamkeit und schaltete jegliche Opposition aus. Während seiner Machtergreifung wurden beim Massaker in Indonesien 1965–1966 nach verschiedenen Schätzungen zwischen 400.000 und einer Million Kommunisten und regierungskritische Studenten ermordet. Gleichzeitig mit ihrer Ermordung fand auch ein Völkermord an den Chinesen Indonesiens statt.] Mehrere islamische Gruppen unterstützten aktiv das blutige Vorgehen gegen die Kommunisten. Die danach errichteten Internierungslager kommentierte Suharto so: „Überall im Land finden Prozesse statt, aber bei einer so großen Zahl braucht man eben Zeit, bis alle an die Reihe kommen."
Menschenrechtsverletzungen - In Suhartos Herrschaftszeit fallen außerdem die völkerrechtswidrige Besetzung Osttimors 1975 und die anschließenden Massaker dort, bei denen mehr als ein Drittel aller Einwohner umgebracht wurde. In dem zur Provinz „Irian Jaya" umbenannten Westneuguinea kam es unter Suharto ebenfalls zu schweren Menschenrechtsverletzungen, als einheimische Papua ermordet und vertrieben wurden. Gleichzeitig betrieb die Regierung die Ansiedlung moslemischer Indonesier in der Provinz und die rücksichtslose wirtschaftliche
Außenpolitik - Indonesien pflegte unter Suhartos Führung durchaus gute Kontakte zum Westen. So waren die USA in jener Zeit der wichtigste Handelspartner. Die westliche Presse war Suharto gegenüber vorwiegend wohlwollend eingestellt. Selbst die kritische *New York Times* beschrieb den Diktator anlässlich des Besuchs Richard Nixons am 27. Juli 1969 als bescheidenen, vertrauensvollen Menschen, der „mit Hilfe eines exzellenten Teams von Ökonomen bemerkenswert erfolgreiche" Politik mache. Die von ihm gestürzten und zum großen Teil ermordeten Politiker der Vorgängerregierung stellte die Zeitung auf eine Ebene mit marodierenden „kommunistischen Tötungseinheiten".
Insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland baute Suharto gute Beziehungen auf. Mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl, der Indonesien viermal während seiner Amtszeit besuchte, entstand eine lebenslange Freundschaft.
Das indonesische Militär profitierte während des Osttimor-Massakers, aber auch noch danach, von westlichen Rüstungslieferungen.
Rücktritt - Nach lang anhaltenden Studentenprotesten und vor dem Hintergrund der Asienkrise musste der seit 1967 herrschende Suharto am 21. Mai 1998 zurücktreten. Zuvor war es noch zu einem neuerlichen Pogrom an der chinesischen Minderheit gekommen, das von Suhartos Schwiegersohn Prabowo Subianto organisiert worden sein soll. Neuer Präsident wurde der von ihm als Nachfolger ausgesuchte Bacharuddin Jusuf Habibie.
Gerichtsverfahren wegen Korruption - Nach dem Ende seines Regimes wurde Suharto wegen Korruption vor Gericht gestellt. Ihm wurde vorgeworfen, mindestens 571 Millionen US-Dollar öffentlicher Gelder veruntreut zu haben. Am 28. September 2000 wurde das Verfahren aus Gesundheitsgründen eingestellt.
Familie und Tod - Suharto war verheiratet mit Raden Ayu Siti Hartinah, auch Siti Hartinah Suharto in anderer Schreibweise: Siti Hartinah Soeharto, bekannt in Indonesien als „Ibu Tien/ Madam Tien" (* 23. August 1923, † 28. April 1996), die als höchst einflussreiche Beraterin Suhartos galt. Suharto und Siti Hartinah hatten sechs Kinder: Siti Hardiyanti Rukmana (Tutut), Sigit Harjojudanto (Sigit), Bambang Trihatmodjo (Bambang), Siti Hediati (Titiek), Hutomo Mandala Putra (Tommy) und Siti Hutami Endang Adiningsih (Mamiek), sowie 11 Enkel und mehrere Urenkel.
Suhartos Tochter *Siti Hediati Harijadi* war mit Prabowo Subianto verheiratet. Sein Sohn Bambang Trihatmodjo war als Investor u. a. im Hotelgewerbe tätig. Der jüngste Sohn Tommy Suharto (vollständiger Name: Hutomo Mandala Putra), geboren am 15. Juli 1962, wurde 2002 der Anstiftung zum Mord an Richter Syafiuddin Kartasamita, einem Mitglied des obersten Gerichtshofs, schuldig gesprochen.
Am 27. Januar 2008 starb Suharto nach langer Krankheit in einem Krankenhaus der indonesischen Hauptstadt Jakarta. Am folgenden Tag wurde er in Surakarta mit militärischen Ehren bestattet.



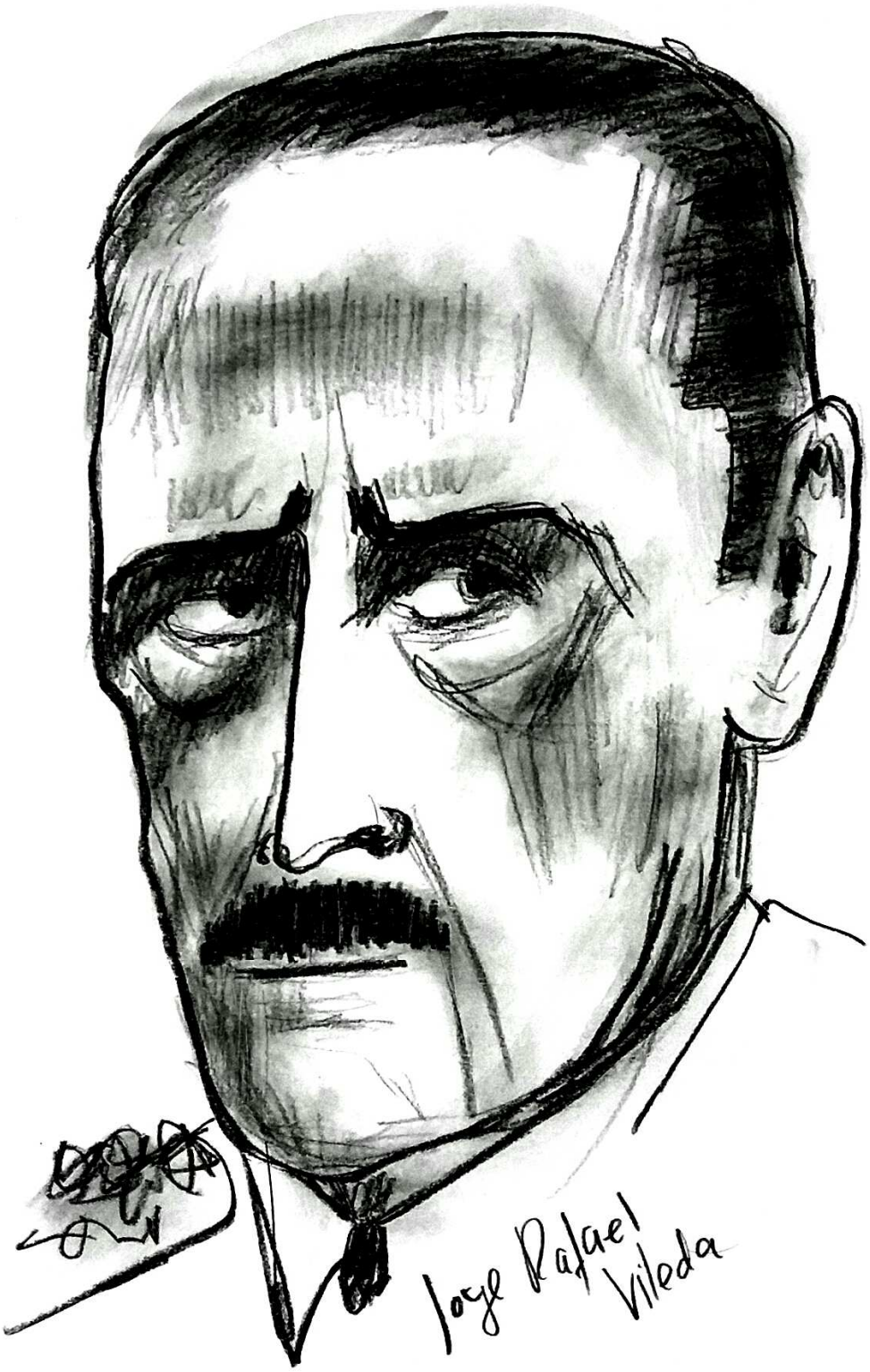

**Charles Ghankay Taylor** (* 28. Januar 1948 in Arthington bei Monrovia) ist ein liberianischer Politiker. Er war vom 2. August 1997 bis zum 11. August 2003 22. Staatspräsident von Liberia. Taylor war ein bekannter Warlord im liberianischen Bürgerkrieg in den 1990er Jahren und wurde später zum Präsidenten gewählt. Seine Amtszeit war durch Rebellion und regionale Konflikte geprägt und er wurde nach einem erneuten Bürgerkrieg gezwungen, ins Exil zu gehen. Am 29.

März 2006 wurde er beim Verlassen seines Exils in Nigeria im Grenzgebiet zu Kamerun festgenommen und in Sierra Leone inhaftiert. Aus Sicherheitsgründen wurde der Prozess vor dem Sondergerichtshof für Sierra Leone nach Leidschendam-Voorburg bei Den Haag in den Niederlanden verlegt. Dorthin wurde Taylor am 20. Juni 2006 überstellt und musste sich wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verantworten. Der Prozess wurde am 4. Juni 2007 eröffnet. Am 26. April 2012 erklärten ihn die Richter für schuldig. Taylor ist damit das erste afrikanische Staatsoberhaupt, das von einem internationalen Tribunal wegen Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen wurde.
Am 30. Mai 2012 wurde das Strafmaß auf 50 Jahre festgesetzt. Er verbüßt die Strafe im Vereinigten Königreich.
Zweiter Liberianischer Bürgerkrieg - Taylors Präsidentschaft spaltete das Land als Folge ethnischer Spannungen erneut. 1999 begann eine Rebellion vom Norden Liberias aus, die von einer Gruppe angeführt wurde, die sich Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD) nannte. Anfang 2003, als LURD die Kontrolle Nordliberias festigen konnte, formte sich in Südliberia eine weitere Rebellenorganisation, das Movement for Democracy in Liberia (MODEL), die durch die Regierung der Elfenbeinküste unterstützt wurde, und konnte ebenfalls beachtliche Erfolge erzielen. Im Sommer 2003 hatte Taylor weniger als ein Drittel des Landes unter Kontrolle.
Im Juni 2003 stellten die Vereinten Nationen einen Haftbefehl auf Grund von Kriegsverbrechen gegen Präsident Taylor aus. Die UN beschuldigte Taylor der Unterstützung der RUF-Rebellen in Sierra Leone, die dort für vielfältige Verbrechen verantwortlich waren. Während seines Aufenthalts in Ghana zu Friedensgesprächen drängten die USA den Vizepräsidenten Moses Blah, die Macht zu ergreifen. Bei seiner Rückkehr entließ Taylor Blah aus seinem Amt, um ihn aber nur wenige Tage später erneut zu berufen. Währenddessen begann die LURD, Monrovia zu belagern und es gab viele blutige Kämpfe, während die Regierungstruppen die Rebellen daran hinderten, die Stadt einzunehmen. Durch die Forderung von US-Präsident George W. Bush, Taylor müsse Liberia bis Juli 2003 verlassen, wurde der Druck auf ihn noch weiter erhöht.
. Die Regierung Liberias, unter Führung der im Januar neu gewählten Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf, forderte am 18. März 2006 von der nigerianischen Regierung offiziell die Auslieferung Taylors, welche diese am 25. März zusagte. Seit dem 28. März war er flüchtig, wurde aber einen Tag später im Grenzgebiet von Nigeria zu Kamerun von der Polizei gefasst. Die Anklage wegen Kriegs-verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit umfasst elf Punkte, darunter mehrere Morde, den Einsatz von Kindersoldaten, die Terrorisierung der Zivilbevölkerung sowie sexuelle Gewalt, Verstümmelungen, Plünderungen und Angriffe auf UN-Mitarbeiter.
Bereits im Mai 2005 konnte in Liberia die Wahrheits- und Versöhnungskommission zur Aufarbeitung des Bürgerkrieges mit ihrer Tätigkeit beginnen. Im Fokus der Ermittlungen stand auch die Rolle Taylors als Warlord und Präsident.
Prozess und Verurteilung in Den Haag - Der Prozess gegen Charles Taylor wurde am 4. Juni 2007 in Leidschendam-Voorburg unweit von Den Haag offiziell eröffnet. Am 14. Juli 2009 begann vor Gericht die Verteidigung von Charles Taylor, der sich selbst erstmals zu den Anklagepunkten äußerte und diese zurückwies. Im Prozess gegen ihn versuchte die Staatsanwaltschaft durch weltweit populäre Zeugen wie Mia Farrow oder Naomi Campbell zu beweisen, dass er im Besitz von Blutdiamanten aus Sierra Leone gewesen sei. Am 8. Februar 2011 wurde die Beweisaufnahme abgeschlossen, es wurden 50.000 Seiten Aktenmaterial und über 1000 Beweisstücke registriert. Der britische Anwalt von Taylor, Courtenay Griffith, bezeichnete den Prozess als „vollständige Farce".
Im Januar 2012 wurden durch Medienberichte, die sich auf Dokumente des Verteidigung-sministeriums der Vereinigten Staaten stützen, bekannt, dass Taylor über Jahre hinweg seit den frühen 1980er-Jahren eine Beziehung zum US-amerikanischen Nachrichtendienst CIA unterhalten haben soll. - Am 26. April 2012 wurde Taylor vom Sondergerichtshof schuldig gesprochen. Am 30. Mai wurde er zu 50 Jahren Gefängnis verurteilt. Er ist das erste afrikanische Staatsoberhaupt, das von einem internationalen Tribunal wegen Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen wurde. Im Juni 2012 kündigten Taylors Anwälte an, in Berufung zu gehen. Auch die Anklage legte Berufung ein. Im Berufungsverfahren bestätigte im September 2013 das Sondertribunal zu Sierra Leone das Urteil der ersten Instanz von 2012.
Seit 15. Oktober 2013 verbüßt er die Strafe im Vereinigten Königreich




**Josip Broz Tito** ['jɔsip 'brɔz 'tito] Aussprache?/i (serbisch-kyrillisch Јосип Броз Тито; * 7. Mai 1892 in Kumrovec, Königreich Kroatien und Slawonien, Österreich-Ungarn; † 4. Mai 1980 in Ljubljana, Jugoslawien) war ein jugoslawischer Politiker (BdKJ) und von 1945 bis 1980 der diktatorische Staatschef Jugoslawiens.

Josip Broz nahm 1934 den Kampfnamen Tito an, als er Mitglied des Politbüros der seit 1921 verbotenen Kommunistischen Partei Jugoslawiens wurde und in den politischen Untergrund ging. Im Jahr 1937 wurde er Generalsekretär der Partei. Nach der Besetzung Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg führte Tito als sogenannter Marschall von Jugoslawien die kommunistischen Partisanen im Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzungsmächte sowie innenpolitische Gegner, wie die faschistischen Ustascha und königstreuen Tschetniks. Nach dem zu seinen Gunsten entschiedenen Krieg wurde er zunächst Ministerpräsident (1945–1953) und schließlich Staatspräsident (1953–1980) seines Landes; ein Amt, das er bis zu seinem Tod bekleidete. Er verfolgte nach dem Bruch mit Stalin 1948 eine als Titoismus bezeichnete unabhängige Politik von der Sowjetunion und galt seit den 1950er Jahren als einer der führenden Staatsmänner der Bewegung der Blockfreien Staaten. Um Tito wurde ein intensiver Personenkult betrieben. . Zudem nahm er für Jugoslawien in Anspruch, einen eigenen Weg zum Sozialismus zu gehen, der im Kern ein gewisses Maß an Selbstverwaltung der Betriebe vorsah. Dieser so genannte Titoismus brachte das Land in Gegensatz zu den sowjetischen Hegemoniebestrebungen und führte 1948 zum Bruch zwischen Tito und Stalin. Die Auseinandersetzung wurde mit erbitterter Härte geführt. Stalin versuchte vergeblich, die jugoslawische Partei gegen Tito aufzuhetzen, und drohte ihm in der Prawda öffentlich mit Mord; „das Schicksal Trotzkis ist lehrreich", konnte man dort in Bezug auf Tito lesen. Die Einladung Stalins, in Moskau die Differenzen „freundschaftlich" zu besprechen, lehnte Tito folglich ab. Am 29. November 1949 riefen die Kominform-Mitglieder offen zum Sturz von Tito und zum Kampf gegen den Titoismus auf. Im Zuge der Entstalinisierung nach Stalins Tod unter Nikita Chruschtschow (1956) und der Auflösung des Kominform normalisierten sich die Beziehungen mit der Sowjetunion wieder. Nach der Annahme einer neuen Verfassung im Jahr 1953 wurde Tito am 14. Januar 1953 in das Amt des Staatspräsidenten gewählt, das er ab 1963 auf Lebenszeit innehatte. Er setzte sich für die Gleichberechtigung der Staaten, die friedliche Koexistenz der Blöcke und für die Entwicklungsländer ein. Zusammen mit dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, dem indischen Premierminister Jawaharlal Nehru sowie dem indonesischen Präsidenten Sukarno gehörte er zu den Protagonisten einer Politik der Blockfreiheit. Diese wurde mit der Gründung der Bewegung der Blockfreien Staaten institutionalisiert. Durch sein Charisma und seine auf Ausgleich zielende Politik erwarb er sich auch außerhalb Jugoslawiens besonderes Ansehen. Er war einer der angesehensten Vertreter der blockfreien Staaten, deren Einwohner etwa zwei Drittel der Menschheit ausmachten. 1967, nach dem Sechstagekrieg, fror Tito die diplomatischen Beziehungen zu Israel ein. Innenpolitisch verfolgte Tito weiterhin einen autoritären Regierungsstil, obwohl es nach der Absetzung des Sicherheitschefs Aleksandar Ranković 1966 zu einer deutlichen Liberalisierung der jugoslawischen Gesellschaft kam, die sich z. B. in einer relativen Freiheit von Kunst und Kultur ausdrückte. Den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR 1968 verurteilte Tito scharf, was sein Image im westlichen Ausland zusätzlich verbesserte. Im Jahr 1971 wandte er sich gegen den sogenannten Kroatischen Frühling, eine politische Reformbewegung, welche für die damalige Sozialistische Republik Kroatien mehr Rechte und Autonomie innerhalb Jugoslawiens forderte. Tito reagierte mit Massenverhaftungen, da er den Kern des jugoslawischen Sozialismus, die propagierte „Brüderlichkeit und Einheit" (*Bratstvo i jedinstvo*), angegriffen sah. Die Ereignisse führten dazu, dass Jugoslawien 1974 auf Initiative Titos eine neue Verfassung erhielt, die den Föderalismus stärker betonte. Dies war, neben einer neuen Aufteilung der erwirtschafteten Devisen, eine der Forderungen des Kroatischen Frühlings gewesen. Gleichzeitig wurde durch die Verfassung von 1974 die Stellung des Staatspräsidenten gestärkt, da Tito uneingeschränkte Vollmachten als Staatsoberhaupt auf Lebenszeit eingeräumt wurden. Tod und Begräbnis - Viele Staatspräsidenten und hochrangige Politiker erwiesen ihm bei seiner Beisetzung am 8. Mai 1980 die letzte Ehre. Gemessen an der Anzahl kondolierender Politiker und Staaten, die Delegationen sandten, war die Beerdigung mit vier Königen, 31 Präsidenten, 6 Prinzen, 22 Premierministern und 47 Außenministern die bis zum damaligen Zeitpunkt weltweit größte. Darunter waren Leonid Breschnew, Andrej Gromiko, Erich Honecker, Margaret Thatcher, Helmut Schmidt, Francesco Cossiga, Nicolae Ceaușescu, Kim Il Sung, Saddam Hussein, Jassir Arafat und Felipe González. Er wurde im Belgrader Mausoleum „Kuća cveća" („Haus der Blumen") beigesetzt. Sein Sarkophag wird jährlich von bis zu 20.000 Menschen besucht. Das Mausoleum ist heute Teil des Museums der Geschichte Jugoslawiens.



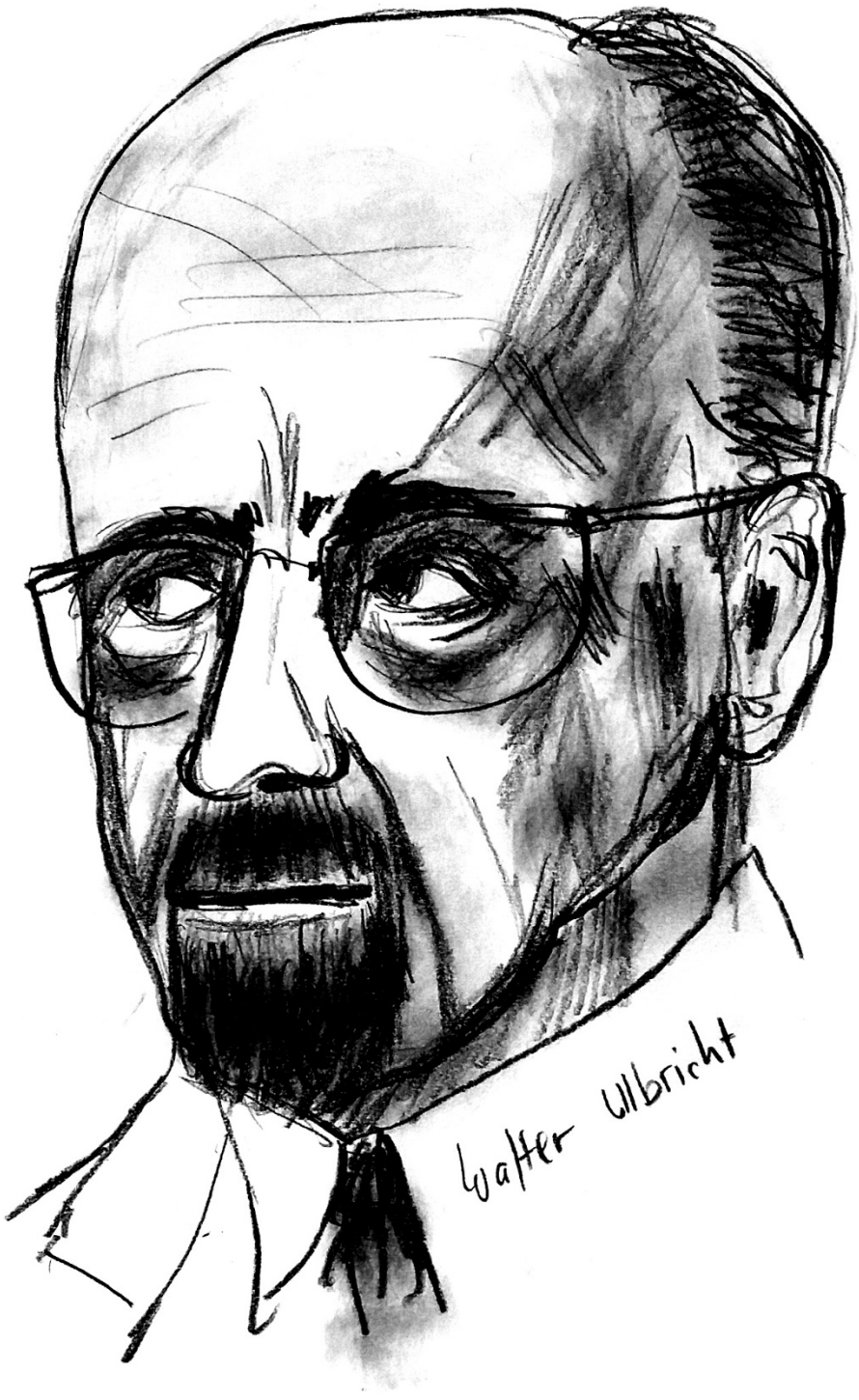

**Jorge Rafael Videla** (* 2. August 1925 in Mercedes, Provinz Buenos Aires; † 17. Mai 2013 in Marcos Paz, Provinz Buenos Aires) war ein argentinischer General und Diktator Argentiniens von 1976 bis 1981.

Keine Reue über die Morde der Diktatur - Videla selbst leugnete die Verantwortung des Militärs für die Tausende von Morden lange. Erst 2012 gab er vor Gericht zu, dass während seiner Militärregierung „7000 oder 8000" Regime-gegner getötet worden seien. Man habe „die Leichen verschwinden lassen", um keine Proteste heraufzubeschwören. Es sei ein damals „notwendiges militärisches Mittel" gewesen. Zu den geschätzt etwa 500 Fällen des Kindsraubes von Neugeborenen inhaftierter oppositioneller Frauen, die nach der Geburt fast immer umgebracht wurden, meinte er wörtlich am Schluss seines Prozesses: „Alle Gebärenden, die ich als Mütter respektiere, waren aktive Militante in der Maschinerie des Terrorismus. Sie verwendeten ihre Kinder als menschliche Schutzschilde."
Strafverfolgung und Verurteilungen - Erste Verurteilung 1985 und Begnadigung durch Präsident Menem 1985, zwei Jahre nach Ende der Militärdiktatur, wurde Videla wegen Menschen-rechtsverletzungen (Mord, Folter und Entführung) zu lebenslanger Haft verurteilt, aber 1990 durch das Dekret Nr. 2741/90 von Präsident Carlos Menem begnadigt. Wegen seiner Verantwortung für Kindesraub wurde er 1998 erneut inhaftiert; er hatte im Amt die Zwangsadoption von Kleinkindern inhaftierter Oppositioneller angeordnet, die danach zumeist ermordet wurden. 1998 wurde Videla unter Hausarrest gestellt, 2001 abermals verhaftet; man beschuldigte ihn nun, während seiner Amtszeit der Kopf einer Verschwörung gegen Oppositionelle gewesen zu sein. Zwischenzeitlich konnte er aber wieder in seine Wohnung im Stadtteil Belgrano zurückkehren.
Auslieferungsgesuch Deutschlands
Am 4. März 2004 beantragte die deutsche Bundesregierung offiziell die Auslieferung des einstigen Diktators und zweier weiterer früherer Militärs aufgrund mehrfachen Mordes an deutschen Staatsbürgern, unter ihnen Elisabeth Käsemann. Der Antrag wurde am 17. April 2007 vom obersten Gerichtshof Argentiniens abgewiesen.
Erneuter Prozess und Verurteilung 2010
Am 10. Oktober 2008 wurde der Hausarrest gegen Videla aufgehoben. Am selben Tag wurde Videla in die *Unidad Penitenciaria 34*, ein Militärgefängnis auf dem Campo de Mayo, verlegt.
Im Juni 2010 begann in Argentinien erneut ein Prozess gegen die Verantwortlichen der Militärdiktatur, darunter auch Videla und der ehemalige General Luciano Benjamín Menéndez.[15] Videla übernahm im Verlauf des Prozesses die volle Verantwortung für Verbrechen, die unter seiner Herrschaft begangen worden sind.[16] Am 22. Dezember 2010 wurde Videla gemeinsam mit Menéndez und 14 weiteren Tätern erneut zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.[17] Die Strafe musste Videla in einer gewöhnlichen Haftanstalt verbüßen.
Lebenslange Haftstrafe wegen Kindsraub und Zwangsadoptionen 2012
Ab dem 28. Februar 2011 stand Videla abermals, dieses Mal gemeinsam mit Reynaldo Bignone, vor Gericht. Dort wurde der Vorwurf des mehrfachen Kinderraubs durch den angeordneten Entzug von Neugeborenen von den leiblichen Müttern und die anschließende Weitergabe der Kinder an Familien argentinischer Militärangehöriger verhandelt.[20] Anfang Juli 2012 wurde Videla vom Bundesgericht in Buenos Aires zu einer Haftstrafe von 50 Jahren verurteilt.[21] Er starb am 17. Mai 2013 im Alter von 87 Jahren im Gefängnis von Marco Paz.[6] Ein Begräbnis mit militärischen Ehren erhielt Videla nicht. Die Beerdigung fand im privaten Rahmen statt.[22]
Vermächtnis
Bis zum 24. März 2004 hing ein Bild Videlas offiziell unter den Porträts in einer Galerie der nationalen Offiziershochschule Argentiniens, dem *Colegio Militar de la Nación*, bevor es dort im Beisein des Staatspräsidenten Néstor Kirchner abgenommen wurde.

# …und ANDERE POTENTATEN und „lupenreine DEMOKRATEN“

**„…es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alle Fäden in der Hand haben… „**

**(Walter Ulbricht)**




**Walter Ernst Paul Ulbricht** (* 30. Juni 1893 in Leipzig; † 1. August 1973 in Groß Dölln) war ein deutscher Kommunist. Von 1950 bis zu seiner Entmachtung 1971 war er der maßgebliche Politiker der Deutschen Demokratischen Republik. Unter seiner Führung entwickelte sie sich zum *sozialistischen Staat*.

Seit seiner Jugend in der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands aktiv, wurde Ulbricht zum Berufsrevolutionär. In der Endphase der Weimarer Republik leitete er die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) innerhalb der Reichshauptstadt Berlin. Am Kampf der stalinistisch ausgerichteten Partei gegen die Sozialdemokratie und die republikanische Ordnung war er im Führungszirkel um Ernst Thälmann beteiligt.
Aus dem sowjetischen Exil 1945 als Leiter der „Gruppe Ulbricht" nach Berlin zurückgekehrt, wirkte er in der sowjetischen Besatzungszone in enger Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht als führender Funktionär der KPD und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) prägend am Aufbau des Staatsapparates der späteren DDR mit. .
Von 1950 bis 1971 stand er an der Spitze des Zentralkomitees der SED und besaß die höchste politische Entscheidungsgewalt. In dieser Eigenschaft und mit sowjetischem Einverständnis veranlasste Ulbricht 1952 den Aufbau des Sozialismus in der DDR und 1961 den Bau der Berliner Mauer. Ulbricht war von 1949 bis 1955 stellvertretender und von 1955 bis 1960 Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, bis 1971 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats und vertrat von 1960 bis zu seinem Tod als Vorsitzender des Staatsrats der DDR den Staat nach außen.
Der Bau der Berliner Mauer durch die DDR 1961 fand unter Ulbrichts politischer Verantwortung statt, nachdem er als Ergebnis harter Verhandlungen die Moskauer Staatsführung von der Notwendigkeit ihres Baues aus Sicht der DDR-Regierung (wegen der damaligen Abwanderung der gut Ausgebildeten und der Elite, des so genannten „Ausblutens") überzeugt hatte. Zunächst hatte er sich auf einer Pressekonferenz am 15. Juni 1961 bemüht, derartige Absichten öffentlich zu dementieren, auch indem er auf die Frage der westdeutschen Journalistin Annamarie Doherr einging.
Doherr: „Ich möchte eine Zusatzfrage stellen. Doherr, Frankfurter Rundschau. Herr Vorsitzender, bedeutet die Bildung einer freien Stadt Ihrer Meinung nach, dass die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?"
Darauf Ulbricht: „Ich verstehe Ihre Frage so, dass es Menschen in Westdeutschland gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR mobilisieren, um eine Mauer aufzurichten, ja? Ääh, mir ist nicht bekannt, dass solche Absicht besteht, da sich die Bauarbeiter in der Hauptstadt hauptsächlich mit Wohnungsbau beschäftigen und ihre Arbeitskraft dafür voll ausgenutzt wird, voll eingesetzt wird. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!" Obwohl nicht speziell nach der Art der Abriegelungsmaßnahmen gefragt wurde, war Ulbricht selbst damit der erste, der den Begriff „Mauer" diesbezüglich in den Raum stellte. Ob er dies aus einer Unachtsamkeit heraus oder mit Absicht tat, konnte nie abschließend geklärt werden. Zwei Monate später, am Sonntag, dem 13. August 1961, begannen nachts gegen 1 Uhr Streitkräfte der DDR, die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin sowie die zwischen West-Berlin und der DDR auf ihrer vollen Länge (nahezu 170 km) praktisch lückenlos und zur gleichen Zeit mit einem gewaltigen Aufwand an Menschen und Material abzuriegeln und Sperranlagen zu errichten.
Beim Aufbau der DDR forderte Ulbricht auf dem III. Parteitag der SED die Abkehr vom (westlichen, im Bauhaus in Weimar begründeten) Formalismus. Die Architektur habe der Form nach national zu sein. Diese gespaltene Haltung spiegelte sich in der Gründung einer Deutschen Bauakademie und der Zeitschrift *Deutsche Architektur*, sowie etlichen widersprüchlichen Abbruch- und Baumaßnahmen wider. Aus ideologischen Gründen und vor dem Hintergrund des Aufbaus sozialistischer Stadtzentren wurden während der Herrschaft Walter Ulbrichts in den 1950er und 1960er Jahren zahlreiche wiederaufbaufähige Kriegsruinen bedeutsamer und stadtbildprägender historischer Gebäude abgerissen. So wurden z. B. das Berliner Schloss (1950) und das Potsdamer Stadtschloss (1959) gesprengt. Etwa 60 Kirchenbauten, darunter einige intakte oder wiederaufgebaute, wurden gesprengt oder abgerissen, darunter 17 Kirchen in Ostberlin. Die Ulrichkirche in Magdeburg wurde 1956 gesprengt, die Dresdner Sophienkirche 1963, die Potsdamer Garnisonkirche am 23. Juni 1968 und die intakte 700 Jahre alte Leipziger Universitätskirche am 30. Mai 1968. Dabei kam es nach Bürgerprotesten gegen die Kirchensprengung auch zu Inhaftierungen. Viele der Neubauten wurden während der 1950er Jahre im Stil des Sozialistischen Klassizismus errichtet, zum Beispiel die Stalinallee in Berlin.

Ulbricht sah den Sozialismus als eigenständige längerdauernde Phase und setzte sich damit auch von anderen Ländern im RGW ab. Einen in diesem Sinne „nationalen Weg zum Sozialismus" spiegeln auch die Verwendung von Elementen der Uniform der Wehrmacht bei den NVA-Uniformen, von nach preußischen Militärs benannten Orden der NVA wie dem Blücher- und dem Scharnhorst-Orden sowie dem später unter Honecker nicht mehr gesungenen Text der DDR-Hymne wider.
Nach dem Mauerbau 1961 öffnete sich die DDR zunächst nach innen, insbesondere gegenüber der Jugendkultur in der DDR. Ulbricht beabsichtigte, eine möglichst umfassende eigene Jugendkultur der DDR zu schaffen, die weitgehend unabhängig von westlichen Einflüssen sein sollte. Bekannt wurde seine auf das „Yeah, Yeah, Yeah" der Beatles anspielende Aussage „Ist es denn wirklich so, dass wir jeden Dreck, der vom Westen kommt, nu kopieren müssen? Ich denke, Genossen, mit der Monotonie des Je-Je-Je, und wie das alles heißt, ja, sollte man doch Schluss machen."
Verwaltungs- und Wirtschaftspolitik - Prägend für die Neugliederung der DDR war die Ausschaltung und Beseitigung der Selbstverwaltung durch Auflösung der fünf Länder und Neugliederung in 14 Bezirke (25. Juli 1952), zu denen (Ost-)Berlin als „Hauptstadt der DDR" hinzukam. Die Ende der 50er Jahre erhöhten Planzielerwartungen, die weiter forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft und die durch Drohungen Chruschtschows verschärfte Berlin-Krise machten die Lage der DDR prekär. Durch den Bau der Berliner Mauer 1961 wurde sie jedoch wieder stabilisiert. Ulbricht versuchte seit 1963 mit dem *Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung* (NÖSPL) – später kurz *Neues Ökonomisches System* (NÖS) –, eine größere Effizienz der Wirtschaft zu erreichen. Wichtige Treiber des NÖS waren Wolfgang Berger und Erich Apel. Der gesamtheitliche Plan sollte bestehen bleiben, aber die einzelnen Betriebe sollten größere Entscheidungsmöglichkeiten bekommen. Es ging dabei nicht nur um den Anreiz durch eigene Verantwortung, sondern auch darum, dass konkrete Fragen vor Ort besser entschieden werden können. Mit der Modernisierung des ökonomischen Systems gingen Reformen im gesellschaftlichen Bereich (etwa durch das Bildungsgesetz von 1965) einher. Die DDR nahm Züge einer „sozialistischen Leistungsgesellschaft" (oder Meritokratie) an, in der nicht mehr nur politische Rechtgläubigkeit und Linientreue, sondern auch fachliche Qualifikationen über die berufliche und damit gesellschaftliche Stellung entscheiden sollten. Zunehmend rückten auch Fachleute in politische Führungspositionen auf. Verfassungsrechtlich wurden die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen 1968 in der zweiten Verfassung der DDR festgeschrieben.
Einer der Interessenschwerpunkte Ulbrichts war die wissenschaftliche Leitung der Wirtschaft und Politik (oder Technokratie), unter anderem mittels ökonomischer Kybernetik, Elementen der Psychologie und Soziologie, vor allem aber unter stärkerer Beachtung naturwissenschaftlich-systemtechnischer Grundlagen. Basis der ökonomischen Kybernetik sollten eine umfassende Computerisierung und der Ausbau der Elektronischen Datenverarbeitung sein.[40] Das NÖS sah auch die Verbindung der Ökonomie mit der Wissenschaft vor, was in der Praxis hieß, dass mehr und mehr Fachleute die wichtigen Entscheidungen trafen und einzelne Betriebe und Unternehmen eine größere Selbständigkeit erlangten. Im Frühjahr 1972 bestanden noch etwa rund 11.400 mittelständische Betriebe in der DDR, unter ihnen circa 6500 halbstaatliche Betriebe, die insbesondere Konsumgüter und Dienstleistungen anboten, was von vielen Mitgliedern der SED nicht gern gesehen wurde. Ulbricht verhalf der DDR zu einer wichtigen Rolle bei der Devisenbeschaffung für den RGW, indem durch Tauschhandel finanzierte Erzeugnisse und Rohstofflieferungen aus RGW-Staaten im innerdeutschen Handel mit der Bundesrepublik zu Sonderkonditionen ins westliche Ausland verkauft wurden. Vergeblich trieb Ulbricht auf höchster Ebene die Erdölprospektion in der DDR voran, um gegenüber der damals noch über 30 % ihres Erdölbedarfs selbst fördernden Bundesrepublik aufzuholen. Sein Versuch, die Abhängigkeit von der Sowjetunion zu vermindern, scheiterte 1965 nach kontroversen Verhandlungen; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Erich Apel erschoss sich daraufhin. Danach kam es innerhalb der SED zu größerem Widerstand gegen das NÖS. Der Führer dieser Opposition, die sich der Unterstützung Breschnews erfreute, war Erich Honecker, der wiederum auf die Stimmen zahlreicher Parteimitglieder hoffen konnte und 1972 eine letzte große Verstaatlichungswelle durchsetzte.

Außenpolitische Positionen - Ulbricht ignorierte „Widersprüche im Sozialismus", etwa bei den real vergleichsweise schlechten Beziehungen der DDR zu den kleineren „Bruderstaaten" im RGW. Sein dafür verwendeter Begriff „sozialistische Menschengemeinschaft" wurde nach seinem Tod schnell fallengelassen. Wichtig und entscheidend für die DDR wie auch die politische Karriere Ulbrichts selbst war das Verhältnis zur Sowjetunion. Mit Hinweis auf die vergleichsweise großen wirtschaftlichen Erfolge im RGW propagierte Ulbricht Ende der 60er Jahre das „Modell DDR" als Vorbild aller entwickelten realsozialistischen Industriegesellschaften und geriet darüber in ideologische Konflikte mit der KPdSU. Der Niederschlagung des Prager Frühlings stand Ulbricht wiederum positiv gegenüber. Dem tschechoslowakischen Botschafter hatte er vorher vorgeworfen, mit ihrer entschiedenen Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit würde die KSČ den anderen sozialistischen Staaten in den Rücken fallen: „Jetzt liefern Sie das Material für den psychologischen Krieg des Imperialismus gegen den Sozialismus. Jeden Tag bekommt die Weltpresse von Ihnen Material für den Kampf gegen das sozialistische Weltsystem. Während […] in Westdeutschland die Jugendlichen mutig auftreten, vom Imperialismus geschlagen und getötet werden, liefern Sie Material über den ‚Terror der Kommunisten'. […] Das ist zuviel, das ist schlimmer als zu Zeiten Chruschtschows." Damit meinte Ulbricht die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und dem damit verbundenen Personenkult, gegen die er selbst sich verwahrte, da er seine Position gefährdet sah. Beim Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR und der militärischen Zerschlagung der Reformbewegung, die als „Konterrevolution" oder „Sozialdemokratismus" denunziert wurde, nahm die Nationale Volksarmee nicht teil, auch wenn die offizielle DDR-Propaganda bis Ende der 1980er Jahre behauptete, sie hätte an der Invasion teilgenommen. Auf Ulbricht geht der Standpunkt der DDR-Führung zurück, dass es normale diplomatische Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland nur geben könne, wenn beide Staaten die volle Souveränität des jeweils anderen Staates anerkannten (Ulbricht-Doktrin). Dies stand im Gegensatz zur bundesdeutschen Hallstein-Doktrin, der zufolge die Bundesrepublik die Kontakte zu einem Staat abbricht, der die DDR anerkennt.

Entmachtung - Ab 1969 kam es zu Streitigkeiten mit Mitgliedern des Politbüros der SED zur weiteren Wirtschafts- und Außenpolitik der DDR. Ulbricht war im Rahmen der Entspannungspolitik von Bundeskanzler Willy Brandt (Kanzler seit Herbst 1969, Kabinett Brandt I) bereit, die Verhandlungen mit der Bundesrepublik über eine staatsrechtliche Anerkennung zurückzustellen (beispielsweise auf den Austausch von Botschaftern zu verzichten). Er erhoffte sich von der neuen Entspannungspolitik der Bundesregierung wirtschaftliche Vorteile für die DDR. Da die Mehrheit im Politbüro nicht dieser Meinung folgte, kam es ab 1970 zur Schwächung seiner Position in der Partei. Die Unterstützung der sowjetischen Führung unter Leonid Breschnew verlor er aber bereits ab 1967, als er die These aufstellte, die DDR befinde sich auf dem Weg in das „entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus" und dies stelle eine eigenständige Gesellschaftsform dar. Hierbei wollte er auch mit der KPdSU „gleichziehen", die behauptete, sie habe in der Sowjetunion den Sozialismus bereits realisiert und befinde sich auf dem Weg zum Kommunismus. Damit stellte Ulbricht einen Monopolanspruch der KPdSU auf deren Auslegung der marxistisch-leninistischen Grundsätze in Frage und beanspruchte für die SED bzw. für die DDR, ein Vorbild für die anderen Ostblockstaaten bei der Verwirklichung des Sozialismus in einem industrialisierten Land zu sein. Dafür wurde er von der sowjetischen Parteiführung und Gesellschaftswissenschaftlern stark kritisiert. Bei einem Gespräch zwischen Breschnew und Erich Honecker am 28. Juli 1970 in Moskau wurde vereinbart, dass Ulbricht die Macht in der DDR abzugeben habe. Bei der 14. Tagung des SED-Zentralkomitees vom 9. bis 11. Dezember 1970 wurde dann über die Wirtschaftspolitik diskutiert und die akuten Versorgungsprobleme, welche man für die schlechte Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der SED verantwortlich machte, allein auf die Politik Ulbrichts geschoben. Zugleich wurden sein Führungsstil und seine Alleingänge in der Deutschlandpolitik kritisiert. Am 21. Januar 1971 schrieben dann 13 (der damals 20) Mitglieder und Kandidaten des Politbüros der SED einen siebenseitigen geheimen Brief an Breschnew. Mitverfasser dieses als „Geheime Verschlusssache" deklarierten Briefes waren u. a. Willi Stoph, Erich Honecker und Günter Mittag. In diesem stellten sie dar, dass Ulbricht nicht mehr in der Lage sei, die wirtschaftlichen und politischen Realitäten

richtig einzuschätzen, und mit seiner Haltung gegenüber der Bundesrepublik eine Linie verfolge, die das zwischen der SED und der KPdSU abgesprochene Vorgehen empfindlich störe. Sie schlugen Breschnew vor, die Entmachtung Ulbrichts in der Art vorzunehmen, wie zwischen Honecker und ihm im Juli 1970 besprochen. Am 29. März 1971 reiste Ulbricht letztmals, ohne das zu wissen, an der Spitze einer SED-Delegation zum XXIV. Parteitag der KPdSU nach Moskau. In seiner Grußrede am 31. März 1971 erinnerte er die dortigen Delegierten daran, dass er zu den wenigen Anwesenden zähle, die Lenin noch persönlich gekannt hätten, und stellte die DDR als Modell für die industriell entwickelten sozialistischen Länder dar. Angesichts der bekannten Probleme in der DDR wurden seine Äußerungen jedoch von den Zuhörern in einer Mischung aus Skepsis und Empörung aufgenommen. Bei persönlichen Gesprächen legte Breschnew Ulbricht den Rücktritt nahe; er machte ihm klar, dass Ulbricht mit keiner weiteren Unterstützung durch die Sowjetunion zu rechnen habe und dass auch die Mehrheit des Politbüros der SED gegen ihn stand. Schließlich putschte sich Honecker mit sowjetischem Einverständnis an die Macht: Nach Darstellung von Ed Stuhler habe er seine Personenschützer angewiesen, Maschinenpistolen mitzunehmen, und sei mit ihnen zu Ulbrichts Sommerresidenz in Dölln gefahren. Dort habe er alle Tore und Ausgänge besetzen, die Telefonleitungen kappen und Ulbricht zwingen lassen, ein Rücktrittsgesuch an das Zentralkomitee zu unterschreiben.

Grabstätte - Am 3. Mai 1971 erklärte Ulbricht gegenüber dem Zentralkomitee der SED „aus gesundheitlichen Gründen" seinen Rücktritt von fast allen seinen Ämtern. Wie bereits in den Absprachen mit Breschnew vorgesehen, wurde als Nachfolger der 58-jährige Erich Honecker nominiert. Dieser wurde dann auch auf dem VIII. Parteitag der SED (15. bis zum 19. Juni 1971 in Ost-Berlin) zum Ersten Sekretär des ZK gewählt. Noch zu seinen Lebzeiten begann die Tilgung des Namens Walter Ulbricht aus der DDR-Geschichtsschreibung und dem öffentlichen Leben, wie mit dem Ende der Dauer-briefmarkenserie „Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht" (1971), mit der Entfernung seines Namens aus der Bezeichnung der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam (1972) und anderen Umbenennungen von Betrieben, Institutionen und Einrichtungen. Einzig das relativ einflusslose Amt des Vorsitzenden des Staatsrates behielt Ulbricht bis an sein Lebensende. Außerdem erhielt er das neu geschaffene Ehrenamt des „Vorsitzenden der SED". Er starb am 1. August 1973 im Gästehaus der Regierung der DDR am Döllnsee, während in Ost-Berlin die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten ohne Unterbrechung weitergingen. Sie waren im „Stadion der Weltjugend" eröffnet worden, das wenige Tage zuvor noch „Walter-Ulbricht-Stadion" geheißen hatte. Ulbricht erhielt ein Staatsbegräbnis: Der Staatsakt am frühen Nachmittag des 7. August 1973 fand im Festsaal des Staatsratsgebäudes statt, und Honecker hielt die Gedenk-ansprache. Auf einer Lafette wurde der Sarg Ulbrichts dann am späten Nachmittag durch ein Ehrenspalier der Nationalen Volksarmee in das Krematorium Berlin-Baumschulenweg überführt. Soldaten hatten entlang der Straße Aufstellung genommen, auch Werktätige waren aus Betrieben an die Strecke beordert worden. Am 17. September wurde Ulbrichts Urne im Rondell der *Gedenkstätte der Sozialisten* auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt.  Angesichts der von ihr abgelehnten Glasnost- und Perestroikapolitik der KPdSU begann die SED Mitte der 1980er Jahre die geschichtliche Rolle Ulbrichts in positivem Sinn zu bewerten.

Personenkult - Ulbricht war mit seiner geringen Statur von 1,65 Metern, seiner möglicherweise auf ein seit mindestens 1925 bestehendes Kehlkopfleiden zurück-gehenden Fistelstimme mit sächsischem Zungenschlag, seinem Mangel an rhetorischer Begabung, seiner Neigung, Sätze mit der Bestätigungsfloskel „ja?" zu beenden, und seinem grundsätzlich misstrauischen Charakter ein ausgesprochen uncharismatischer Politiker. Nachdem Versuche in den frühen 1950er Jahren, ihn dennoch als charis-matischen Führer aufzubauen, am Desinteresse des Publikums gescheitert waren, ging die DDR-Führung dazu über, dieses Charisma wenigstens zu behaupten: „Nicht die Gewinnung von Charisma war bald das Ziel der Ulbricht-Propaganda, sondern die bloße Darstellung von Charisma", schreibt der Historiker Rainer Gries.

Noch zu Lebzeiten Ulbrichts, besonders in den 1950er Jahren, wurden in der DDR Betriebe, Einrichtungen und Sportstätten nach ihm benannt, so die Leuna-Werke und das Synthesewerk Schwarzheide, die Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft

und das spätere Stadion der Weltjugend in Berlin. Die Deutsche Post ersetzte ab 1961 ihre Dauerbriefmarkenserie „Präsident Wilhelm Pieck" durch eine mit dem Porträt Ulbrichts. Bildnisse seiner Person hingen in Behörden, Schulen, Wohnheimen und in volkseigenen Betrieben. Noch 1956, im Jahr der beginnenden Entstalinisierung, kam das *Neue Deutschland* mit der Schlagzeile heraus: „Mit Walter Ulbricht für das Glück des Menschen."
Besonders zu Ulbrichts runden Geburtstagen 1958, 1963 und 1968 wurde ein regelrechter Personenkult um ihn getrieben. Die Feierlichkeiten zu seinem 60. Geburtstag am 30. Juni 1953 fielen allerdings im Zuge der Krise um den Aufstand vom 17. Juni 1953 aus: Bereits gedruckte Prachtbände wurden eingestampft, ein fertig abgedrehter Propagandafilm über sein Leben, getextet von Stephan Hermlin, kam nicht in die Kinos und eine Briefmarke mit seinem Bild nicht zur Ausgabe. Zu den anderen Terminen aber folgte die DDR-Propaganda dem sowjetischen Vorbild und den Personenkulten um Lenin und Stalin. Nun wurde seine Herkunft aus der Arbeiterklasse betont, er wurde als „‚des neuen Lebens Fundament'" (Johannes R. Becher) gepriesen, als „Arbeiter-Genius" und „Herr der Zeiten": „Die Deutsche Demokratische Republik erblickt in ihm ein Vorbild an Fleiß, Energie, Arbeitskraft – als menschlichen Inbegriff unschätzbarer Errungenschaft. Das Aufbauwerk des Sozialismus grüßt dich als einen seiner hervorragendsten Erbauer. Und wir alle, die wir die Heimat lieben, und wir alle, die wir den Frieden lieben, lieben dich, Walter Ulbricht, den deutschen Arbeitersohn."
Zu seinem 70. Geburtstag am 30. Juni 1963 veranstaltete die DDR grandiose Feierlichkeiten, zu denen auch Nikita Chruschtschow anreiste, um den „Schöpfer des sozialistischen deutschen Wunders" zu ehren. Hier und in mehreren Biographien über ihn, die in den 1960er Jahren erschienen, wurde er als Kämpfer gegen den Faschismus, als guter Deutscher und ganz allgemein als guter Mensch gerühmt. Besonders hervorgehoben wurde seine enge Verbundenheit mit dem Volk, das ihm voll und ganz vertraue. Als sein Credo wurde formuliert: „Aus dem Volk – mit dem Volk – für das Volk". Erich Honecker brachte diese Identifikation von Staatsratsvorsitzendem und Staat 1961 auf die Formel: „Ulbricht wird siegen. Und Ulbricht – das sind wir alle".
Ulbricht wurde mit allen hochrangigen zivilen Orden und Ehrenzeichen der DDR ausgezeichnet. Hinzu kamen noch hochrangige sowjetische Ehrungen:
Held der Arbeit (1953, 1958, 1963)
Karl-Marx-Orden (1953, 1968)
Vaterländischer Verdienstorden (1954)
Banner der Arbeit (1960)
Held der Sowjetunion (1963)
Leninorden (1963)
Ehrenbürgerschaften
Leipzig (1958), 1990 aberkannt
Berlin (1963), 1992 aberkannt.

**Erich Ernst Paul Honecker** (* 25. August 1912 in Neunkirchen (Saar); † 29. Mai 1994 in Santiago de Chile) war ein deutscher kommunistischer Politiker. Vom 3. Mai 1971 bis zum 18. Oktober 1989 war er Erster Sekretär bzw. Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Er war als Vorsitzender des

Staatsrats und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats der Politiker mit den höchsten Ämtern der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und vertrat den Staat völkerrechtlich.

Generalsekretär des Zentralkomitees der SED

Während Ulbricht mit dem Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung die Wirtschaftspolitik ins Zentrum gerückt hatte, um damit den Aufbau und die technologische und systemorientierte Weiterentwicklung der ökonomischen Basis voran zu bringen, deklarierte Honecker die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" zur Hauptaufgabe und leitete damit einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel ein. Um sich seines Kritikers vor dem VIII. Parteitag 1971 zu entledigen, wurde Honecker auf einer außerordentlichen Politbürositzung am 1. Juli 1970 durch Ulbricht von der inoffiziellen Funktion des Leiters des Sekretariats des ZK suspendiert. Leonid Breschnew ließ ihn diesen nicht mit ihm abgestimmten Beschluss auf der Politbürositzung am 7. Juli 1970 rückgängig machen. Nachdem sich Honecker der Unterstützung durch die sowjetische Führung vergewissert hatte, unterschrieben 13 von 20 Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros einen unter Honeckers Federführung verfassten und auf den 21. Januar 1971 datierten Brief an Breschnew, in dem sie Ulbrichts Absetzung forderten. Am 26. April 1971 fuhr Honecker, begleitet von mit Maschinenpistolen bewaffneten Personen der „Hauptabteilung Personenschutz" zum Sommersitz Ulbrichts nach Groß Dölln. Dort ließ er alle Tore und Ausgänge besetzen, die Telefonleitungen kappen und zwang Ulbricht, ein Rücktrittsgesuch an das Zentralkomitee zu unterschreiben. Honecker wurde am 3. Mai 1971 als Nachfolger Ulbrichts *Erster Sekretär* (ab 1976 *Generalsekretär*) des Zentralkomitees der SED. Wirtschaftliche Probleme und Unmut in den Betrieben spielten eine große Rolle bei diesem Machtwechsel. Nachdem er 1971 auch im Nationalen Verteidigungsrat als Vorsitzender Ulbrichts Nachfolge angetreten hatte, wählte ihn die Volkskammer am 29. Oktober 1976 schließlich auch zum Vorsitzenden des Staatsrats. Damit hatte Honecker die höchsten Staatsämter in Personalunion inne. Von nun an entschied er gemeinsam mit dem SED-Chefideologen, Kurt Hager, dem ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen, Günter Mittag, und dem Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, alle maßgeblichen Fragen. Bis zum Herbst 1989 stand die „kleine strategische Clique" aus diesen vier Männern unangefochten an der Spitze der herrschenden Klasse der DDR, der zunehmend vergreisenden Monopolelite der etwa 520 Staats- und Parteifunktionäre. Nach Einschätzung des Historikers Martin Sabrow erlangte Honecker gemeinsam mit diesen dreien eine „Machtfülle wie kein anderer Herrscher in der jüngeren deutschen Geschichte, Ludendorff und Hitler eingeschlossen", weshalb er ihn als „Diktator" beschreibt. Unter Honecker entwickelte sich das Politbüro rasch zu einem Kollektiv von kritiklosen, unterwürfigen Vollstreckern und Ja-Sagern. Honecker beantwortete Eingaben von Bürgern immer schnell, weshalb ihn Sabrow in Anlehnung an den aufgeklärten Absolutismus als „obersten Kümmerer seines Staats" bezeichnet. Honeckers engster persönlicher Mitarbeiter war der ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda, Joachim Herrmann. Mit ihm führte er tägliche Besprechungen über die Medienarbeit der Partei, in denen auch das Layout des Neuen Deutschlands und die Abfolge der Meldungen in der Aktuellen Kamera festgelegt wurden. Auf schlechte Nachrichten über den Zustand der Wirtschaft reagierte er, indem er etwa 1978 das *Institut für Meinungsforschung* schließen ließ.[28] Große Bedeutung maß Honecker auch dem Feld der Staatssicherheit bei, das er einmal in der Woche jeweils nach der Sitzung des Politbüros mit Erich Mielke durchsprach. Honeckers langjährige Sekretärin war Elli Kelm.

Während seiner Amtszeit wurde der Grundlagenvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland ausgehandelt. Außerdem nahm die DDR an den KSZE-Verhandlungen in Helsinki teil und wurde als Vollmitglied in die UNO aufgenommen (→ Deutschland in den Vereinten Nationen). Diese diplomatischen Erfolge gelten als die größten außenpolitischen Leistungen Honeckers.

Am 31. Dezember 1982 versuchte der Ofensetzer Paul Eßling, die Autokolonne Honeckers zu rammen, was in westlichen Medien als Attentat dargestellt wurde.

Innenpolitisch zeichnete sich anfangs eine Liberalisierungstendenz vor allem im Bereich der Kultur und Kunst ab, die aber weniger durch den Personalwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker hervorgerufen wurde, sondern Propagandazwecken im Rahmen der 1973 ausgetragenen X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten diente. Nur wenig

später erfolgten die Ausbürgerung von Regimekritikern wie Wolf Biermann und die Unterdrückung innenpolitischen Widerstands durch das Ministerium für Staatssicherheit. Zudem setzte Honecker sich für den weiteren Ausbau der innerdeutschen Staatsgrenze mit Selbstschussanlagen und den rücksichtslosen Schusswaffengebrauch bei Grenzdurchbruchsversuchen ein. 1974 sagte er dazu, „es sind die Genossen, die die Schußwaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen." Wirtschaftspolitisch wurde unter Honecker die Verstaatlichung und Zentralisierung der Wirtschaft vorangetrieben. Neuere ökonomische und systemtheoretische Erkenntnisse in den Bereichen Heuristik, ökonomische Kybernetik, Operationsforschung und Organisationsentwicklung wurden aus ideologischen Gründen abgelehnt und verworfen, auch wenn damit erhebliche Nachteile in der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden waren. Die schwierige wirtschaftliche Lage zwang zur Aufnahme von Milliardenkrediten von der Bundesrepublik Deutschland, um den Lebensstandard halten zu können.

Die Londoner Financial Times sah Honecker 1981 auf der Höhe seiner Popularität und stellt diesen Vergleich zum damaligen Bundeskanzler auf:

„Wenn Helmut Schmidt, der westdeutsche Kanzler, zu Deutschlands besten Rednern gehört, so muss Erich Honecker einer der am wenigsten begabten sein. Sich seiner hohen Singsang-Stimme auszusetzen, die die Litanei der ostdeutschen Kommunistischen Partei beschwört, ohne auch nur einen Hauch von Emotion in seinem Gesicht, kann eine sterbenslangweilige Erfahrung sein."

1981 empfing er Bundeskanzler Helmut Schmidt im Jagdhaus Hubertusstock am Werbellinsee. Honeckers Einschätzung, die DDR habe „wirtschaftlich Weltklasseniveau erreicht und gehöre zu den bedeutendsten Industrienationen der Welt", kommentierte Schmidt später mit dem Verdikt vom „Mann von beschränkter Urteilskraft". Trotz der Wirtschaftsprobleme brachten Honecker die 1980er Jahre vermehrte internationale Anerkennung, insbesondere als er am 7. September 1987 die Bundesrepublik Deutschland besuchte und durch Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn empfangen wurde. Auf seiner Reise durch die Bundesrepublik kam er nach Düsseldorf, Wuppertal, Essen, Trier, Bayern sowie am 10. September in seinen Geburtsort im Saarland. Hier hielt er eine emotionale Rede, in der er davon sprach, eines Tages würden die Grenzen die Menschen in Deutschland nicht mehr trennen. Diese Reise war seit 1983 geplant gewesen, wurde jedoch damals von der sowjetischen Führung blockiert, da man dem deutsch-deutschen Sonderverhältnis misstraute. 1988 war Honecker unter anderem auf Staatsbesuch in Paris. Sein großes Ziel, welches er aber nicht mehr erreichte, war ein offizieller Besuch in den USA. Er setzte deshalb in den letzten Jahren der DDR auf ein positives Verhältnis zum Jüdischen Weltkongress als möglichem „Türöffner".

Sturz und Rücktritt

Auf dem Gipfeltreffen des Warschauer Paktes in Bukarest am 7. und 8. Juli 1989 im Rahmen des „Politisch-Beratenden Ausschusses" der RGW-Staaten des Warschauer Paktes gab die Sowjetunion offiziell die Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität der Mitgliedsstaaten auf und verkündete die „Freiheit der Wahl": Die Beziehungen untereinander sollten künftig, wie es im Bukarester Abschlussdokument heißt, „auf der Grundlage der Gleichheit, Unabhängigkeit und des Rechtes eines jeden Einzelnen, selbstständig seine eigene politische Linie, Strategie und Taktik ohne Einmischung von außen auszuarbeiten" entwickelt werden. Die sowjetische Bestandsgarantie für die Mitgliedsstaaten war damit in Frage gestellt. Honecker musste seine Teilnahme an dem Treffen abbrechen; am Abend des 7. Juli 1989 wurde er mit schweren Gallenkoliken in das rumänische Regierungskrankenhaus eingeliefert und dann nach Berlin ausgeflogen. Im Regierungskrankenhaus Berlin-Buch entfernte man ihm am 18. August 1989 die Gallenblase und einen Abschnitt des Dickdarms. Während der Operation wurde ein Nierentumor entdeckt, doch die Ärzte wagten es nicht, Honecker darüber zu unterrichten. Erst im September 1989 tauchte Honecker abgemagert und vergreist wieder im Politbüro auf. Währenddessen leitete Günter Mittag die wöchentlichen Sitzungen des Politbüros. Lediglich im August 1989 nahm Honecker einige Termine wahr. So erklärte er am 14. August 1989 bei der Übergabe der ersten Funktionsmuster von 32-Bit-Prozessoren durch das Kombinat Mikroelektronik Erfurt: *„Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf."*

Aber in den Städten der DDR wuchsen Zahl und Größe der Demonstrationen, und auch die Zahl der DDR-Flüchtlinge über die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Budapest und über die Grenzen der „sozialistischen Bruderstaaten" nahm stetig zu, monatlich waren es mehrere Zehntausend. Die ungarische Regierung öffnete am 19. August 1989 an einer Stelle und am 11. September 1989 überall die Grenze zu Österreich. Allein hierüber reisten Zehntausende von DDR-Bürgern über Österreich in die Bundesrepublik aus. Die ČSSR erklärte den Zustrom der DDR-Flüchtlinge für inakzeptabel. Am 3. Oktober 1989 schloss die DDR faktisch ihre Grenzen zu den östlichen Nachbarn, indem sie den visafreien Reiseverkehr in die ČSSR aussetzte; ab dem nächsten Tag wurde diese Maßnahme auch auf den Transitverkehr nach Bulgarien und Rumänien ausgedehnt. Die DDR war dadurch nicht nur wie bisher durch den Eisernen Vorhang nach Westen abgeriegelt, sondern nun auch noch gegenüber den meisten Staaten des Ostblocks. Proteste von DDR-Bürgern bis hin zu Streikandrohungen aus den grenznahen Gebieten zur ČSSR waren die Folge.
Die Beziehung zwischen Honecker und dem Generalsekretär der KPdSU und Präsidenten der UdSSR Gorbatschow war schon seit Jahren gespannt: Honecker hielt seine Politik der Perestroika und Kooperation mit dem Westen für falsch und fühlte sich von ihm speziell in der Deutschlandpolitik hintergangen. Er sorgte dafür, dass offizielle Texte der UdSSR, vor allem solche zum Thema Perestroika, in der DDR nicht mehr veröffentlicht oder in den Handel gebracht werden durften. Am 6. und 7. Oktober 1989 fanden die Staatsfeierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR in Anwesenheit von Michail Gorbatschow statt, der mit „Gorbi, Gorbi, hilf uns"-Rufen begrüßt wurde. In einem Vieraugengespräch der beiden Generalsekretäre pries Honecker die Erfolge des Landes. Gorbatschow wusste aber, dass die DDR in Wirklichkeit vor der Zahlungsunfähigkeit stand.
Die für Ende November 1989 geplante Sitzung des ZK der SED wurde auf Ende der Woche vorgezogen, dringendster Tagesordnungspunkt: die Zusammensetzung des Politbüros. Per Telefon versuchten Krenz und Erich Mielke am Abend des 16. Oktober, weitere Politbüromitglieder für die Absetzung Honeckers zu gewinnen. Zu Beginn der Sitzung des Politbüros vom 17. Oktober 1989 fragte Honecker routinemäßig: „Gibt es noch Vorschläge zur Tagesordnung?" Willi Stoph meldete sich und schlug als ersten Punkt der Tagesordnung vor: „Entbindung des Genossen Honecker von seiner Funktion als Generalsekretär und Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär". Honecker schaute zuerst regungslos, fasste sich aber rasch wieder: „Gut, dann eröffne ich die Aussprache." Nacheinander äußerten sich alle Anwesenden, doch keiner machte sich für Honecker stark. Günter Schabowski erweiterte sogar den Antrag und forderte die Absetzung Honeckers auch als Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. Selbst Günter Mittag rückte von ihm ab. Alfred Neumann wiederum forderte die Ablösung von Günter Mittag und von Joachim Herrmann. Angeblich soll Erich Mielke Honecker für fast alle aktuellen Missstände in der DDR verantwortlich gemachtund Honecker schreiend gedroht haben, kompromittierende Informationen, die er besitze, herauszugeben, falls Honecker nicht zurücktrete. Nach drei Stunden fiel der einstimmige Beschluss des Politbüros. Honecker votierte, wie es Brauch war, für seine eigene Absetzung. Dem ZK der SED wurde vorgeschlagen, Honecker, Mittag und Herrmann von ihren Funktionen zu entbinden.
Bei der ZK-Sitzung am folgenden Tag waren 206 Mitglieder und Kandidaten anwesend. Lediglich 16 fehlten, darunter Margot Honecker. Das ZK folgte der Empfehlung des Politbüros. Die einzige Gegenstimme kam von der 81-jährigen Hanna Wolf, der früheren Direktorin der Parteihochschule „Karl Marx". Öffentlich hieß es: „Das ZK hat der Bitte Erich Honeckers entsprochen, ihn aus gesundheitlichen Gründen von der Funktion des Generalsekretärs, vom Amt des Staatsratsvorsitzenden und von der Funktion des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zu entbinden." Egon Krenz wurde per Akklamation einstimmig zum neuen Generalsekretär der SED gewählt. Am 20. Oktober 1989 musste auch Margot Honecker von ihren Ämtern zurücktreten.

**Margot Honecker** (geb. **Feist**; * 17. April 1927 in Halle an der Saale; † 6. Mai 2016 in Santiago de Chile) war von 1963 bis 1989 Ministerin für Volksbildung der DDR. Sie war die dritte Ehefrau von Erich Honecker. Nach dem Ende der DDR floh sie mit ihrem Mann

zunächst nach Moskau, 1992 gewährte ihr die chilenische Regierung Asyl. Sie lebte bis zu ihrem Tode in einem Vorort von Santiago de Chile.

Politische Karriere in der SED

1945 trat Margot Feist der KPD bei. Mit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD wurde sie 1946 Mitglied der SED und arbeitete als Stenotypistin beim FDGB-Landesvorstand von Sachsen-Anhalt.

Mit 19 Jahren absolvierte sie ihre ersten FDJ-Lehrgänge; 1946 wurde sie Mitglied des Sekretariats des FDJ-Kreisvorstandes von Halle und FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda. 1948 war sie Leiterin der Abteilung für Kultur und Erziehung sowie Sekretärin für Kultur und Erziehung im FDJ-Landesvorstand Sachsen-Anhalt. 1949 war sie Sekretärin des Zentralrates der FDJ und Vorsitzende der Pionierorganisation *Ernst Thälmann*. Mit 21 gehörte sie zu den jüngsten Mitgliedern des Deutschen Volkskongresses. Nach der Gründungsversammlung der DDR war sie ab 1949 Abgeordnete der Volkskammer der DDR.

1954 kam sie auf Wunsch Walter Ulbrichts ins Ministerium für Volksbildung (MfV), wo sie die Abteilung Organisation im Bereich der Lehrerbildung leitete. Durch einen neuen Ideologieschub wurden in der Volksbildung und in den Erziehungswissenschaften Maßregelungen eingesetzt, mit denen die seit Mitte der 1950er Jahre aufkommenden Reformbestrebungen und Liberalisierungstrends abgewürgt werden sollten. Infolgedessen wurden der Staatssekretär Fritz Lange und der Minister Hans-Joachim Laabs unter dem Vorwurf des „Revisionismus" und „Dogmatismus" abgelöst, und Alfred Lemmnitz erhielt den Ministerposten. Margot Honecker stieg zum stellvertretenden Minister des MfV auf, und in der Folge gelangten Personen aus dem Partei- und FDJ-Apparat in Leitungsfunktionen des Ministeriums, denen es an Fachkompetenz mangelte. 1963 räumte Lemmnitz den Ministerstuhl, und sie wurde und blieb *Minister für Volksbildung* bis 1989. Ab 1963 gehörten ausschließlich SED-Mitglieder zu ihrem Führungsstab, allen voran Staatssekretär Werner Lorenz, den sie aus Karl-Marx-Stadt nach Berlin holte und dem der Ruf vorauseilte, „ihr Mann fürs Grobe und Verbindungsmann zur Stasi zu sein".

Ab 1963 krempelte sie das Bildungssystem in der DDR ideologisch im Sinne der orthodoxen Lehre des Realsozialismus um, indem sie ein flächendeckendes Einheitsschulsystem, bestehend aus polytechnischen und erweiterten Oberschulen einführte. Honecker war hauptverantwortlich dafür, dass Kinder, deren Eltern wegen „ungesetzlichen Grenzübertritts" oder „Spionage" inhaftiert worden waren, oft ohne die Einwilligung der Eltern, zur Zwangsadoption freigegeben wurden. Oft leitete sie Beschwerden an ihr Ministerium direkt an das MfS weiter.

Als neu ernannte Bildungsministerin nahm Margot Honecker weder die ZK-Abteilung Volksbildung, als oberste Kontrollinstanz für die Bildungspolitik der SED, noch deren Leiter Lothar Oppermann sonderlich ernst. Der Machtantritt ihres Mannes im Mai 1971 brachte ihr schließlich einen Zuwachs an Machtfülle und Autorität, der ihre Kompetenzen als Ministerin weit überstieg. Dadurch wurden ihre bildungspolitischen Entscheidungen nahezu unangreifbar. Wiederholt beschwerte sich der Abteilungsleiter Oppermann bei ihr und bemängelte ihren autokratischen Führungsstil, was sie jedoch verhallen ließ. Zielstrebig hatte sie seit ihrem Amtsantritt 1963 darauf hingewirkt, jeglichen Einfluss auf das Schulwesen seitens des für das Bildungswesen zuständigen ZK-Sekretärs, Kurt Hager, zu schmälern und ganz zu unterbinden. Schließlich schaffte es Margot Honecker, die Volksbildung zum einzigen Ressort zu machen, in dem ein Ministerium den Vorrang vor der zugehörigen ZK-Abteilung und sogar dessen ZK-Sekretär hatte. Sie misstraute allem Westlichen, aber auch Mitgliedern in den eigenen Reihen, hatte Vorbehalte gegenüber den „bürgerlichen" Wissenschaften, erstickte risikoscheu neue Entwicklungen im Keim und ging argwöhnisch notwendigen Veränderungen aus dem Weg, um den Status quo beizubehalten. Unter ihrer Leitung entwickelte sich das *Ministerium für Volksbildung* nach Auffassung von Historikern zur letzten Hochburg des Spätstalinismus. Der Historiker Jürgen Kuczynski äußerte bezüglich kolportierter Kontroversen, inwieweit sie ihren Mann politisch maßgeblich beeinflussen könne: „Sie war klüger als er, aber ein Biest".

In einem System von Spezialheimen der Jugendhilfe, in denen in straff organisierten Jugendwerkhöfen mittels politisch-ideologischer Kollektiv- und Arbeitserziehung Jugendliche durch militärischen Drill und ein ausgeklügeltes System aus Lob und Strafe

zu sozialistischen Persönlichkeiten umgeformt werden sollten, war der einzige geschlossene Jugendwerkhof (GJWH) in Torgau ausschließlich dem Ministerium Margot Honeckers rechenschaftspflichtig. In dieser strafvollzugsähnlichen „Umerziehungsanstalt" wurden unangepasste, verhaltensauffällige und politisch widerständig gewordene Jugendliche durch tägliche Appelle, Drill und Strafen drangsaliert. Der GJWH war eine praktisch grundrechtsfreie gefängnisähnliche Disziplinierungsanstalt, in der Teenager willkürlich und ohne entsprechendes Strafurteil zwangseingewiesen und gefangen gehalten wurden, um sie durch Psychoterror, physische Gewalt und Isolationshaft nachhaltig zu widerspruchslosem Gehorsam zu zwingen.
1978 führte sie unter starken Protesten besonders von kirchlicher Seite und vieler Eltern den Wehrunterricht für Schüler der 9. und 10. Klasse ein, der eine paramilitärische Ausbildung an Waffen beinhaltete. Schüler, die sich kritisch gegen diesen Wehrunterricht äußerten, wurden mit Repressionen belegt. Die mit Auszeichnungen sehr freigiebige DDR bedachte Honecker unter anderem mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold (1964) und dem Karl-Marx-Orden (1977 und 1987). Die Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań (Polen) verlieh ihr am 18. Januar 1974 einen Ehrendoktortitel (Dr. h. c.).
In kirchlichen Kreisen galt Margot Honecker als noch fanatischer als ihr Mann. Mehrere Bitten von Bischöfen um Gespräche – beispielsweise über den Zwang zur politisch instrumentalisierten Jugendweihe, die Zustände in den Jugendwerkhöfen und den Wehrunterricht an Schulen – ignorierte sie.
Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse bezeichnete 2012 Margot Honecker als die neben Stasi-Chef Mielke meistgehasste Person des DDR-Regimes.] Da sie nur die Volksschule besucht hatte, brachte ihr ihre Funktion als *Ministerin für Volksbildung* den Spitznamen „Miss Bildung" ein. Viele DDR-Bürger standen ihr ablehnend gegenüber und verwendeten Spitznamen, die auf ihre (seit den 1970er Jahren) lila gefärbten Haare anspielten: „Blaue Eminenz", „Blaues Wunder" oder „Lila Drache" oder auch „Lila Hexe"
Perestroika
Margot Honecker war nicht einverstanden mit dem vom sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow 1986 eingeleiteten Perestroika-Prozess zum Umbau und zur Modernisierung des erstarrten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems der Sowjetunion und der damit einhergehenden Aufhebung der Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit (siehe: Glasnost) und der Demokratisierung in der Sowjetunion, der die Einführung erster Elemente der Marktwirtschaft folgte. Für Honecker war die vom Großen Bruder angepeilte Rede-, Presse- und Informationsfreiheit unerträglich; sie titulierte *Sputnik*, die Auslandszeitschrift der Sowjetunion, wegen seiner kritischen Berichterstattung als „Wurstblatt", das verboten gehöre.
Im Dezember 1988 wurde dann der postalische Vertrieb der deutschsprachigen Ausgabe des *Sputnik*-Magazins wegen vieler Enthüllungen zur Stalin-Ära eingestellt. Eine besondere Abneigung hegte Margot Honecker gegen Raissa Gorbatschowa, weshalb sie die Teilnahme an Veranstaltungen möglichst vermied, bei denen sie ihr hätte begegnen können. Als im Sommer 1989 DDR-Bürger in Massen über Ungarn in den Westen flüchteten, beschimpfte sie die Ungarn: „Die haben das ganze sozialistische Lager verraten. Es war ihnen ja nie zu trauen." Sie kommentierte die Massenflucht: „Ich verstehe das nicht. Sind die Leute so blöd? Die haben doch in der Schule gelernt, was Kapitalismus bedeutet." Die polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarność, die sich später in einer Volksbewegung gegen das herrschende Regime wandte und am politischen Übergangsprozess in Polen vom kommunistischen Machtapparat zur demokratischen Republik zwischen 1980 und 1989 entscheidend mitwirkte, bezeichnete sie als Verbrecherbande. Den Vorsitzenden der polnischen Gewerkschafter, Lech Wałęsa, dem 1983 der Friedensnobelpreis verliehen wurde, betrachtete sie als einen ausgemachten Verräter.
Rücktritt - Ende 1989 wurde sie in der Volkskammer vor einen Ausschuss zur Verantwortung gezogen, in dem ihr vorgeworfen wurde: „Sie habe über Jahrzehnte sachliche Redlichkeit und pädagogische Verantwortung der rund 300.000 DDR-Lehrer abgebaut und jede kreative Haltung der Schüler untergraben". Nachdem ihr Mann im Politbüro zu seinem Rücktritt gezwungen worden war, trat sie zwei Tage später, am 20. Oktober 1989, von ihren Ämtern zurück. Ihr Mann wurde am 3. Dezember 1989 aus der SED ausgeschlossen. Sie trat am 4. Februar 1990 aus der in PDS umbenannten SED aus.

Nachdem die von einer Beton-Sicherungsmauer umgebene Funktionärssiedlung bei Wandlitz, in der die Honeckers und die Mitglieder des SED-Zentralkomitees jahrzehntelang gewohnt hatten, zum 31. Januar 1990 aufgelöst worden war, wurde den Honeckers eine Berliner Mietwohnung angeboten. Sie schlugen das Angebot jedoch, ebenso wie andere Unterkünfte, die als Asyl-Objekte erwogen wurden, aus, da sie keine ausreichende Sicherheit vor dem Zorn des Volkes boten. Um die drohende Obdachlosigkeit abzuwenden, wandte sich Honeckers Rechtsanwalt Wolfgang Vogel um den Jahreswechsel 1989/90 hilfesuchend an die Kirchenleitung, die an Uwe Holmer, den Leiter der diakonischen Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal, verwies, wo Friedrich von Bodelschwingh der Ältere im Jahr 1905 eine Arbeiterkolonie für Obdachlose errichtet hatte. Da alle Plätze belegt waren, gewährte Pastor Holmer, nach Erich Honeckers kurzzeitiger Verhaftung Ende Januar 1990, dem Ehepaar in seinem Pfarrhaus zehn Wochen lang Unterkunft. Aufgrund von Bombendrohungen, Telefonterror und als Demonstranten drohten, das Pfarrhaus zu stürmen, wurde den Honeckers zwischenzeitlich ein Platz im Regierungsgästehaus in Lindow bei Neuruppin angewiesen, wo sie von einer aufgebrachten Menge fast gelyncht wurden. Schließlich gewährte man ihnen am 3. April 1990 einen Unterschlupf im zentralen Militärhospital der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in Beelitz.
Strafverfolgung - Nach der friedlichen Revolution in der DDR gab es Strafanzeigen gegen Margot Honecker mit dem Vorwurf, sie habe in Fällen von Inhaftierung politisch Unliebsamer oder bei Republikflucht Zwangsadoptionen von Kindern der Betroffenen angeordnet, die Kinder gegen deren Willen von ihren Eltern getrennt und zur Adoption an Fremde weitergegeben.
1993 gab es auch Strafanzeigen gegen Margot Honecker durch Bundestagsabgeordnete der SPD um Stephan Hilsberg und Margot von Renesse wegen der unmenschlichen Zustände in den Jugendwerkhöfen der DDR, hier insbesondere wegen des einzigen geschlossenen Jugendwerkhofs der DDR in Torgau (Sachsen). Strafanzeigen ehemaliger Insassen des GJWH Torgau ergingen zeitnah. Da ihre Taten teilweise verjährt waren, weil sie nicht innerhalb weniger Monate nach dem Ende des SED-Regimes angezeigt wurden, und sie sich durch ihre Flucht dem Zugriff der deutschen Justiz entzogen hatte, konnte Margot Honecker wegen der erzwungenen Adoptionen der Kinder von Regimekritikern und Flüchtlingen nie strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die Ermittlungsverfahren wurden von der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität im Frühjahr 1994 eingestellt. Einen Prozess gegen die Bundesrepublik Deutschland, in dem sie als Witwe um die Herausgabe des beschlagnahmten Vermögens des Ehepaars von rund 235.000 DDR-Mark (inflationsbereinigt für das Jahr 2019: 100.226 Euro) klagte, verlor sie am 14. Juni 1999 in letzter Instanz. Das Vermögen von DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker sei 1990 rechtmäßig eingezogen worden, da Erich Honecker es unter Ausnutzung seiner Stellung zu Unrecht erworben habe.
Flucht nach Moskau und Chile - Nachdem im Dezember 1990 erneut Haftbefehl gegen Erich Honecker ergangen war, wurden die beiden im März 1991 vom Flugplatz Sperenberg nach Moskau ausgeflogen. Aus Sorge vor einer Auslieferung nach Deutschland flüchteten sie dort im August 1991 in die chilenische Botschaft. Erich Honecker wurde im Juli 1992 doch nach Deutschland ausgeliefert und in Berlin vor Gericht gestellt; Margot Honecker reiste weiter nach Santiago de Chile zur Familie ihrer Tochter Sonja Yáñez Betancourt, geb. Honecker, die dort mit ihrem damaligen chilenischen Ehemann Leo Yáñez Betancourt und ihrem Sohn Roberto Yáñez Betancourt y Honecker wohnte. Nach der Einstellung seines Prozesses und seiner Freilassung aus deutscher Haft im Januar 1993 folgte ihr der damals bereits schwer erkrankte Ehemann nach Chile, wo er im Alter von 81 Jahren am 29. Mai 1994 an Leberkrebs starb.
Margot Honecker lebte in einem Haus in La Reina, einem Stadtteil im Osten von Santiago de Chile, mit ihrem Enkelsohn. Sie bezog monatlich rund 1500 Euro Pension inklusive Witwenrente vom deutschen Staat, für ihre Ministertätigkeit in der DDR, die sie als „unverschämt wenig" bezeichnete.
Von Chile aus reiste Honecker mehrfach auf offizielle Einladungen ins Ausland. 2005 nahm sie in Windhoek an den Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der Unabhängigkeit Namibias teil, bei denen auch der zweite Präsident des Landes Hifikepunye Pohamba ins Amt eingeführt wurde, und saß in der ersten Reihe der Ehrengäste. Am 19. Juli 2008 war

sie anlässlich des 29. Jahrestages der sandinistischen Revolution in Nicaraguas Hauptstadt Managua und nahm stellvertretend für ihren Mann von Staatspräsident Daniel Ortega den Orden für kulturelle Unabhängigkeit „Rubén Darío" entgegen. Im April 2011 nahm sie in Havanna als Ehrengast der kubanischen Regierung an der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Niederschlagung der Invasion in der Schweinebucht teil und stand während der Militärparade an der Seite von Präsident Raúl Castro.
Im Oktober 2009 tauchte im Internet ein Video auf, in dem sie mit einigen weiteren Personen den 60. Jahrestag der Gründung der DDR feiert. In ihrem 2012 erschienenen Buch *Zur Volksbildung. Gespräch / Margot Honecker* versuchte sie zu begründen, dass Schulkinder in der DDR im Unterricht Handgranatenwurf übten und in der neunten Klasse in Wehrlagern mit Kleinkalibergewehren trainierten. Diese Übungen seien für die spätere Landesverteidigung unverzichtbar gewesen. Eine Militarisierung der Schule habe es in der DDR aber nicht gegeben. Honecker äußerte außerdem, im Staatsbürgerkunde-Unterricht der DDR habe nur „Faktenvermittlung zur Herausbildung von Standpunkten" und „keine Agitation, keine Indoktrination" stattgefunden. Bildungsverbote für Andersdenkende, die trotz guter Noten kein Abitur machen durften oder von den Universitäten verwiesen wurden, waren ihren Worten nach nur „Einzelfälle". Sinn der Volksbildung sei es gewesen, Kinder und Jugendliche nicht „zu Gegnern des Sozialismus zu erziehen, sondern zu aktiven Mitstreitern und Gestaltern".
Im April 2012 wurde im Ersten die Dokumentation *Der Sturz – Honeckers Ende* von Eric Friedler ausgestrahlt, die längere Passagen aus drei im Herbst 2011 mit Margot Honecker geführten Interviews enthielt. Hier verteidigte sie den Sozialismus und die Staatssicherheit als Notwendigkeit zu dessen Schutz und äußerte, dass es keinen Mauertoten hätte geben müssen („Die brauchten ja nicht über die Mauer zu klettern, um diese Dummheit mit dem Leben zu bezahlen"). Traumatisierte Opfer der Jugendwerkhöfe nannte sie „bezahlte Banditen". Sie äußerte, es habe die DDR nicht umsonst gegeben und mit ihr sei ein Keim gelegt worden, der irgendwann aufgehen werde.
Margot Honecker war Ehrenmitglied der KPD. Sie starb am 6. Mai 2016 im Alter von 89 Jahren in Santiago de Chile an einem Krebsleiden.

Erich Mielke

**Erich Fritz Emil Mielke** (* 28. Dezember 1907 in Berlin; † 21. Mai 2000 ebenda) war ein deutscher kommunistischer Politiker. Er war ab 1946 einer der Hauptverantwortlichen für den Ausbau der Sicherheitsorgane der SBZ/DDR zu einem flächendeckenden Kontroll-, Überwachungs- und Unterdrückungssystem. Von 1957 bis zu seinem Rücktritt 1989 war Mielke Minister für Staatssicherheit. Ab Ende 1989 mehrmals in Untersuchungshaft genommen, verurteilte ihn das Landgericht Berlin 1993 wegen Mordes an zwei Polizeioffizieren im Jahr 1931 zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren.
Wirken und Rezeption
Zitate
Am 13. November 1989 sprach Mielke vor der DDR-Volkskammer mit den Worten: „Ich liebe – Ich liebe doch alle – alle Menschen – Na ich liebe doch – Ich setze mich doch dafür ein."
– Erich Mielke: BStU: *Mielkes Auftritt vor der Volkskammer*
Mielkes Worte, die mit lautem Gelächter quittiert wurden, gehören, ironisch zugespitzt, zu den meistzitierten der Wendezeit: „Ich liebe euch doch alle".
Seinem Ausspruch vorausgegangen war – nachdem Mielke während seiner gestammelten Ausführungen die Gesamtheit der Abgeordneten laufend mit *„Genossen*" ansprach – der Zwischenruf des CDU-Volkskammerabgeordneten Dietmar Czok: „Ich bitte doch endlich dafür zu sorgen: In dieser Kammer sitzen nicht nur Genossen!" Das tat Mielke (siehe Wikiquote-Zitate) als eine „formale Frage" ab, worauf sich wiederum lautes Gelächter erhob, in das hinein er, bereits stark verunsichert, den vielzitierten Satz sprach.
Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk schrieb über diese Rede entgegen der herkömmlichen öffentlichen Interpretation: „Der spontane Ausruf, ‚Ich liebe doch alle Menschen …,', richtete sich, was fast immer übersehen wird, allein an die Abgeordneten und war eine Reaktion darauf, ob er sie nun mit ‚Genossen' anrede oder nicht. Mit seiner Rede wollte er die bis vor Minuten noch verbündeten Abgeordneten darauf hinweisen, dass sein Ministerium in den letzten Monaten und Jahren der SED-Führung in dichter Folge realitätsnahe Analysen über die gesellschaftliche Situation vorgelegt und immer wieder darauf hingewiesen hatte, dass bei einer Beibehaltung der bisherigen Politik das System in existenzielle Nöte gerate. (…) Der eigentliche Skandal an diesem Tag aber war nicht Mielkes Auftritt, sondern wie die meisten der 477 anwesenden engen Gefolgsleute mit ihm umgingen und sich zu ‚Saubermännern' erklären wollten. Anschließend wurde die Debatte abgebrochen."
Mielke selbst sah sich als Humanisten:
„Wir sind nicht gefeit, leider, dass auch mal ein Schuft noch unter uns sein kann, wir sind nicht gefeit dagegen, leider. Wenn ich das schon jetzt wüsste, dann würde er ab morgen schon nicht mehr leben. Ganz kurz[er] Prozess. Aber weil ich Humanist bin, deshalb habe ich solche Auffassungen. Lieber Millionen Menschen vor'm Tode retten als wie einen Banditen leben lassen, der also uns dann also die Toten bringt. [… unverständlich …] mal richtig erklären, warum man so hart sein muss, [und] all das Geschwafel, von wegen ‚Nicht hinrichten' und ‚Nicht Todesurteil', alles Käse is', Genossen. Hinrichten die Menschen, ohne billige Sätze, ohne Gerichtsbarkeit und so weiter."
– Erich Mielke: Originalton, wiedergegeben in MDR/ARTE: *Alltag einer Behörde – Das Ministerium für Staatssicherheit*: 1982, Ausschnitt eines Stasi-Tonbandprotokolls, auf einer Konferenz hoher Stasi-Offiziere, mit Bezug auf die Flucht von Werner Stiller
Charakteristisch sind Mielkes Ansichten zum „ungesetzlichen Grenzübertritt" und Grenzregime:
„Ich will euch überhaupt mal etwas sagen, Genossen, wenn man schon schießt, dann muss man dat so machen, dass nicht der Betreffende da noch bei wegkommt, sondern dann muss er eben dableiben bei uns. Ja, so ist die Sache. Wat is denn das: 70 Schuss loszuballern, und der rennt nach drüben und die machen 'ne Riesenkampagne."
– Erich Mielke: Originalton, wiedergegeben in ZDF: *Goodbye DDR*, Teil 2 *Mielke und die Freiheit*
„Leistner ist Mielke" – Das ungeklärte Verschwinden Willi Kreikemeyers
Im Zusammenhang mit der Kampagne um den „erfundenen Spion" Noel Field entstand 1950 eine paradoxe Situation, in der der erklärte Stalin-Bewunderer, „alte Tschekist" und „Schüler Berijas" Erich Mielke selbst zum Stalinismus-Opfer hätte werden können.

Noel Field hatte in der Schweiz antifaschistische Emigranten unterstützt. Seine „Enttarnung" als Spion war der Aufhänger für politische Schauprozesse gegen die suspekten Westemigranten. Willi Kreikemeyer, nun Chef der Deutschen Reichsbahn, war enger Mitarbeiter von Field gewesen. Bei einer Vernehmung durch die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) berichtete Kreikemeyer am 5. Juni 1950 von einer Liste mit Decknamen von Zahlungsempfängern Fields, wobei er zum Decknamen *Leistner* sagte: „Leistner ist Mielke".

Theoretisch hätte die Richtigkeit dieser Information schwerste Nachteile für Mielke gehabt haben müssen: Wer behauptete, mit der „ruhmreichen Sowjetarmee" nach Deutschland zurückgekommen zu sein, in Wahrheit aber im westlichen Exil Kontakt zu einem amerikanischen Spion unterhalten hatte, musste ein Verräter sein. Aber nicht Mielke, sondern Kreikemeyer kam am 25. August in die Untersuchungshaft des MfS. Mielke, dem die Protokolle der ZPKK dienstlich bekannt waren, besuchte ihn in seiner Zelle und versprach ihm baldige Freilassung – er müsse nur alles aufschreiben, was er wisse. Dieses bis heute erhaltene schriftliche Geständnis ist das letzte Lebenszeichen Kreikemeyers. Kreikemeyers Frau wurde sieben Jahre später, nach ihrer 37. schriftlichen Anfrage, mitgeteilt, ihr Mann habe sich bereits kurze Zeit nach seiner Verhaftung in seiner Zelle erhängt. Nicht bewiesen und „eher unwahrscheinlich" ist, dass Mielke Kreikemeyer als den Mann, der ihm gefährlich werden konnte, ermorden ließ.

Nachruf von Peter Schneider in der New York Times

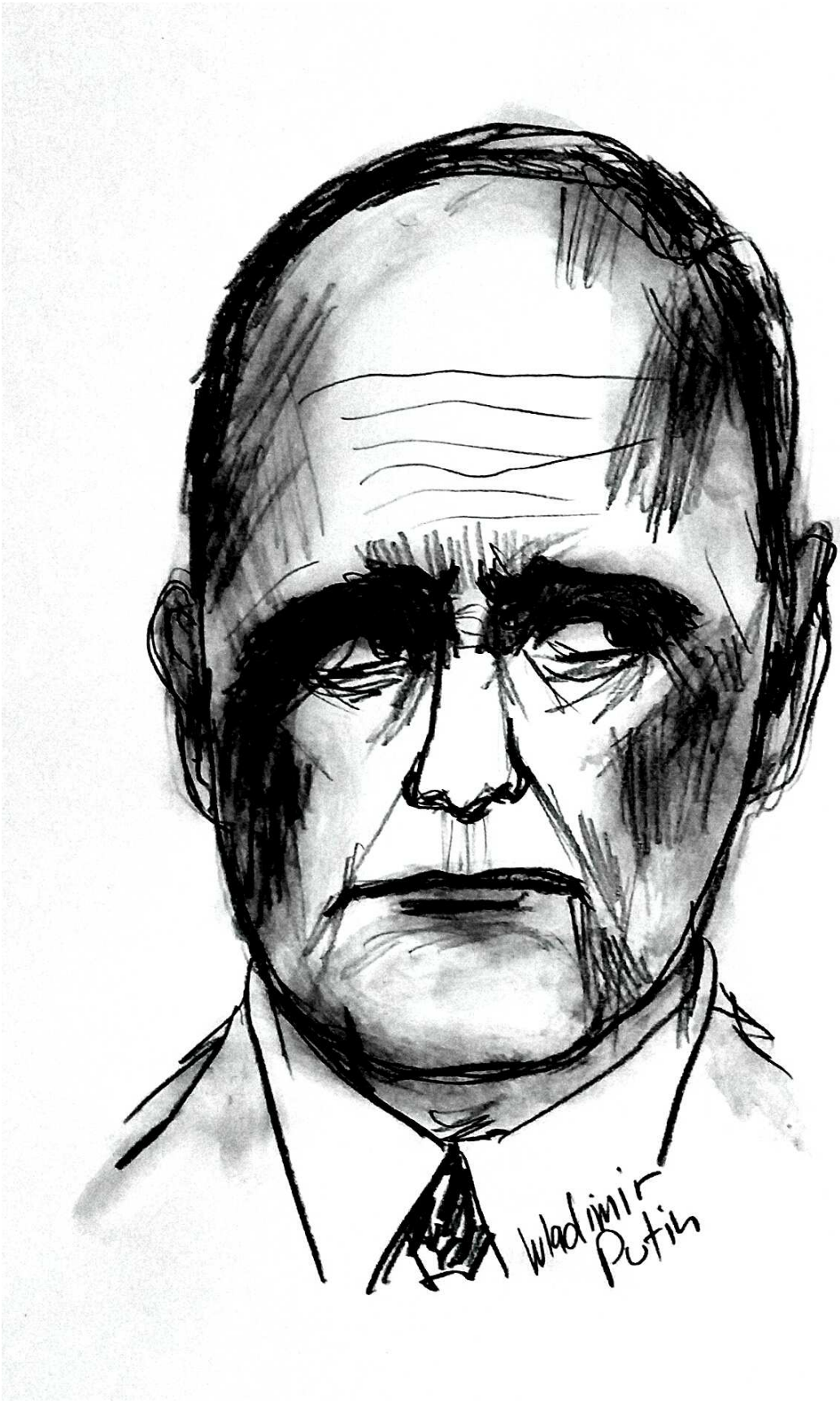
Die *New York Times* veröffentlichte am 7. Januar 2001 den Nachruf des Schriftstellers Peter Schneider auf Mielke mit dem Titel *The Lives They Lived [...] The Enemy Within*. Schneider beginnt mit der Aussage, wenn man prototypisch für „all den Horror und das Leid der ehemaligen DDR einen einzelnen Namen nennen wollte, wäre es Erich Mielke". Mielke sei im Übrigen „kein guter Redner gewesen, er konnte nicht gut schreiben und hatte keinerlei Talent, Freundschaften zu knüpfen. Fast alle seine hunderttausend Untergebenen fürchteten ihn." Mielke habe es geschafft, „eine ganze Gesellschaft zu vergiften, den Ehemann seine Frau ausspionieren lassen, den Bruder den Bruder, das Kind die Eltern." Schneider endet mit dem Satz: „Kurz bevor er starb, fanden ihn Besucher allein in seinem Apartment vor, als er einen Anruf über ein abgemeldetes Telefon unternahm. Er rief unsichtbaren Agenten Befehle zu: Sie sollten seinen Hund Airen finden. Aber seine Frau hatte das Tier weggegeben und war selbst ausgezogen."

Das Ministerium für Staatssicherheit

Die im Volksmund „Stasi" genannte Staatssicherheit wuchs unter Mielkes Verantwortung in sämtliche Gesellschaftsbereiche hinein, und selbst im Privaten konnte niemand vor Bespitzelung und Verrat sicher sein. Besonders bekannt wurde der Fall von Vera Lengsfeld (von 1990 bis 2005 MdB), die von ihrem Ehemann bespitzelt wurde. Ein weiteres prominentes Opfer war Robert Havemann, der zeitweise von etwa 100 Stasi-Mitarbeitern überwacht wurde.

1989 beschäftigte das MfS etwa 91.000 hauptamtliche und 173.000 inoffizielle Mitarbeiter (IM).

Im Frühjahr 1976 gab Mielke an die HA I, Abteilung Äußere Abwehr, den Befehl, den Hamburger Michael Gartenschläger festzunehmen bzw. zu töten, nachdem dieser kurz zuvor die völkerrechtswidrigen Selbstschussanlagen („Splitterminen SM-70") von einem Grenzzaun der DDR abgebaut und damit die DDR-Führung international angeprangert hatte. Am 30. April wurde Gartenschläger von einem Stasi-Sonderkommando erschossen.


Wladimir
Putin

**Wladimir Wladimirowitsch Putin** (russisch Владимир Владимирович Путин, wiss. Transliteration *Vladimir Vladimirovič Putin*, Aussprache [vɬɐˈdʲimʲɪr vɬɐˈdʲimʲɪrəvʲɪtɕ ˈputʲɪn]; * 7. Oktober 1952 in Leningrad, Russische SFSR, Sowjetunion) ist ein russischer Politiker. Er ist seit dem 7. Mai 2000 (mit Unterbrechung von 2008 bis 2012) Präsident der Russischen Föderation. Von August 1999 bis Mai 2000 sowie von Mai 2008 bis zu seiner Wiederwahl als Staatspräsident 2012 war Putin Ministerpräsident Russlands. Vom 31. Dezember 1999 bis zu seiner Wahl am 7. Mai 2000 war er als kommissarischer Staatspräsident im Amt.

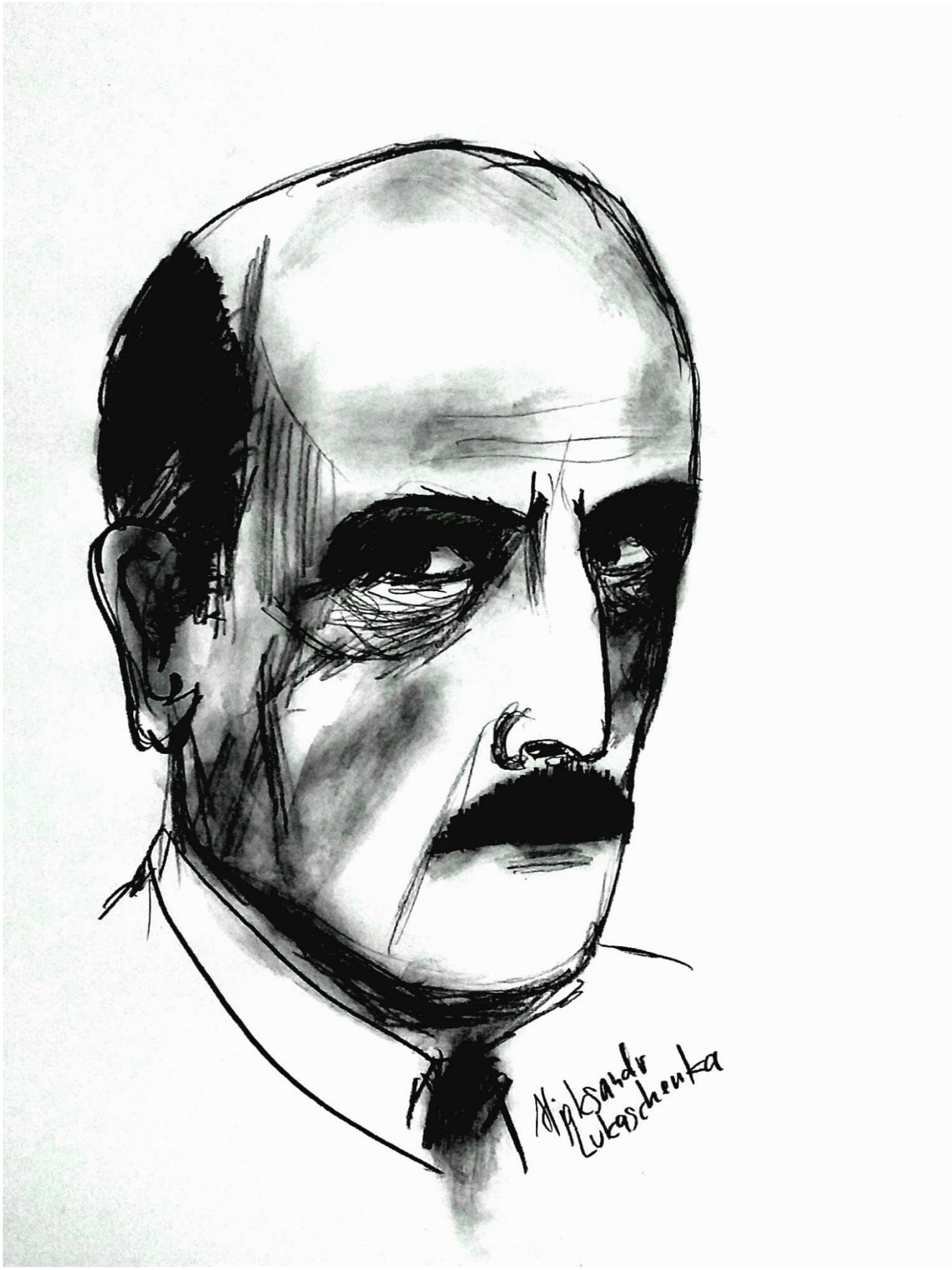
Nach vorherrschender Einschätzung von kritischen Politikwissenschaftlern entwickelte sich Russland während Putins Präsidentschaft zunehmend in eine illiberale Richtung und entfernte sich von demokratischen Standards. Das von ihm gestaltete politische System, für das die russische Präsidialadministration den Begriff „gelenkte Demokratie" verwendet, wird in der Fachliteratur oft als halbdemokratisch, halbautoritär oder auch als autoritär charakterisiert. Ein zentrales Merkmal ist die „Vertikale der Macht", eine umfassende, strikte Befehlskette, in die sich die staatlichen Organe einzuordnen haben. Es gelang Putin, die eigenständige politische Macht einiger zuvor sehr einflussreicher Unternehmer („Oligarchen") zu brechen. Sein Herrschaftssystem wird als Putinismus bezeichnet. Ein wirtschaftlicher Aufschwung (Anstieg der Reallöhne um den Faktor 2,5 zwischen 1999 und 2008), seine Außenpolitik und seine harte Linie in der Terrorismusbekämpfung sorgten für eine schwankende, aber im Durchschnitt große Popularität bei der Bevölkerung Russlands. Eine wichtige Rolle spielt dabei die einseitig positive Darstellung seiner Politik in staatsnahen russischen Medien sowie die weitgehende Ausschaltung von freien Medien und Nichtregierungsorganisationen mit überregionaler Verbreitung.

Spätestens seit der Annexion der Krim im März 2014 gelten die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen als belastet. Russland wird von westlichen Politikern und Experten vorgeworfen, die europäische Friedensordnung zu verletzen. Dies findet auch zunehmend etwa über Cyberkrieg (etwa mit der Troll-Armee), die Beeinflussung von Wahlen durch Propaganda sowie gezielte Spionage und Aktionen wie Giftanschläge auf Oppositionelle (Sergei Skripal und Alexei Nawalny) statt. Ab September 2015 entsandte Putin Teile der russischen Luftwaffe zur Unterstützung der Regierungsarmee und des Präsidenten Assad nach Syrien.

Aufstieg in Moskau und Plagiatsvorwürfe - Im August 1996 bekam Putin den Posten als stellvertretender Leiter der Kreml-Liegenschaftsverwaltung. Im März 1997 arbeitete er als stellvertretender Kanzleileiter des Präsidenten Boris Jelzin. Im Mai 1998 rückte Putin zum stellvertretenden Chef der Präsidialverwaltung auf. 1997 wurde Putin mit seiner Arbeit zur *Staatlichen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen*] an der renommierten staatlichen Bergbau-Hochschule Sankt Petersburg zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften promoviert. Seine Doktorarbeit besteht nach Aussage des amerikanischen Ökonomen Clifford Gaddy in wesentlichen Teilen aus Abschriften und Abbildungsplagiaten der US-Ökonomen William King und David Cleland von der Universität Pittsburgh, von denen er außerdem in der Einleitung des zweiten Teils 16 Seiten aus Arbeiten des Jahres 1978 kopiert habe – falls die Arbeit überhaupt von ihm stammt. Nach anderen Darstellungen soll die mit seiner Unterschrift verfasste und von der Bergbau-Universität akzeptierte Doktorarbeit von Wladimir Litwinenko, seit 1994 Rektor dieser Universität, verfasst worden sein. Die Karriere und der Reichtum dieses Professors erscheint Kritikern sehr mysteriös.

Vom 25. Juli 1998 bis August 1999 war er Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, ab 26. März 1999 außerdem Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation. Erstmals mit der Regierung Primakow von September 1998 bis Mai 1999 kam das semipräsidentielle russische Verfassungsdesign zum Tragen, als Primakow versuchte, eine Koalitionsregierung zu bilden. Während dieser Zeit büßte die Präsidialadministration ihre dominierende Rolle gegenüber dem Ministerkabinett ein. Primakow wurde gestürzt und musste dem vom informellen Machtkartell der „Kremlfamilie" ausgesuchten Nachfolgekandidaten Jelzins Platz machen; so wurde Putin nach einem kurzen Intermezzo von Sergei Stepaschin zum Ministerpräsidenten. Insgesamt waren während der Jelzin-Jahre demokratische Grundlagen (gewaltenteilige Mechanismen, Meinungsfreiheit) erhalten geblieben. Politologen sprechen für diese Zeit von einer defekten Demokratie.

Vermögen - Offizielle Angaben- In seiner Vermögensfeststellung gab Putin 2007 an, dass ihm unter anderem zwei alte Autos aus den 1960er Jahren, Barvermögen in Höhe von 150.000 US-Dollar, eine kleine Wohnung sowie ein Stück Land gehören. Putin deklarierte für das Jahr 2012 ein Jahreseinkommen von 5,79 Millionen Rubel, was umgerechnet etwa 142.500 Euro entspricht. Im Jahr 2016 wurde sein Einkommen etwa unverändert angegeben, während beim Besitz zu den zwei Autos GAZ-21 Wolga noch ein Lada Niva mit Campinganhänger zusätzlich erwähnt wurde. Die Wohnung hätte 77 Quadratmeter und das Stück Land 1500 Quadratmeter.
Schätzungen - Am 12. November 2007 behauptete der dem Exil-Oligarchen Boris Beresowski nahestehende Politologe Stanislaw Belkowski in einem Interview mit der Tageszeitung *Die Welt*, dass sich Putins Vermögen auf ca. 40 Milliarden US-Dollar belaufe, vorwiegend in Form von Aktien. Dies setze sich nach Belkowskis Angaben aus 37 Prozent der Aktien von Surgutneftegas (geschätzter Marktwert Ende 2007 20 Milliarden US-Dollar), 4,5 Prozent der Aktien von Gazprom sowie 50 Prozent über seinen Vertreter Gennadi Timtschenko an der Erdölhandelsgesellschaft Gunvor zusammen. Die *Sunday Times* nannte 2014 als Extrem einen Betrag von 130 Milliarden Dollar, der langjährige Russland-Investor Bill Browder 2015 eine Summe von bis zu 200 Milliarden Dollar für Aktienpakete, Konten und Industriebeteiligungen. „Die Herausforderung besteht darin, dass es nicht einfach ist, eine Linie zu ziehen zwischen dem, was er tatsächlich selber besitzt, und dem, was er nur kontrolliert", zitiert *Die Weltwoche*. Eine „komplette Verschmelzung des staatlichen Sektors mit privaten Geschäftsinteressen" sieht Wladislaw Inosemzew im Umfeld Putins. Im Zusammenhang mit Unregelmäßigkeiten beim Kauf von Aktien der Bank Rossija in den 1990er-Jahren und dem Bau von „Putins Palast" äußerte sich der Unternehmer Sergei Kolesnikow im Jahr 2012 zur Hierarchie und Korruption im System und dass ein Teil der Politik Putins auch im Jahr 2014 der Vertuschung der wahren Umstände dienen müsse. Neben dem Palast am Schwarzen Meer wird das Vorhandensein weiterer Luxusanwesen vermutet, welche Putin zur Verfügung stehen, jedoch Freunden gehören, wie die Villa Sellgren nahe der finnischen Grenze. Galileo spricht von 20 Palästen und Residenzen. In ihrem 2014 erschienenen Buch *Putin's Kleptocracy: Who Owns Russia?* schätzte Karen Dawisha das Privatvermögen von Putin auf 40 Milliarden US-Dollar. Von den 50 Milliarden US-Dollar, die in die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 2014 investiert worden sind, sollen laut Dawisha mehr als die Hälfte in das persönliche Umfeld von Putin geflossen sein. Putin sollen Flugzeuge, Yachten, Luxusautos, Hubschrauber und Kunstsammlungen gehören.
Oppositionsaktivisten, angeführt von Boris Nemzow, wiesen 2012 anhand von Videos und Fotos darauf hin, dass Putin eine Sammlung von hochwertigen Armbanduhren besitze, deren Wert sie auf rund 700.000 US-Dollar taxierten. Alleine seine Lange-Tourbograph *Pour le Mérite* am rechten Handgelenk hat einen Wert von mindestens 350.000 Euro.]
Putin erscheint nicht auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt. Mit der Schätzung seines Vermögens auf 40 Milliarden US-Dollar ist er der reichste Russe und wäre auf der Forbes-Liste (Stand 2019) der viertreichste Europäer.
Auszeichnungen und Ehrungen
1988: Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee in Bronze
2001: Cho Chi Minh-Orden
2005: Goldene Medaille des Griechischen Parlaments
2006: Großkreuz der Ehrenlegion Frankreichs
2006: Ehrenbürger von Sankt Petersburg
2007: Person des Jahres des TIME-Magazins
2009: Sächsischer Dankorden des Semper Opernball e. V.
2011: Konfuzius-Friedenspreis
2011: Ehrendoktor, Universität Belgrad
2014: Mensch des Jahres zusammen mit Conchita Wurst des Magazins Profil
2014: José-Martí-Orden
2017: Hugo-Chávez-Friedenspreis
2019: Ehrendoktor, Tsinghua-Universität




**Aljaksandr Ryhorawitsch Lukaschenka** (russisch **Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko**; Betonung: *Alexánder Grigórjewitsch Lukaschénko*; in deutschsprachigen Medien meistverwendet: **Alexander Lukaschenko**; * 30. August 1954 in Kopys,

Weißrussische SSR) ist ein weißrussischer Politiker und seit 1994 der Präsident von Weißrussland. Er wird wegen seines autoritären Regierungsstils von Politikwissenschaftlern und Beobachtern oft auch als „letzter Diktator Europas" bezeichnet. Lukaschenka entmachtete mit mehreren im Allgemeinen als undemokratisch eingeschätzten Volksabstimmungen das Parlament und regiert das Land seitdem als faktischer Alleinherrscher. Von der Europäischen Union wird er seit der mutmaßlich gefälschten Präsidentschaftswahl 2020 und den darauf folgenden Massenprotesten im Land nicht mehr als legitimes Staatsoberhaupt anerkannt. Auf die Massenproteste gegen die Herrschaft Lukaschenkas 2020 reagierten die Behörden mit Gewalt. Am 1. September 2020 sprach das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte davon, dass man seit dem Tag der Präsidentschaftswahl Berichte zu über 450 dokumentierten Fällen von Folter und Misshandlungen erhalten habe. Dazu gehörten auch Fälle von Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie sexueller Missbrauch und Vergewaltigung.
Sechste Amtszeit (seit 2020) - Am 23. September 2020, sechs Wochen nach den Präsidentschaftswahlen und während noch laufender Proteste gegen das mutmaßlich gefälschte Wahlergebnis, ließ sich Lukaschenka für seine sechste Amtszeit vereidigen. Die Zeremonie fand, anders als üblich, ohne größere Ankündigungen statt. Die Europäische Union (EU) erklärte, dass die Wahl vom 9. August weder frei noch fair gewesen sei, und sprach der Amtseinführung Lukaschenkas daher jegliche demokratische Legitimität ab. Ähnliche Stellungnahmen gaben auch die Vereinigten Staaten, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Ukraine ab.
Anfang Oktober 2020 einigte sich die EU auf Sanktionen gegen 40 Personen, die der Wahlfälschung und der Niederschlagung der Proteste in Belarus beschuldigt werden. Davon ausgenommen war Aljaksandr Lukaschenka. Der Grund für die Ausnahme sei, dass dies die diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des Konflikts erschweren könnte und der EU die Möglichkeit nehmen würde, ihren Kurs noch einmal zu verschärfen.
Am 6. November, dem ersten Tag der neuen Amtszeit, verhängte die EU, die im Oktober noch von Sanktionen gegen Lukaschenka abgesehen hatte, gegen ihn, seinen Sohn Wiktar Lukaschenka sowie gegen 13 besonders loyale Regierungsvertreter Einreiseverbote in die EU und Kontensperrungen. Unter den Regierungsvertretern befinden sich unter anderem Lukaschenkas Pressesprecherin, der Leiter der Präsidialverwaltung und der Chef des weißrussischen Geheimdienstes KGB.
Anfang Dezember 2020 wurde Lukaschenka, der das Nationale Olympische Komitee (NOK) seit 23 Jahren führt, und sein Sohn Wiktar vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) vorläufig von allen olympischen Aktivitäten einschließlich der Olympischen Sommerspielen in Tokio (Japan) ausgeschlossen, da sie die weißrussischen Athleten nicht ausreichend vor politischer Diskriminierung schützen.
Verschwindenlassen von Oppositionellen - In den Jahren 1999 und 2000 „verschwanden" vier Regierungsgegner. Dabei handelte es sich um die Oppositionspolitiker Wiktar Hantschar und Juryj Sacharanka, den Geschäftsmann Anatol Krassouski und den Kameramann Dsmitryj Sawadski. Ermittlungen des Europarates legten dabei nahe, dass diese von sogenannten Todesschwadronen mit engsten Kontakten zur Staatsführung entführt und ermordet wurden. Der Europarat machte unter anderem den Leiter der Verwaltungsabteilung der Verwaltung des Präsidenten Wiktor Uladsimirowitsch Scheiman und drei weitere Regierungsbeamte direkt für die Entführungen verantwortlich und verhängte gegen diese Einreiseverbote in die Europäische Union. Im Dezember 2019 veröffentlichte die Deutsche Welle einen Dokumentarfilm, in dem Juryj Harauski (Juri Garawski), ein ehemaliger Angehöriger einer Spezialeinheit des weißrussischen Innenministeriums, bestätigte, dass seine Einheit Hantschar und Krassouski festgenommen, weggebracht und ermordet habe.
Öffentliche Meinung und Meinungsfreiheit - Unabhängige Meinungsumfragen sind wie allgemein die Meinungs- und Pressefreiheit in Weißrussland stark eingeschränkt. Umfragen werden von der Regierung monopolisiert, die ihre Umfragen entweder nicht veröffentlicht oder sie für propagandistische Zwecke nutzt. Laut einer durchgesickerten internen Umfrage hatte gerade mal ein Drittel der Bevölkerung Vertrauen in Lukaschenka. Die letzte glaubwürdige öffentliche Umfrage in Weißrussland war eine

Umfrage aus dem Jahr 2016, die eine Zustimmung von etwa 30 Prozent für Lukaschenka ergab.
Lukaschenkas Spitznamen sind „Sascha" (Abkürzung seines Vornamens) oder „Batka" (Väterchen).
Sympathisanten und Ruf in Russland - Aljaksandr Lukaschenka ist unter russischen Nationalisten so populär, dass Dmitri Rogosin ihn zu einem der Präsidentschafts-kandidaten bei den russischen Wahlen 2008 ernennen wollte, wofür jedoch eine russische Staatsangehörigkeit erforderlich wäre, die er nicht hat. Aus dieser Initiative entstand die Bewegung *Lukaschenko 2008*. Seine Sympathisanten halten Lukaschenka zugute, er habe dem Land die schlimmsten Symptome des postsowjetischen Übergangskapitalismus erspart. Lukaschenka selbst bezeichnet sich als Schüler des russischen Politikers Jewgeni Primakow.
Allgemein ist das Image Lukaschenkas in Russland jedoch schlecht, was nicht zuletzt auf die zunehmend negative Berichterstattung in russischen Medien zurückzuführen ist.
Privatleben - Offiziell ist Lukaschenka noch verheiratet mit Halina Lukaschenka, jedoch lebt sie getrennt von ihm in einem Landhaus in Schklou. Mit ihr hat er zwei Söhne, Dsmitryj Lukaschenka und Wiktar Lukaschenka. Sein jüngster Sohn Mikalaj Lukaschenka (russisch Nikolai), der 2004 geboren wurde, stammt von einer offiziell nicht bekannten Frau. Lukaschenka nimmt Mikalaj gern zu Staatsbesuchen und anderen Veranstaltungen mit.
Lukaschenka legte seinen Geburtstag auf den 31. August, um am selben Tag wie sein jüngster Sohn Mikalaj feiern zu können, wurde aber eigentlich bereits am 30. August 1954 geboren.
Auszeichnungen
1997: Medaille zur Erinnerung an den 850. Jahrestag Moskaus (Russland)
2000: Orden der Revolution (Libyen)
2000: José-Martí-Orden (Kuba)
2001: Verdienstorden für das Vaterland (Russland)
2007: Orden des Befreiers (Venezuela)
2007: Francisco-de-Miranda-Orden (Venezuela)
2014: Alexander-Newski-Orden (Russland)

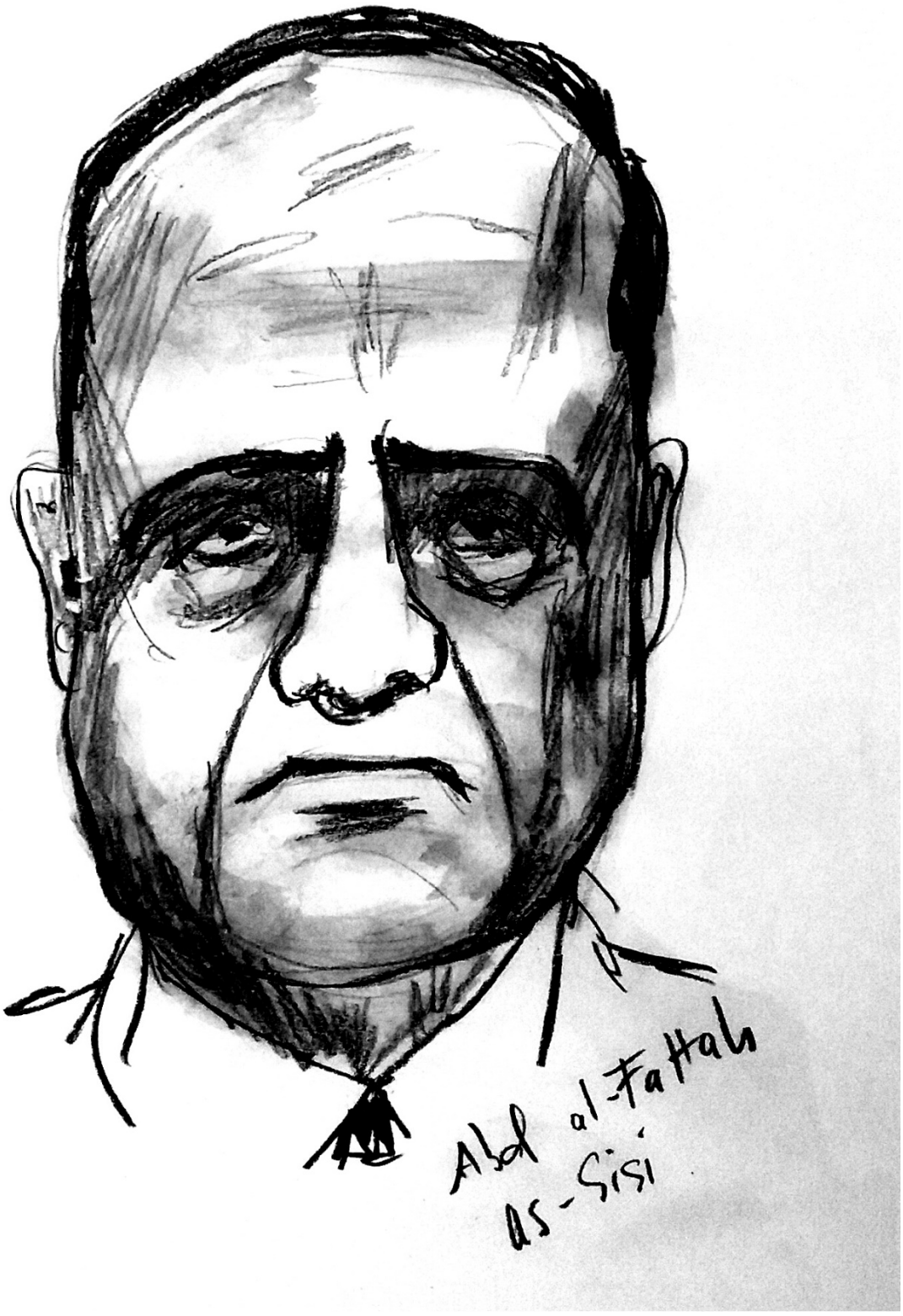
**Maha Vajiralongkorn Bodindradebayavarangkun** (thailändisch มหาวชิราลงกรณ บดินทรเทพยวรางกูร, RTGS *Maha Wachiralongkon Bodinthrathepphayawarangkun*; Aussprache: [mahǎː watɕʰíraːloŋkoːn bɔdintʰratʰêːppʰajawaraːŋkuːn] oder **Rama X.** (* 28. Juli 1952 in Bangkok, Thailand) ist seit dem 13. Oktober 2016 König von Thailand aus

der Chakri-Dynastie. Er ist das zweite Kind des verstorbenen Königs Bhumibol Adulyadej *(Rama IX.)* und von Königin Sirikit Kitiyakara. Von 1972 bis 2016 war er Kronprinz. Vajiralongkorn ist wegen seines autoritären Führungsstils und seiner Demokratiefeindlichkeit umstritten.[2] Er ist der reichste Monarch der Welt mit einem Gesamtvermögen von geschätzten 100 Milliarden Euro.
Vermögen und Machtausbau - Vajiralongkorn gilt mit einem geschätzten Vermögen von bis zu 60 Milliarden Euro als reichster Monarch der Welt. Er festigte seine Macht durch den Ausbau seiner eigenen, von ihm ernannten Militäreinheit, der Königsgarde. Und auch sein persönliches Vermögen vergrößerte er enorm – die Änderung des Kronbesitzgesetzes (Crown Property Act) ermöglichte es der Krone, königliches Vermögen im Wert von Milliarden von US-Dollar direkt in seine Kontrolle zu überführen. Aktien verschiedener thailändischer Konglomerate – einschließlich der Siam Cement Public Company und der Siam Commercial Bank Public Company – wurden auf den Namen des Königs übertragen. Er ist seither u. a. Hauptaktionär der Siam Commercial Bank (23,5 %), der Siam Cement Group (33,3 %) und er besaß die Mehrheit an der Hotelkette Kempinski. Das Kronvermögen, das ab 1937 (nach dem Ende der absoluten Monarchie) vom Crown Property Bureau verwaltet worden war, wurde nach einer Gesetzesänderung im Jahr 2017 Vajiralongkorns persönlicher Kontrolle übertragen. Hinzu kommen Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 6560 Hektar, einige davon in den wertvollsten Lagen des Bangkoker Geschäftszentrums. Auch das königliche Budget wurde erheblich aufgestockt. Pavin Chachavalpongpun, außerordentlicher Professor am Zentrum für Südostasienstudien der Universität Kyōto, erklärte: "Er ist seit 1932 zum mächtigsten König geworden, was die offizielle Macht betrifft. Obwohl sein Vater über immense Macht verfügte, übte er diese Macht hauptsächlich durch Bevollmächtigte aus. Was Vajirilongkorn mächtiger macht, ist, dass er seine Macht durch sich selbst ausübt".
Öffentliche Wahrnehmung - Vajiralongkorn wurde bei weitem nicht die Beliebtheit und Akzeptanz seiner Eltern zuteil, auch wenn dies aufgrund der drakonischen thailändischen Lèse-Majesté-Gesetze, die Majestätsbeleidigung mit bis zu 15 Jahren Haft bestrafen, zunächst nicht öffentlich diskutiert werden konnte. Die entsprechenden Gesetze gelten als die schärfsten Waffen des Militärs, um das Volk einzuschüchtern. Als Grund für seine Unbeliebtheit wurde unter anderem sein wechselhaftes Privatleben genannt. In der europäischen und deutschen Wahrnehmung wurde vor allen Dingen sein großer Reichtum und sein Verhältnis zu Frauen hervorgehoben.
2020 begannen überwiegend junge Menschen für Bürgerrechte, Demokratie, das Ende der Militärdiktatur und eine neue Verfassung zu demonstrieren. Dabei wurde auch die Rolle des Königs in Frage gestellt, der weitgehend in Deutschland lebte und ein bizarres Leben führte. Offene Bekundungen des Protests gegen das Königshaus waren in Thailand völlig neu. Der König wurde als „Lord Voldemort", der Bösewicht aus der Kinderbuchreihe *Harry Potter*, verspottet. Die Demonstranten in Bangkok parodierten auch eine Szene, die sich auf dem Flughafen München im Juli 2016 ereignet hatte, wo der König in einem bauchfreien Unterhemd und Jeans mit tätowierten Oberarmen den Salut seiner Luftwaffenoffiziere entgegennahm, wobei er seinen neuen weißen Pudel auf dem Arm trug und deshalb nicht salutieren konnte. Noch ein halbes Jahr zuvor wären sie dafür verhaftet worden.
Im Herbst 2020 forderten Demonstranten, die neue Verfassungsregelung zurückzunehmen, die es dem König erlaubt, seine Vollmachten auszuüben, auch wenn er sich außerhalb Thailands aufhält und keinen Regenten ernannt hat.
Aufenthalte in Deutschland und der Schweiz - Vajiralongkorn besuchte lange Zeit häufig den Raum München, ist Besitzer zweier Villen in Tutzing und Feldafing am Starnberger See und nutzte bis zum Tod seines Vaters im Oktober 2016 das Anwesen *Villa Stolberg* als Wohnsitz. Sein Sohn und Erbprinz lebt dort und besucht in der Region auch die Schule. Das in einem 5600 Quadratmeter großen Park liegende Anwesen wurde 1926 erbaut und steht unter Denkmalschutz. Deutsche Lokal- und Boulevardmedien berichteten in diesem Zusammenhang wiederholt über sein Privatleben, was in thailändischen Veröffentlichungen nicht zulässig wäre. Zudem besucht Vajiralongkorn regelmäßig die Schweiz, wo sich schon seine Eltern über mehrere Jahre aufhielten.
Im Juli 2011 wurde Vajiralongkorns Boeing 737 auf dem Flughafen München von der Justiz gepfändet und durfte nicht mehr starten. Grund dafür waren Forderungen in Höhe

von 36 Millionen Euro für die von einer deutschen Firma gebaute Mautautobahn *Don Mueang Tollway*, die Thailand entgegen dem Entscheid eines Schweizer Schiedsgerichts nicht bezahlt hatte. Am 1. August gab das Büro von Maha Vajiralongkorn an, dass dieser das Flugzeug selbst auslösen und eine Sicherheitsleistung im Umfang von 20 Millionen Euro hinterlegen werde. Am nächsten Tag lenkte die thailändische Regierung ein. Außenminister Kasit Piromya bestätigte, dass die thailändische Regierung die Verantwortung für die Sicherheitsleistung übernehmen werde. Spielende Kinder schossen 2016 aus einem privaten Garten mit Spielzeugwaffen nach dem König, als dieser in Begleitung seines Gefolges mit dem Fahrrad durch Erding fuhr und kurz darauf nochmals mit dem Auto an den damals 13- und 14-jährigen Buben vorbeifuhr. Der König erstattete keine Strafanzeige, seine Begleiter meldeten den Vorfall aber den Behörden. Ein Ermittlungsverfahren gegen den älteren Jungen wurde eingestellt, da die Geschosse ungefährlich waren und keine Verletzungsabsicht bestand.
Während der Coronavirus-Pandemie zog Vajiralongkorn nach Garmisch-Partenkirchen und mietete im März 2020 das wegen der Coronakrise stillgelegte *Grand Hotel Sonnenbichl* als Unterkunft für sich und sein Gefolge an. Für den Umzug aus Tutzing in das Luxushotel erhielt er eine Sondergenehmigung des Landratsamtes Garmisch-Partenkirchen, da es sich bei den Bewohnern um eine geschlossene Personengruppe handelt und das Hotel während des Aufenthalts des Königs für den üblichen Beherbergungsbetrieb gesperrt bleibt. Kritische Kommentare in den sozialen Netzwerken in Thailand, die den Deutschlandaufenthalt des Königs während der Epidemie thematisieren, führten zu regierungsamtlichen Warnungen mit Hinweis auf die thailändischen Majestätsbeleidigungsgesetze. Ein negatives Medienecho erfuhren Reisetätigkeiten des Königs trotz der in Bayern geltenden Ausgangsbeschränkungen und des europaweiten Einreiseverbots für Nicht-EU-Bürger. Am 7. Oktober 2020 musste der deutsche Außenminister Heiko Maas im Bundestag eine Anfrage der Opposition beantworten, wie es sein könne, dass ein ausländisches Staatsoberhaupt von Deutschland aus sein Land regiere und dabei kaum Kontakt zum eigenen Volk habe. Maas sagte: „Wir haben deutlich gemacht, dass Politik, die das Land Thailand betrifft, nicht von deutschem Boden auszugehen hat. … Wenn es Gäste in unserem Land gibt, die von unserem Land aus ihre Staatsgeschäfte betreiben, dem würden wir immer deutlich entgegenwirken wollen. Recherchen von WDR und *Süddeutscher Zeitung* im Dezember 2020 erhärteten jedoch den Verdacht, dass der thailändische König seinen Amtsgeschäften und Menschenrechtsverletzungen auch von Bayern aus nachgegangen ist. Die Medien untersuchten anhand von Flighttrackern die Bewegungen der Flugzeuge des Königs und werteten Veröffentlichungen unter anderem des thailändischen Gesetzesblatts und des Palastes in Bangkok aus. Von Januar bis Mitte Oktober 2020 war demnach auf der offiziellen Internetseite des Palastes nur an neun Tagen dokumentiert, dass der König in Thailand war. Dennoch entfaltete er auch im übrigen Zeitraum politische Aktivitäten. Als er sich dokumentiert in Deutschland aufhielt, ernannte er etwa durch königliche Verordnung einige Generäle oder gratulierte der griechischen Staatspräsidentin zum Amtsantritt. Einige Indizien sprachen auch dafür, dass er von Bayern aus anordnete, dass die Polizeieinheit, die ihm untersteht, gegen Protestierende eingesetzt werden könne. Eine noch umfassendere Auswertung nahm die thailändische Dissidentin Junya Jimprasert vor. Nach ihren Rekonstruktionen versandte der König 100 Briefe an andere Staatsoberhäupter und erließ 40 Verordnungen.

Auszeichnungen

1987: Großkreuz des Ordens Karls III. (Spanien)
1996: Knight Grand Cross des Royal Victorian Order (Großbritannien)
2001: Ritter des Elefanten-Ordens (Dänemark)
zahlreiche Auszeichnungen im System thailändischer Orden und Ehrenzeichen




**Abd al-Fattah Said Husain Chalil as-Sisi** (arabisch عبد الفتاح سعيد حسين خليل السيسي, DMG *ʿAbd al-Fattāḥ Saʿīd Ḥusain Ḫalīl as-Sīsī*; * 19. November 1954 in Kairo), bekannt als **Abdel Fatah El-Sisi**, ist ein ägyptischer Feldmarschall und Politiker. Seit dem 8. Juni

2014 bekleidet er das Amt des Präsidenten Ägyptens, nachdem er sich selbst beim gewaltsamen Staatsstreich von 2013 mithilfe des Militärs an die Macht geputscht hatte. Sein Regierungsstil wird überwiegend als autoritär oder diktatorisch und repressiv bezeichnet.
Militärputsch gegen Präsident Mursi - Wegen der anhaltenden Massenproteste gegen Mursi setzte Sisi am Nachmittag des 1. Juli 2013 allen politischen Kräften ein Ultimatum von 48 Stunden. Am Abend des 3. Juli wurde die Regierung Kandil, der er selbst angehörte, durch einen Militärputsch abgesetzt und Neuwahlen angekündigt. Sisi ernannte Adli Mansur (seit 1. Juli 2013 der Vorsitzende des Obersten Verfassungsgerichts) am 4. Juli zum Übergangspräsidenten des Landes. Er kündigte auch eine neue Präsidentschaftswahl und die Überarbeitung der im Vorjahr beschlossenen Verfassung an, die von den Islamisten geprägt und bei einer Abstimmung mit 64 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 33 Prozent angenommenen worden war. Zahlreiche gesellschaftliche Kräfte begrüßten diese Entwicklung. Jedoch führte der Putsch zu erneuten Massenprotesten und zur Eskalation der Situation im Land. Am Morgen des 8. Juli wurden laut der Gewerkschaft ägyptischer Ärzte 84 Demonstranten während des Morgengebetes vor den Kasernen der Nationalgarde vom Militär erschossen, 1000 andere wurden verletzt. Seit August 2013 wurden Hunderte Demonstranten erschossen, wie etwa beim Blutbad in Kairo und Gizeh 2013. Über 500 Regierungsgegner wurden zumeist in Schnellprozessen zum Tode verurteilt und Tausende Anhänger sowohl der Muslimbruderschaft als auch demokratische Aktivisten und Politiker wie Ahmed Maher inhaftiert. Andere Politiker wie Mohammed el-Baradei gingen ins Ausland. Demokratische Organisationen und Parteien wurden als „terroristische Vereinigungen" zerschlagen. Die Medien wurden unter as-Sisis Führung und späterer Präsidentschaft gleichgeschaltet und weitere grundlegende Rechte außer Kraft gesetzt. Bereits das Beschmieren eines Denkmals kann als „terroristischer Akt" mit einer mehrjährigen Gefängnisstrafe bestraft werden. Wer Kritik an der Politik as-Sisis äußert, gilt als Mitglied einer „ausländischen Verschwörung". Am 27. Januar 2014 wurde Sisi zum Feldmarschall, dem höchsten Rang im ägyptischen Militär, befördert, wahrscheinlich auf eigenes Betreiben. Seine Verbindungen zu den Vereinigten Staaten gelten als ausgezeichnet, sowohl zur Führung der US-Armee als auch zum amerikanischen Verteidigungsministerium, das Ägyptens Streitkräfte jährlich mit 1,3 Milliarden Dollar Militärhilfe unterstützt.
Präsidentschaft - Am 26. März 2014 bewarb sich Sisi öffentlich in einer Fernsehansprache um das ägyptische Präsidentenamt. Bei der Präsidentschaftswahl 2014 galt er als Favorit auf den Posten, für den mit dem linksgerichteten Politiker Hamdin Sabahi und der koptischen Christin Hala Schukrallah bereits zwei Gegenkandidaten existierten. Um der Verfassung entsprechend als Zivilist zu kandidieren, trat Sisi von seinen Ämtern als Armeechef sowie Verteidigungsminister und Vize-Ministerpräsident zurück. Er wurde bei 46 % Wahlbeteiligung mit 97 % der Stimmen zum ägyptischen Präsidenten gewählt, jedoch gab es Berichte über Unstimmigkeiten und Vorwürfe der Wahlfälschungen. Am 8. Juni 2014 wurde Sisi als ägyptischer Präsident vereidigt. In den folgenden Monaten erließ Präsident Sisi, während aufgrund der auf 2015 verschobenen Parlamentswahl keinerlei Parlament tagte, zahlreiche Gesetze, die nach Ansicht von Nichtregierungsorganisationen „die Zivilgesellschaft unter Druck setzen". Unter anderem wurde das Strafrecht verschärft, wonach es für einheimische und ausländische Nichtregierungsorganisationen Pflicht wurde, sich registrieren zu lassen, und der Erhalt von Geld aus dem Ausland strafbar wurde, wenn damit die Interessen des ägyptischen Staates verletzt würden. Schon kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten stellte Sisi das Großprojekt „neuer Sueskanal" vor. Dabei soll neben dem bisherigen ein zweiter Kanal entstehen. Das Projekt war schon unter Mursi angeschoben worden, aber in die Kritik geraten, weil es von ausländischen Investoren finanziert werden sollte.] Sisi entschied, dass der Bau allein mit ägyptischen Mitteln zu finanzieren sei. Zu diesem Zweck wurden auch Mini-Anteile ausgegeben, damit sich möglichst viele Ägypter beteiligen können. Nach einem Enthauptungsvideo, welches die Tötung von 21 ägyptischen Kopten in Libyen durch den Islamischen Staat zeigte, entschloss sich as-Sisi zu einem Vergeltungsschlag. Ägypten bombardierte am 16. Februar 2015 Ziele in der vom IS kontrollierten libyschen Stadt Darna. Dabei wurden 40 bis 50 IS-Kämpfer getötet. Bereits zuvor kooperierte die

ägyptische Regierung mit dem libyschen Militär, um Extremisten zu bekämpfen. as-Sisi forderte anschließend, den internationalen Einsatz gegen den IS auf Libyen auszu-weiten. Im Juni 2015 kam Sisi auf Einladung der Bundesregierung zu einem Staatsbesuch nach Deutschland. Dieser Besuch stand wegen der zahlreichen Verstöße gegen die Menschen-rechte in seinem Land in der Kritik. Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte wegen der Verfolgung Oppositioneller und der hohen Anzahl von Todesurteilen in Ägypten ein geplantes Treffen mit Sisi ab. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch und weitere Organisationen forderten gemeinsam Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, die Menschenrechtsverletzungen in Ägypten gegenüber Sisi anzusprechen. Dieses Problem spitzte sich seit 2016 im Zusammenhang mit dem Fall Regeni zu. Regeni verschwand am 25. Januar 2016 aus Kairo und wurde eine Woche später mit starken Folterspuren tot aufgefunden. Das Europäische Parlament verlangte daraufhin in einer Resolution vom 10. März die Einstellung aller Waffenlieferungen nach Ägypten und betonte „mit tiefer Sorge, dass der Fall Giulio Regeni kein Einzelfall ist, sondern im Zusammenhang mit Folterungen, Todesfällen in Haft und Verschleppungen steht." Die ägyptische Organisation „Freiheit für die Mutigen" dokumentierte, dass seit 2015 in Ägypten im immer größeren Stil die Politik des Verschwindenlassens praktiziert wird, welches ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. So „verschwanden" allein zwischen März und Juni 2015 167 säkulare oppositionelle Politiker und Aktivisten von 2011. Manche von ihnen tauchten später in Gefängnissen auf, von anderen fehlte bis dato jedes Lebens-zeichen.
2018 trat Sisi bei der Präsidentenwahl in Ägypten gegen Moussa Mostafa Moussa von der liberalen al-Ghad-Partei an. Beobachter sahen in dem kaum bekannten Politiker einen Alibi-Kandidaten, nachdem Moussa zuvor Sisi unterstützt hatte und erst im Januar 2018 offizieller Präsidentschaftskandidat geworden war. Zuvor waren mehrere Präsident-schaftsbewerber entweder festgenommen oder zur Aufgabe gezwungen worden. Beispielsweise versuchte Al-Sisis Sicherheitsapparat mit aller Macht, die Gegen-kandidaten Shafiq und Anan von einer formalen Kandidatur abzubringen. Shafiq wurde aus seinem Exil in den Vereinigten Arabischen Emiraten ausgewiesen und in Ägypten vier Wochen in einem Hotel festgehalten, bis er später seine Entscheidung bekannt gab, nicht zu kandidieren, weil er „wohl nicht die notwendigen Fähigkeiten besitze und andere besser geeignet seien". Der Chef der Anti-Korruptionsbehörde Hisham Geneina wurde in seinem Auto von drei Männern überfallen, körperlich misshandelt und später verhaftet. Ebenso erging es Abdel Moneim Abul Fotuh, Präsidentschaftskandidat gegen Mursi und Muslimbruder-Dissident, obwohl er sich bis dahin nicht öffentlich zu einer Kandidatur geäußert hatte. Die verbliebenen Kandidaten, Anwar as-Sadat und Khaled Ali, zogen sich unter diesen Umständen zurück.
Sisi gewann die ab 26. März 2018 beginnenden dreitägigen Wahlen laut Angaben der Wahlkommission mit 97,08 Prozent der gültigen Stimmen, während der Scheinkandidat Moussa auf 2,92 Prozent kam. Die Wahlbeteiligung soll laut Wahlkommission bei 41,5 Prozent gelegen haben. Journalisten berichteten, während der Wahl bei ihrer Arbeit behindert worden zu sein. Von Februar 2019 bis Februar 2020 war Sisi Präsident der Afrikanischen Union. Im Februar 2020 wurde der sächsische St. Georgs-Orden von den Organisatoren des Semperopernballs an as-Sisi verliehen. Zu diesem Zweck reiste Ballchef Hans-Joachim Frey nach Kairo. Die Entscheidung für diesen Preisträger wurde bundesweit stark kritisiert, da as-Sisi ein „ein lupenreiner Autokrat und Anti-Demokrat" sei", so etwa Kai Gehring, Abgeordneter der Grünen im Bundestag. In Folge dieser Kritik kündigte Frey am 4. Februar die Aberkennung des Preises an.
Hinrichtungen - Die Zahl der Hinrichtungen ist unter der Herrschaft as-Sisis drastisch angestiegen. Bis zum 18. April 2019 waren 2019 nach AFP-Berechnungen 15 Menschen hingerichtet worden. Von Anfang 2017 bis Ende 2018 wurden in Ägypten einem aktuellen Bericht der Menschenrechtsgruppen Egyptian Initiative for Personal Rights und Adalah for Rights and Freedoms zufolge 92 Menschen hingerichtet. Die UN-Sonderberichterstatterin für Hinrichtungen, Agnès Callamard, sagte der AFP, die zunehmende Anwendung der Todesstrafe entspreche „willkürlichen Tötungen", die möglichen Widerstand in der Bevölkerung bechen soll.

**Nicolás Maduro Moros** [nikoˈlas maˈðuro ˈmoros] (* 23. November 1962 in Caracas) ist ein venezolanischer Politiker der Vereinigten Sozialistischen Partei. Seit 2013 ist er der gewählte Staatspräsident Venezuelas, wenn auch er in diesem Amt seit 2019 zur Disposition steht. Am 20. Mai 2018 wurde er in einer vorgezogenen Präsidentenwahl im Amt bestätigt, diese Abstimmung wurde jedoch aufgrund von mutmaßlicher Wahl--

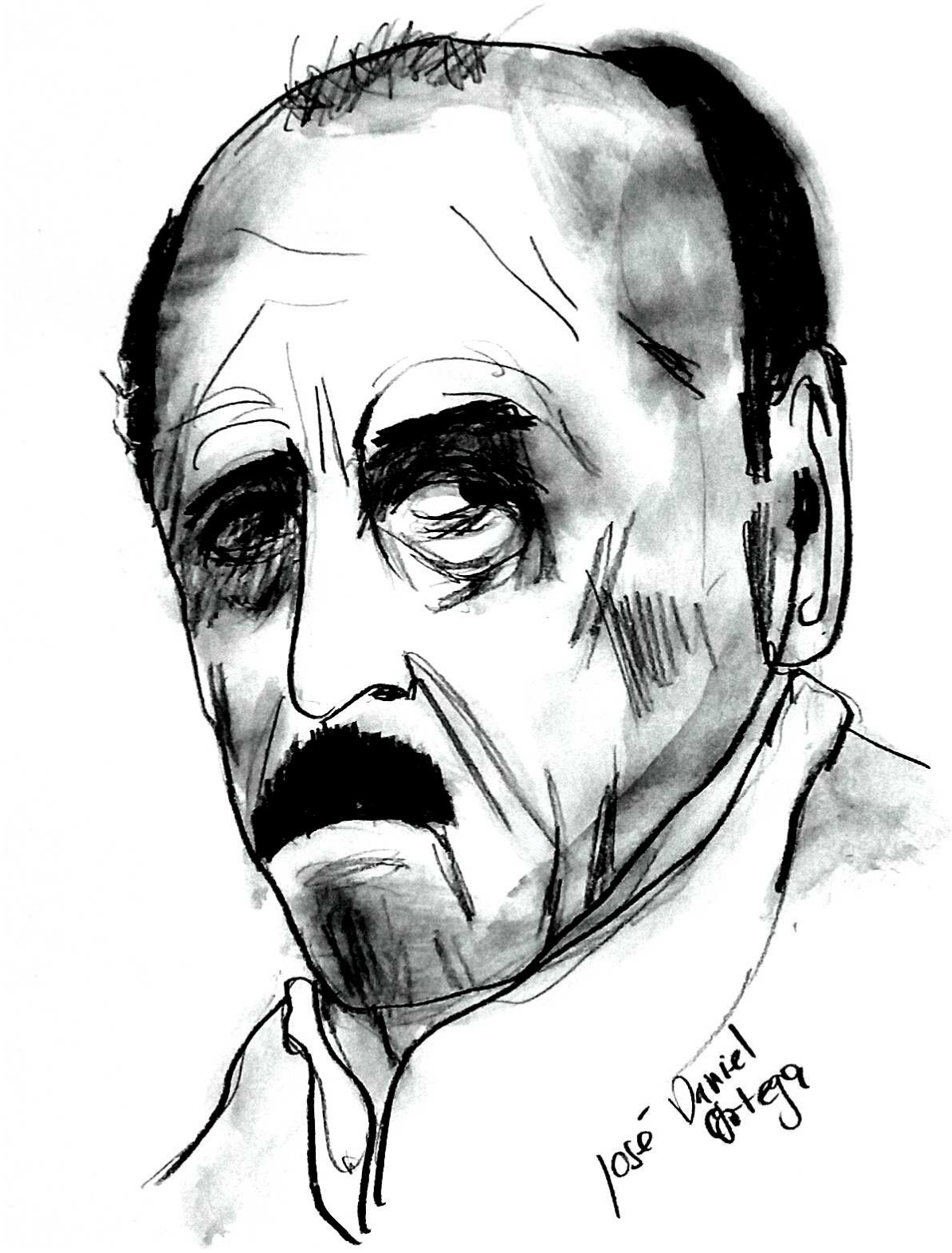
fälschung von den meisten westlichen Staaten, darunter den USA und den Mitgliedern der Europäischen Union, nicht anerkannt. Nachdem er schon seit 2017 das Parlament umgangen hatte, legte er den Amtseid nicht, wie von der Verfassung vorgeschrieben, vor dem Parlament ab. Aufgrund seiner wiederholten Versuche, das gewählte Parlament abzusetzen, wird er zunehmend als Diktator bezeichnet.
Er war von 2006 bis zum 16. Januar 2013 Außenminister und ab Oktober 2012 Vizepräsident der Präsidialen Bundesrepublik Venezuela. In dieser Funktion führte er für den erkrankten Hugo Chávez die Amtsgeschäfte bis zu den vorgezogenen Neuwahlen, die durch Chávez' Tod am 5. März 2013 notwendig wurden.
Im März 2020 warf ihm das Außenministerium der Vereinigten Staaten vor, mit Drogenkartellen zu kollaborieren (Narcoterrorismus) und schrieb 15 Millionen US-Dollar für Hinweise aus, die zu seiner Ergreifung führen.
Im September 2020 warfen die Vereinten Nationen Maduro Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor.
Entmachtung des Parlaments durch das Maduro-treue Oberste Gericht im Frühjahr 2017
Am 29. März 2017 hob das Maduro-treue Oberste Gericht die Immunität aller Parlamentarier auf, entzog dem Parlament alle Kompetenzen und übertrug sie sich selbst. Zwei Tage später bezeichnete die Generalstaatsanwältin Luisa Ortega dieses Vorgehen als Verfassungsbruch. Am 1. April wurde die Entscheidung rückgängig gemacht. Unklar war, auf wessen Veranlassung das Gericht so gehandelt hatte. Der Druck der internationalen Diplomatie zur Rückgängigmachung war dementsprechend groß. Tatsächlich hatte das Oberste Gericht die Funktion der Legislative ausgeübt, womit die Gewaltentrennung aufgehoben und die Machtverhältnisse de facto einer Diktatur gleichzusetzen waren. Präsident Maduro wollte ohne Konsequenzen zur Normalität zurückkehren, die Opposition verlangte die Absetzung der Richter. OAS-Generalsekretär Luis Almagro verurteilte Maduros autoritären Regierungsstil. Venezuelas Mitgliedschaft im Mercosur war bereits im Dezember suspendiert worden. Die Vollmachten, die das Gericht gleichzeitig an Maduro übertragen hatte, blieben jedoch bestehen, so dass Maduro eigenständig Verträge des staatlichen Ölkonzerns PDVSA mit anderen Firmen aushandeln konnte. Als die Sozialisten den Rückhalt in der Bevölkerung zu großen Teilen verloren hatten, sollte im Jahr 2017 als letztes Bollwerk gegen die Entmachtung des Regimes von Maduro eine Verfassunggebende Versammlung die „Errungenschaften der bolivarischen Revolution in der Verfassung verankern". Die Kompetenz zur Einberufung lag allerdings gemäß Verfassung beim Volk; auf eine solche Volksbefragung zur Einleitung der Einberufung wurde verfassungswidrig verzichtet. Die Opposition boykottierte deren Wahl (wegen der im Voraus selektierten Kandidaten); die Chavisten bezeichneten die "Wahl" als „Sieg". Mitglieder der über dem Parlament stehenden Versammlung sind unter anderen auch Maduros Ehefrau Celia Flores und sein Sohn Nicolás junior.[51] Die Gewaltenteilung im Land ist seit dieser kompletten Entmachtung des Parlaments aufgehoben. Maduro regiert mit Dekreten und Sondervollmachten. Auch die Generalstaatsanwältin Luisa Ortega Díaz hatte diese Versammlung für verfassungswidrig erklärt. Sie wurde daraufhin auf illegalem Weg ihres Amtes enthoben (das eigentlich dafür zuständige Parlament stimmte dagegen) und floh nach fadenscheinigen Anklagen außer Landes. Sie erklärte im Oktober 2017, ausreichend Beweise zu besitzen für Tötungen und Menschenrechtsverletzungen, welche Präsident Maduro vor den internationalen Strafgerichtshof bringen könnten. Sie habe keine politischen Ambitionen, sie wolle nur Gerechtigkeit und die demokratischen Institutionen in ihrem Land wiederherstellen.
Entwicklung 2018 - Julia Buxton bilanzierte im Februar 2018, Maduro sei während seiner fünfjährigen Präsidentschaft nicht ein einziges der Probleme angegangen, die er zu Beginn von seinem Vorgänger geerbt habe. Am 27. Februar 2018 schrieb er sich vielmehr als Kandidat für die vom Herbst 2018 auf April 2018 vorgeschobenen Präsidentenwahlen ein. Weil die Opposition die Regionalwahlen boykottiert hatte, hätten sich die wichtigsten oppositionellen Parteien neu einschreiben müssen. Der Termin dafür war jedoch gleichzeitig nach hinten verschoben worden, womit eine Teilnahme der wichtigsten Kandidaten ausgeschlossen war. Die Mehrheit der Staaten des amerikanischen Kontinents erkannte die Wahlen nicht an, obwohl internationale Wahlbeobachter die Wahlen generell als legitim bezeichneten. So schrieb beispielsweise die kanadische

Delegation, dass sie vom Wahlprozess "beeindruckt" war und bezeichnete die Wahlen als "transparent, sicher, demokratisch und ordnungsgemäß".
Am 4. August 2018 kam es während einer Militärparade in Caracas zu einem Zwischenfall. Die Regierungsseite sprach von einem Anschlag mit sprengstoffgefüllten Drohnen auf Maduro, bei dem sieben Soldaten verletzt worden seien. Die Feuerwehr sprach hingegen von einer Gasexplosion in einer nahegelegenen Wohnung, auch eine Inszenierung wurde vermutet: Eine bislang unbekannte „Nationale Bewegung der Flanell-Soldaten" wollte sich im Internet zu dem „Anschlagsversuch" bekennen. Maduro erklärte nur wenige Stunden nach dem Zwischenfall in einer Fernsehansprache, dass ein Anschlag auf ihn durch die rechtsgerichtete Opposition verübt worden sei, und beschuldigte den Staatspräsidenten Kolumbiens, Juan Manuel Santos, mitverantwortlich zu sein. In einer unerwarteten Wende hatte Maduro sich und die Partei anfangs August 2018 als verantwortlich für die wirtschaftliche Misere des Landes bezeichnet, anstatt die Schuld wie üblich nach dem "Drehbuch der Sozialisten" den «US-Imperialisten» anzulasten. Die NZZ kommentierte, das Schuldeingeständnis könnte Maduro noch "um die Ohren fliegen". Ebenso gefährlich sei ein Spiel mit dem fast kostenlosen Benzin, das Venezolaner als eine Art Naturrecht ansahen; nur noch für die Inhaber des *Carnet de la Patria* oder bei einer Registrierung als Autofahrer bei einer Meldestelle sollte dies so bleiben, was von der Opposition als soziale und politische Kontrolle kritisiert wurde oder als Günstlingswirtschaft bezeichnet wurde. Der Schmuggel von Benzin war eine wichtige Einkommensquelle der Bevölkerung und korrupter Militärs geworden
Am 15. Januar 2019 erklärte die entmachtete Nationalversammlung die Wiederwahl Maduros für unrechtmäßig und künftige Regierungsentscheidungen für nichtig. Am 23. Januar 2019 erklärte sich der Präsident des Parlaments Juan Guaidó aufgrund einer Neuauslegung von Artikel 233 der venezolanischen Verfassung zum Interimspräsidenten, da kein legitimer Präsident anwesend sei. Ecuador und weitere Länder, darunter die USA, erkannten den Parlamentspräsidenten als Interimspräsidenten an, darauf brach Präsident Nicolás Maduro die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab. Im März wurde der Abbruch vollzogen. Mitte März 2019 forderte er alle Minister auf, ihre Rücktritte einzureichen, um einer Reorganisation aufgrund aller Arten von Bedrohungen des Landes zu dienen.
UN-Berichte über Menschenrechtsverletzungen unter Maduro 2019 und 2020, Strafverfolgung durch die USA. Anfang Juli 2019 stellte Michelle Bachelet, Hohe Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen (UN) einen Bericht mit Belegen über Folter und außergerichtliche Exekutionen in Venezuela vor. Es geht dabei vorrangig um die Praxis der Fuerzas de Acciones Especiales. Am 26. März 2020 klagte das Außenministerium der Vereinigten Staaten Maduro an, mit Drogenkartellen zu kollaborieren (Narcoterrorismus) und schrieb 15 Millionen US-Dollar für Hinweise aus, die zu seiner Ergreifung führen.
Im Mai 2020 beschuldigten Nicolás Maduro und seine Regierung die USA und das Nachbarland Kolumbien für eine militärische Unternehmung am Anfang des Monats verantwortlich gewesen zu sein, die Maduros Sturz zum Ziel gehabt hätte. Nach einem im September 2020 veröffentlichten Bericht der UN, über von venezolanischen Behörden und Sicherheitskräften begangenen Verbrechen seit dem Jahr 2014, machte die UN Maduro für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich.

**Elena Ceaușescu** [tʃauˈʃesku] (* 7. Januar 1916 in Petrești als *Lenuța Petrescu*; † 25. Dezember 1989 in Târgoviște) war eine rumänische Politikerin (RKP) und die Ehefrau von Nicolae Ceaușescu.
Lenuța Petrescu entstammte einer bäuerlichen Familie aus dem Kreis Dâmbovița. Ihre 1937 wurde sie Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei Rumäniens, in der sie auch

ihren späteren Ehemann Nicolae Ceaușescu kennenlernte. Nach dessen Haftentlassung 1945 heiratete sie Nicolae Ceaușescu am 23. Dezember 1947. Dabei änderte sie ihren Vornamen Lenuța (dt. Lenchen) in Elena. Außerdem wurde ihr Geburtsjahr von 1916 nachträglich in das Jahr 1919 verlegt. Aus der Ehe gingen die Söhne Valentin (* 1948) und Nicu (1951–1996) sowie die Tochter Zoia (1949–2006) hervor. Valentin wird häufig als Adoptivsohn bezeichnet, ist aber ein leibliches Kind, wie eine DNA-Analyse bewies. Anfang der 1950er Jahre war Elena Ceaușescu als Sekretärin im rumänischen Außenministerium tätig. Daneben studierte sie nach ihrer offiziellen Biographie an der Universität Bukarest, Fakultät Industriechemie. 1957 beendete sie das Studium. In den folgenden Jahren war sie in diesem Institut wissenschaftlich tätig und führte während dieser Zeit Grundlagen-forschung durch. Das betraf vor allem den Bereich zur Synthese einiger neuer Makromolekularverbindungen. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden in Fachpublikationen veröffentlicht und auf Kongressen vorgestellt. Ihre angeblich selbst erarbeiteten Leistungen wurden später aber in Frage gestellt. Im Jahre 1964 übernahm sie die Funktion der Direktorin des Instituts und begann kurz danach mit ihrer Dissertation: „Die stereospezifische Polymerisation von Isopren", die vermutlich von den Chemikern Osias Solomon und Radu Bordelanu angefertigt wurde. Im Jahre 1967 erhielt sie den Titel Dr. der makromolekularen Chemie. Ab diesem Zeitpunkt gab sie die Tätigkeit bei der UTC auf und widmete sich der Koordination der wissenschaftlichen Arbeit des Institutes sowie der Organisation im Bereich des rumänischen Bildungs- und Ausbildungssystems. Nachdem ihr Mann ab 1965 Nachfolger des verstorbenen Partei-chefs der Rumänischen Kommunist-ischen Partei, Gheorghiu-Dej, wurde, verstärkte auch Elena Ceaușescu ihre Aktivitäten im Bereich des politischen Systems in Rumänien. So bekleidete sie ab 1971 hohe Posten innerhalb der kommunistischen Partei und in der Regierung Rumäniens. Im Juli 1972 wurde sie Mitglied des Exekutivkomitees des ZK der RKP. Anfang 1977 stieg sie in das oberste Leitungsgremium, das „Ständige Büro", des Exekutivkomitees der RKP auf. Sie war damit die einzige Frau eines Politikers im sozialistischen Lager, die eine derartig herausragende politische Rolle einnahm. Außerdem war sie Vorsitzende der rumänischen Akademie der Wissenschaften und galt im Land offiziell als „Gelehrte von Weltruhm". Ohne tatsächlich einen Studienabschluss erreicht zu haben, trug sie später einen fingierten Doktortitel im Fach Technische Chemie („Acad. Dr. Ing."). Mehrere von anderen verfasste Fachpublikationen zum Thema Polymerisation wurden unter ihrer angeblichen Autorschaft veröffentlicht. Um Elena Ceaușescu wurde ein ihrem Mann gegenüber abgeschwächter Personenkult betrieben. So prangte ihr Bild auf Porzellantellern, Bildern und Medaillen. Selbst die Soldaten des Erschießungskommandos fragte sie, die sich vom Volk als „liebende Mutter der Nation" feiern ließ, ob diese nicht wüssten, dass sie auch deren „Mutter" sei.

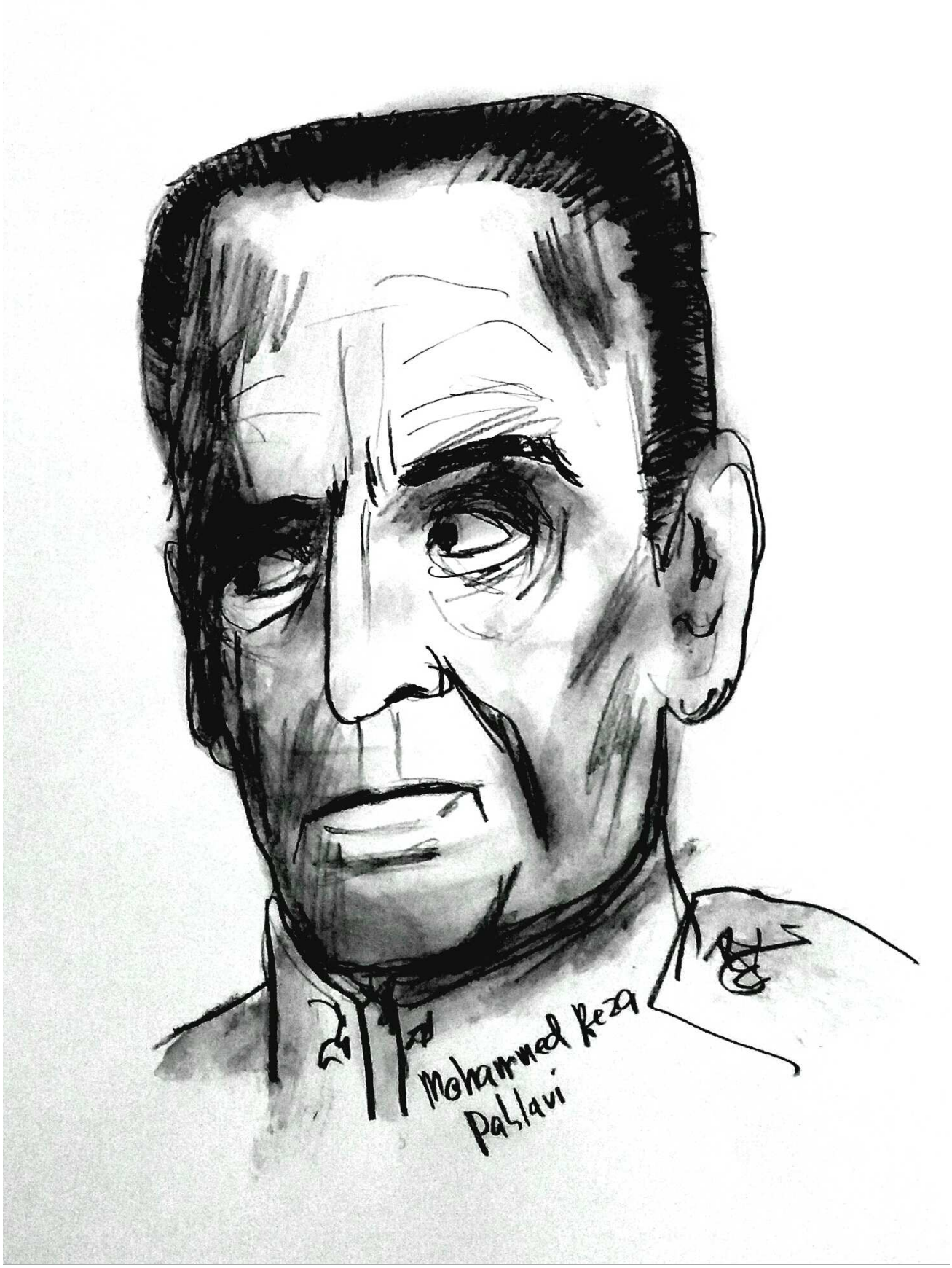
Sturz und Hinrichtung- Nach einer zweitägigen Reise in den Iran sprach Nicolae Ceaușescu am 22. Dezember 1989 zu einer Menge von 100.000 Menschen im Zentrum von Bukarest. Nachdem die Menge gegen ihn zu schreien begann, eröffnete die Securitate das Feuer, aber das Militär unter Verteidigungsminister Vasile Milea weigerte sich, es ihr gleichzutun. An diesem Tag kam Milea unter lange Zeit ungeklärten Umständen ums Leben (eine Untersuchung von 2005 geht von einem misslungenen Versuch der Selbstverstümmelung aus). Das Diktatorenpaar verließ Bukarest noch am selben Tag in einem Hubschrauber. Mit Mileas Tod wurde aus der neutralen Position der Armee Feindschaft. Die rumänische Armee und die Securitate trugen in Bukarest Straßenkämpfe aus, und Hunderte, vielleicht Tausende Menschen wurden dabei getötet. Ein ad hoc gebildeter „Rat der Front zur Nationalen Errettung Rumäniens" nahm die weitere Entwicklung in die Hand, die aber bereits eskaliert war. Das Ehepaar Ceaușescu wurde schließlich in Târgoviște verhaftet. Elena und Nicolae Ceaușescu wurden durch ein militärisches Sondergericht in einem Schnellverfahren am 25. Dezember zum Tode verurteilt. Die Durchführung dieses Verfahrens hatte Nicolae Ceaușescu unmittelbar vor seiner Festnahme durch die Einsetzung des nationalen Ausnahmezustandes ermöglicht. Noch am 25. Dezember wurden beide unverzüglich standrechtlich erschossen. Der genaue Ort der Exekution und der Begräbnisort wurden damals nicht veröffentlicht. Wie durch eine am 21. Juli 2010 durchgeführte Exhumierung und die anschließende forensische Untersuchung zweifelsfrei festgestellt wurde, handelte es sich bei den Leichen um das Ehepaar Ceaușescu. Ihr Grab befindet sich auf dem Ghencea-Friedhof in Bukarest.




**José Daniel Ortega Saavedra** (* 11. November 1945 in La Libertad, Chontales) ist amtierender Präsident Nicaraguas und Vorsitzender der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN).

1979 stürzten Ortega und andere FSLN-Mitglieder unter der militärischen Führung seines Bruders Humberto Diktator Anastasio Somoza Debayle; ab Juli 1979 regierte Ortega Nicaragua als Kopf einer Regierungsjunta (*Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional*). Von 1985 bis 1990 war Ortega gewählter Staatspräsident von Nicaragua. Nach Wahlniederlagen 1990, 1996 und 2001 wurde er am 5. November 2006 wiedergewählt und am 6. November 2011 sowie am 7. November 2016 im Amt bestätigt.
Oppositionsjahre - Die Präsidentschaftswahl im Februar 1990 verloren Ortega und die FSLN gegen Violeta de Chamorro und ein aus 14 Parteien bestehendes anti-sandinistisches Oppositionsbündnis, die „Unión Nacional Opositora" („UNO"). Haupt-ausschlaggebend für die Niederlage der Sandinisten war wohl die durch den Bürgerkrieg und durch das US-Embargo entstandene wirtschaftliche Not sowie eine generell vor-herrschende Kriegsmüdigkeit. Im Mai 1998 wurde Ortega von seiner damals 30-jährigen Stieftochter Zoilamérica Narváez bezichtigt, sie seit 1978 mehrfach sexuell missbraucht und vergewaltigt zu haben. Als ein Strafgericht in Nicaragua das Verfahren eröffnete, bestritt die Verteidigung dessen Zulässigkeit, da Ortega als Abgeordneter Immunität genoss. Das Gericht setzte darauf das Verfahren bis zu deren Aufhebung durch den Kongress aus, doch im Dezember 2000 verzichtete Ortega freiwillig auf seine parlament-arische Immunität und stellte sich den Vorwürfen. Diese konnten jedoch wegen Verjähr-ung nicht mehr geklärt werden.
1996 und 2001 trat Ortega erfolglos als Präsidentschaftskandidat der FSLN an. Im Juli 2004 bat Ortega um Vergebung für Maßnahmen gegen die katholische Kirche in der sandinistischen Zeit. Daraufhin kam unter Vermittlung von Kardinal Miguel Obando Bravo die Versöhnung zwischen dem Politiker und der katholischen Kirche zustande[5] und die Sandinisten unterstützten im Parlament den Gesetzesvorschlag der konservativ-liberalen Regierung zum totalen Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen, was innerparteilich umstritten war.
Zweite Präsidentschaft - Bei den Präsidentschaftswahlen 2006 gewann Ortega im ersten Wahlgang mit 38 % der Stimmen die erforderliche Mehrheit, um zum Präsidenten gewählt zu werden. Der Kandidatur Ortegas waren heftige innerparteiliche Kämpfe vorausgegangen, die zur Gründung der Movimiento de Renovación Sandinista durch Herty Lewites führten. Dass Ortega trotz dieser Konflikte im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit erreichte, ist unter anderem auf die Spaltung des konservativen Lagers in Nicaragua zurückzuführen. Ferner war vor der Wahl das Wahlrecht insofern geändert worden, dass bereits eine relative Mehrheit von mehr als 35 Prozent im ersten Wahlgang genügte, um ins Präsidentenamt zu gelangen.
Damals empörten sich internationale Wahlbeobachter über die offensichtlichen Betrügereien in der Hauptstadt Managua und wichtigen kleineren Städten. Für rund zwei Wochen herrschte in Nicaragua Ausnahmezustand. Wütende Demonstranten lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei.
Dritte Präsidentschaft - Laut Verfassung hätte Ortega 2011 nicht mehr erneut zur Präsidentenwahl antreten dürfen, doch aufgrund einer umstrittenen Gerichtsentscheidung wurde seine Kandidatur trotzdem zugelassen. Mit 62,6 % der Stimmen gewann er die Wahl, wobei Beobachter jedoch Unregelmäßigkeiten beanstandeten. Anfang 2014 wurde auf seine Veranlassung das Verbot der Wiederwahl aufgehoben.
Vierte Präsidentschaft - In Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahl 2016 ließ Ortega vom Obersten Gericht den Vorsitzenden der stärksten Oppositionspartei, des Partido Liberal Independiente (PLI), Luis Roberto Callejas, absetzen und den Obersten Wahlrat fast ausschließlich mit seinen Gefolgsleuten besetzen. Ortegas Herrschaft nahm diktatorische Züge an. In Nicaragua hieß es, der „Ortegismus" habe den Sandinismus abgelöst. Seine Stieftochter erneuerte nach langen Jahren des Schweigens die Miss-brauchsvorwürfe in einem am 5. November veröffentlichten Interview.
Die Wahl fand am 6. November 2016 statt. Laut Presseberichten wurde Ortega am 7. November vom obersten Wahlrat zum Sieger der Präsidentenwahl ernannt, nachdem er offiziellen Angaben zufolge noch vor der endgültigen Auszählung 72,5 Prozent der Stimmen erreicht hatte (gefolgt von dem liberalen Kandidaten Maximino Rodríguez vom Partido Liberal Constitucionalista). Vizepräsidentin wird Ortegas Ehefrau Rosario Murillo. Ferner besetzen sieben Kinder des Paares in Nicaragua wichtige Positionen in Politik,

Wirtschaft und Medien. Am 10. Januar 2017 wurde Ortega bei einer Massenkundgebung auf dem *Plaza de la Revolución* in Managua zum vierten Mal als Staatschef vereidigt. Proteste gegen die Regierung Ortega 2018 - Im April 2018 beschloss Ortega, die Sozialversicherung durch eine fünfprozentige Kürzung der Renten zu entlasten, was umgehend Demonstrationen in praktisch allen Städten des Landes auslöste. Die Polizei benutzte bei der Unterdrückung der Proteste scharfe Munition. Auch die Studenten der für eine Domäne der FSLN gehaltenen staatlichen Hochschulen wandten sich gegen die Regierung. Der „Volks-Präsident" wollte daraufhin (ausschließlich) mit den Unternehmern des Landes verhandeln, was diese aufgrund der Repression ablehnten. Zunehmend kam es auch zu Demonstrationen gegen die korrupte Familie des Präsidenten. Unabhängigen Fernsehsendern erteilte das Regime während der Unruhen ein Sendeverbot. Die Demonstrationen hielten wochenlang an, Hunderttausende gingen am 30. Mai in verschiedenen Städten auf die Straßen und erstmals nahm Ortega deren Anliegen überhaupt in den Mund, als er seinen Rücktritt ausschloss. Amnesty International klagte die Regierung an, eine Strategie des "Shoot to kill" anzuwenden, also die Toten bewusst in Kauf zu nehmen. Bis Mitte Juni war die Anzahl der Toten auf 180 gestiegen. Die Bischofskonferenz hatte vorgezogene Neuwahlen als Lösung für die Krise vorgeschlagen und teilte mit, die Regierung sei „überraschend" auf ihren Vorschlag einer unabhängigen Untersuchung zur Ermittlung der Verantwortlichen der Gewaltakte eingegangen. Die Bischöfe brachen die Gespräche jedoch ab, weil Ortega die wichtige Zusage der Einladung internationaler Organisationen nicht eingehalten hatte, wofür Außenminister Denis Moncada „bürokratische" Gründe anführte.] Als nach Angaben der OAS bereits 250 Menschen getötet worden waren, rief UNO-Generalsekretär Guterres am 11. Juli das erste Mal und eine Woche danach erneut zum Ende der Gewalt auf. Die „Verschwundenen" waren in diesen Opferzahlen nicht eingerechnet, womit die Zahl der Getöteten plausibel auch mit gegen 400 geschätzt wurde. Das Regime peitschte im Eilverfahren ein neues Gesetz durch, mit welchem gemäß der Protestnote des UNO Hochkommissariat für Menschenrechte (UNHCHR) auch „friedlicher Protest als Terrorismus bestraft" werden kann.




**Mohammad Reza Pahlavi** (persisch محمدرضا پهلـو, DMG *Moḥammad-Reża Pahlavī* [moɦæˈmːæd reˈzɑː pæɦlæˈviː] * 26. Oktober 1919 in Teheran; † 27. Juli 1980 in Kairo) entstammte der Herrscherdynastie Pahlavi und war der letzte iranische Schah.

Nach der Abdankung seines Vaters Reza Schah Pahlavi im Zuge der anglo-sowjetischen Invasion des Iran bestieg er am 17. September 1941 den Thron. Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten errichtete Pahlavi in der Folge ein autoritäres Regime und ließ die Opposition durch den Geheimdienst SAVAK unterdrücken. Am 26. Oktober 1967 krönte er sich zum *Schahanschah* („König der Könige").
Die Ereignisse der Islamischen Revolution unter Ruhollah Chomeini führten 1979 zum Sturz der Monarchie und Pahlavi verließ am 16. Januar 1979 den Iran.
Innere kulturelle Konflikte - Im Inneren wurde die Politik der Säkularisierung des öffentlichen Lebens, die Reza Schah betrieben hatte, in wesentlichen Grundzügen geändert. Die demonstrative Nähe zu den USA und der damit verbundene militante Antikommunismus wurden von seinen Kritikern als „westorientierte Haltung in gesellschaftlichen Fragen" interpretiert. Mit der vor allem von Ali Schariati propagierten Verknüpfung sozialistischer und schiitischer Konzepte war in den 1970er Jahren aber eine Brücke zwischen linken und islamischen Gruppierungen entstanden. Dass sich zwischen theoretischem Gesellschaftsentwurf und praktischer Politik erhebliche Diskrepanzen ergeben, zeigte die 2500-Jahres-Feier.. Die Kalenderreform von Reza Schah hat allerdings bis heute Bestand. Neben der Förderung der traditionellen iranischen Volkskultur, der sich vor allem die Ehefrau von Mohammad Reza Schah, Schahbanu Farah Pahlavi, widmete, wurde im Rahmen des Schiras-Kunstfestivals der Bogen von der vorislamischen Kultur der Achämeniden bis zur modernen westlichen Kultur gespannt. Das Schiras-Kunstfestival war das erste und einzige Festival für moderne Kunst im Iran. Sein Schwerpunkt lag in der Präsentation von elektronischer Musik und Avant-Garde-Kunst im Bereich Musik, Tanz und Theater. Es fand von 1967 bis 1977 in der Stadt Schiras und vor den Ruinen von Persepolis statt. Für konservative Geistliche war das Festival ein Beleg für „die moralische Verkommenheit" der Pahlavis. 1977 schaltete sich Chomeini in die Diskussion ein: „Es ist schwer, etwas darüber zu sagen. In Schiras werden unanständige Szenen gezeigt, und bald soll dies auch in Teheran geschehen. Niemand sagt etwas. Die Geistlichkeit im Iran schweigt dazu. Ich verstehe nicht, warum die Geistlichkeit nicht protestiert." Das für das Jahr 1978 geplante Festival konnte wegen der im Vorfeld der Islamischen Revolution stattfindenden Demonstrationen nicht mehr durchgeführt werden. Auch der prowestliche persönliche Lebensstil des Schahs und seiner Familie wurde mit Argwohn registriert.. In einem TV-Interview mit dem US-Journalisten Mike Wallace beklagte sich der Schah 1976 auch über den seiner Meinung nach zu starken Einfluss der „jüdischen Lobby" in den USA. Der Demokratie stand der Schah ablehnend gegenüber. Auf die Frage eines Journalisten antwortete er: „Gedankenfreiheit! Gedankenfreiheit! Demokratie! Demokratie! Fünfjährige, die streiken und auf die Straße gehen! ...Demokratie? Freiheit? Was bedeuten diese Wörter? Ich will damit nichts zu tun haben."
- Gründung der SAVAK und Vorwurf der Folter - Das Gesetz zur Gründung des Geheimdienstes SAVAK wurde am 20. Januar 1957 vom Senat und am 20. März 1957 vom Parlament verabschiedet. Der SAVAK sollte dem Gesetzestext zufolge „die Interessen des Staates schützen und jede Verschwörung gegen das öffentliche Interesse verhindern". Die Inlandsaufklärung des SAVAK infiltrierte nahezu alle Oppositionsgruppen im Iran, von der von Mossadegh mitbegründeten Nationalen Front bis zur kommunistischen Tudeh-Partei, von den marxistischen Volks-mudschahedin bis zu den Fedajin-e Islam und den Hezbollahis, die schiitischen Geistlichen um den Ajatollah Ruhollah Chomeini nahestanden. Kleinere Gruppierungen, wie die maoistische Union der Iranischen Kommunisten (Sarbedaran) oder mit-gliederstarke Terrorgruppen wie die Organisation der Volksfedajin-Guerilla Iran standen unter ständiger Beobachtung. In wenigen Jahren hatte sich eine linke Guerillabewegung im Iran etabliert, die zunächst unabhängig operierte. Tausende Regimegegner wurden festgenommen, verhört, gefoltert und, wenn sie in Terroraktivitäten verwickelt waren, auch hingerichtet. Amnesty International schätzte 1977 die Anzahl an politisch inhaftierten Personen im Iran auf einige Tausend. Die Prozesse gegen politische Gefangene waren Militärtribunale, nach dem Paragraphen für Landesverrat aus dem Jahre 1931, in denen die Erkenntnisse des Geheimdienstes oder unter Folter erzwungene Geständnisse als Beweise galten. Den Angeklagten wurde ein Anwalt zugeteilt. Sie hatten kein Recht auf einen Anwalt ihrer Wahl. Für Landesverrat war die Todesstrafe vorgesehen, die innerhalb von 48 Stunden nach der Verkündung des

Urteils durch Erschießen vollzogen wurde. Wurde gegen das Todesurteil Berufung eingelegt, konnte der Schah innerhalb von sechs Tagen einer Berufung zustimmen.
Mit der Gründung der Volksmudschahedin im Jahre 1965 wurde im Iran die erste militante Bewegung des islamischen Sozialismus aktiv. Ihr „Volkskrieg" richtete sich vor allem gegen die im Iran arbeitenden US-Amerikaner. 1970 schlug ein Versuch, den Botschafter der USA im Iran, Douglas MacArthur, zu entführen, fehl. Auch der Versuch US-Brigadegeneral Harold Price, der Chef der US MAAG im Iran war, zu ermorden, schlug fehl. 1973 gelang den Modschahedin die Ermordung von Oberstleutnant der Armee und Mitarbeiter der US-Militärmission Louis Hawkins. 1975 wurde Oberstleutnant Jack Turner von der US-Luftwaffe „hingerichtet". 1976 wurden drei Angestellte der Firma Rockwell International, William Cottrell, Donald Smith und Robert Krongard, ermordet. Dem SAVAK gelang es allerdings, die Organisation der Modschahedin zu unterwandern und zahlreiche ihrer Anführer, darunter auch Masud Rajavi, festzunehmen.
Der Schah gab bei einem Interview am 4. Februar 1974 an, die Zahl der Mitarbeiter des SAVAK nicht zu kennen, schätzte jedoch *weniger als 2.000 Agenten*. Darauf angesprochen, ob er wisse, dass in seinem Land gefoltert werde, antwortete er mit „*Nein*". Zeitungsberichte, die über Folter berichteten, bezeichnete er als Lügen.
Ende der 1990er Jahre untersuchte Emad al-Din Baghi im Auftrag der Zeitschrift der iranischen „Märtyrer-Stiftung" (*Bonyade Schahid*) und auf der Grundlage der von der Stiftung nach der Islamischen Revolution gesammelten Daten die Zahl der Opfer des Schah-Regimes. Er kam dabei zu dem Ergebnis, dass zwischen 1963 und 1979 insgesamt 3.164 Iraner im Kampf gegen das Regime getötet worden seien, davon 2.781 in den revolutionären Unruhen 1977/78. Die Zahl der Opfer des marxistischen Guerillakampfes ab 1971 beziffert er dabei mit 341, von denen 171 im Kampf mit den Sicherheitskräften getötet, 91 hingerichtet, 15 „verschwunden" und 42 unter der Folter gestorben seien.
Sturz - Offener politischer Raum - Am 7./8. Januar 1978 erschien in der iranischen Zeitung *Ettelā'āt* ein Artikel über Ruhollah Chomeini. „Jahrelang hatte der Propagandaapparat des Regimes nichts unversucht gelassen, die pure Existenz Chomeinis zu leugnen", und nun wurde Chomeini als kommunistischer Verschwörer geschmäht. Dieser Artikel, unter dem Pseudonym *Ahmad Raschidi-ye Motlagh* erschienen, gilt als die Initialzündung der Islamischen Revolution. Als Urheber des Artikels gilt Darius Homayun, Informationsminister im Kabinett von Premierminister Dschamschid Amusegar. Die am 9. Januar von Studenten in Qom organisierte Sympathiekundgebung für Chomeini wurde von den Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst. Vier Demonstranten kamen dabei zu Tode. Die nun im 40-tägigen Rhythmus landesweit ablaufenden Gedenkkundgebungen für die in Qom gestorbenen Demonstranten erhielten immer mehr Zulauf. Großajatollah Schariatmadari forderte von der Regierung eine Entschuldigung gegenüber der Geistlichkeit, bevor sich die sporadischen Demonstrationen zu einer landesweiten Protestwelle ausweiten würden. Am 5. August 1978 ging Mohammad Reza Schah auf die Forderungen der Demonstranten ein. In einer zum Tag der Verfassung gehaltenen Rede kündigte er demokratische Reformen an: „Dies ist ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes. […] Wir werden dieselben Freiheitsrechte wie in Europa haben, und die Grenzen der Freiheit in Iran werden sich von denen in Europa nicht unterscheiden. […] Das heißt, es wird Parteien geben, friedliche und unbewaffnete Parteien. […] Wir werden Redefreiheit und Pressefreiheit auf der Basis eines neuen Pressegesetzes haben, das wir nach dem Vorbild der Pressegesetze der freien Welt formulieren werden. Die kommenden Wahlen werden vollkommen frei sein; jeder hat das Recht zu wählen, und jede Stimme wird gezählt werden. […] Es muss aber klar sein, dass keine Nation, die sich demokratisch nennt, Schlägereien, Gewalt, Provokationen und Gesetzlosigkeit dulden kann."
Der Führer der Oppositionsbewegung Ruhollah Chomeini hatte bereits im Mai 1978 zu den Absichten des Schahs, das politische System zu reformieren, eindeutig Stellung bezogen. Chomeini hatte erklärt: „Von welcher Freiheit spricht er? Es liegt nicht an ihm, Freiheit zu gewähren. Gott hat den Menschen die Freiheit gegeben. Der Islam hat ihnen die Freiheit gegeben."

…to be continued…
Fortsetzung folgt